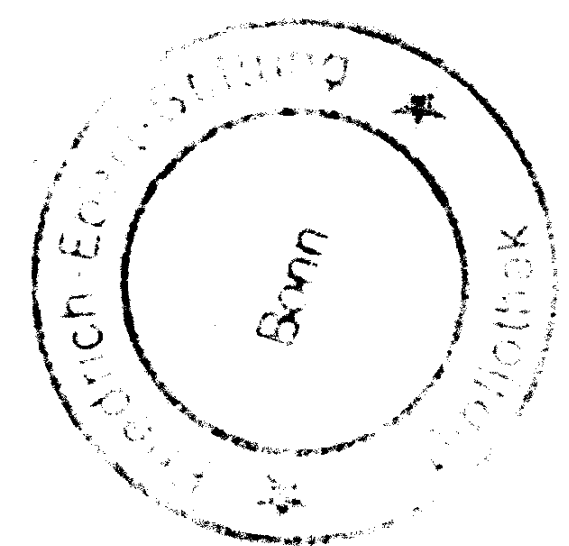


## **Historische Spurensuche**

Hinweise für die Praxis

Band 3 der  
Broschürenreihe Geschichtsarbeit



**A 98 - 04282**

## Impressum

Herausgeberin: Historische Kommission beim Parteivorstand  
der SPD, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn, 1997

Texte: Ilse Fischer  
unter Mitarbeit von Wilfried Busemann, Eberhard Flessing,  
Wolfgang Gröf, Hans-Holger Paul, Hermann Rösch,  
Horst-Peter Schulz, Stefan Wolle, Rüdiger Zimmermann

Redaktion: Evelyn Stratmann

Alle Fotos und zitierten Texte mit freundlicher Genehmigung  
ihrer Herausgeberinnen und Herausgeber

Druck: Union-Druckerei, Frankfurt

7-97-A1-5

Bestellnummer: 380 0360

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. Vorwort .....</b>	<b>6</b>
<b>II. Historische Spurensuche – Traditionspflege, politische Identitätssuche oder reine Entdeckerfreude? .....</b>	<b>9</b>
<b>III. Die Auseinandersetzung mit der Tradition: Projekte zur Geschichte der SPD/ Arbeiterbewegung auf lokaler Ebene .....</b>	<b>12</b>
1. Ortsvereinschronik .....	12
2. Dokumentation .....	18
3. Ortsvereinsgeschichte .....	19
4. Fragen zur Geschichte „vor Ort“ .....	29
5. Besonderheiten der Geschichtsarbeit in den ostdeutschen Bundesländern .....	36
<b>IV. Spurensuche im Umkreis und jenseits der eigenen Organisation .....</b>	<b>41</b>
1. Arbeits- und Lebenswelt in der Vergangenheit .....	41
2. Frauengeschichte, Frauenbewegung .....	48
3. Fragen zur Frauengeschichte .....	55
4. Auch junge Leute „machen“ Geschichte: Jugendbewegung, Jugendprotest .....	62
5. Die „alte“ und die „neue“ Friedensbewegung .....	65
6. Biographien – ein Stück Gesellschaftsgeschichte .....	66
7. Datenschutz – ein Handicap für die Geschichtsschreibung? .....	67
8. Anschriften und Hinweise für biographische Recherchen .....	68

9.	Verfolgung einzelner Gruppen – zwei Beispiele: .....	71
9.1	Geschichte von Menschen jüdischer Herkunft .....	71
9.2	Dauerhaft ausgegrenzt? Das Schicksal der Sinti und Roma.....	74
<b>V.</b>	<b>Ergebnisse werten und diskutieren .....</b>	<b>77</b>
<b>VI.</b>	<b>Präsentation historischer Projekte in der Öffentlichkeit.....</b>	<b>79</b>
1.	Ein Klassiker: die Broschüre.....	80
2.	Erfolgversprechend: der historische Kalender .....	82
3.	Einfach und schnell: die Sondernummer der Ortsvereinszeitung.....	83
4.	Läßt Raum für Kreativität: die Ausstellung .....	85
<b>VII.</b>	<b>Andere Formen der Geschichtsarbeit.....</b>	<b>91</b>
1.	Die Einbeziehung von „Oral History“.....	91
1.1	Zeitzeugengespräche als Quellengrundlage .....	91
1.2	Veranstaltungen mit Zeitzeugen .....	94
2.	Fachvorträge und Seminare .....	95
3.	Alternative Stadtführungen .....	95
4.	Durchsetzung öffentlichen Gedenkens .....	99
<b>VIII.</b>	<b>Wege zur Geschichte – der Zugang zu den Quellen .....</b>	<b>106</b>
1.	Kritischer Umgang mit Quellen.....	106
2.	Das Gedächtnis der Sozialdemokratie: Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.....	107
2.1	Historisches .....	107
2.2	Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) .....	110

2.3	Spezielle Überlieferungen zur Geschichte der ostdeutschen SPD im AdsD .....	114
2.4	Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung .....	117
3.	Spurensuche in Bibliotheken .....	121
4.	„Archivlandschaft West“ – Archive in der alten Bundesrepublik .....	127
5.	„Staatliche“ und „politische“ Archivlandschaft in den ostdeutschen Bundesländern.....	132
<b>IX.</b>	<b>Bibliographie.....</b>	<b>144</b>
1.	Einführende Gesamtdarstellung .....	144
2.	Einzeldarstellungen in Auswahl .....	145
3.	Bibliographien und Archivführer.....	147
4.	Festschriften, Chroniken in Auswahl.....	149
<b>X.</b>	<b>Die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD .....</b>	<b>151</b>
<b>XI.</b>	<b>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesem Band .....</b>	<b>157</b>

## I. Vorwort

Die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD legt hier die Broschüre „Historische Spurensuche – Hinweise für die Praxis“, die erstmals 1986 erschien, in einer völligen Neubearbeitung vor, die die veränderten Arbeitsbedingungen für Geschichtsarbeit vor Ort berücksichtigt.

Seit Ende der 70er Jahre bildete sich an vielen Stellen der bundesdeutschen Gesellschaft ein neues Interesse an Geschichte heraus. In den 80er Jahren entstand eine regelrechte Geschichtsbewegung, deren Kennzeichen Spurensuche und Erinnerungsarbeit, Alltagsgeschichte und Mikrohistorie waren.

Das Interesse an Geschichte verbreiterte sich in doppelter Weise: Zum einen ging das Interesse nunmehr verstärkt über die „große Politik“, die „Haupt- und Staatsaktionen“ hinaus und richtete sich auf die Geschichte des Volkes, der Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere der kleinen Leute, auf die „Geschichte vor Ort“ – der Blick weitete sich zur Sozial- und Alltagsgeschichte, zur Gesellschaftsgeschichte in ihrer objektiven und subjektiven Dimension. Das Interesse verbreiterte sich zugleich in dem Sinne, daß mehr Menschen nach Geschichte fragten, nicht nur die Historikerinnen und Historiker und die anderen mit der Vergangenheit professionell Beschäftigten, sondern auch viele „Laien“, politisch Engagierte, die nach dem Gestern fragten, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu bewältigen.

Dem neuen Interesse an Geschichte entsprachen neue Arbeitsformen: Arbeitskreise, häufig „Geschichtswerkstätten“ genannt, Initiativen, die selbständig Geschichte aufzuarbeiten unternahmen. Die Sozialdemokratische Partei hatte mit ihren Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften von Anfang an Anteil an dieser

Geschichtsbewegung. Die Historische Kommission versuchte, das neue Interesse zu fördern. In ihrem Auftrag wurde die Broschüre „Historische Spurensuche in der politischen Praxis – Leitfaden“ 1986 erarbeitet. Sie sollte helfen, die neue Geschichtsarbeit methodisch abzustützen.

In mancher Hinsicht ist unsere heutige Situation gegenüber den 80er Jahren verändert. Geschichtsarbeit ist keine neue Sache mehr, keine Modeerscheinung. Die Erfahrungen seit den 80er Jahren gilt es festzuhalten, an diejenigen, die beginnen, sich mit Geschichte zu beschäftigen, weiterzugeben. Zugleich sind neue Felder zu erschließen.

Geschichtsarbeit findet nunmehr im vereinigten Deutschland statt, in dem die Teile noch zusammenwachsen und die „Spurensuche“ eine wichtige Aufgabe darstellt. Gerade in den neuen Ländern gilt es, die Geschichte „vor Ort“, die Spuren der Geschichte, insbesondere die der demokratischen Bewegungen, vor allem auch die der Sozialdemokratie, freizulegen. Doch auch in den alten Ländern gibt es nach wie vor unbegrenzte Arbeitsfelder – die Broschüre liefert dafür eine Vielzahl von Anregungen.

Die Broschüre „Historische Spurensuche – Hinweise für die Praxis“

- umreißt Gegenstände der Geschichtsarbeit in der SPD und in ihrem Umfeld,
- skizziert Formen der Präsentation von Ergebnissen entdeckender Geschichtsarbeit,
- beleuchtet Varianten der Geschichtsarbeit wie Zeitzeugengespräche, Seminare, Stadtführungen oder Gedenkveranstaltungen,
- gibt Hinweise für den Zugang zu Quellen in Archiven, Bibliotheken und
- nennt weiterführende Literatur.



Die Historische Kommission hofft, daß die Broschüre auch in der Neuauflage nützliche Dienste für die Geschichtsarbeit vor Ort leistet und dazu beiträgt, in geschichtlicher Dimension nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln.

Herzlich danken möchte ich denjenigen, die die Broschüre erarbeitet haben, insbesondere Dr. Ilse Fischer, sodann dem ganzen Team, das beteiligt war: Wilfried Busemann, Eberhard Flessing, Wolfgang Gröf, Dr. Hans-Holger Paul, Dr. Hermann Rösch, Horst-Peter Schulz, Evelyn Stratmann, Dr. Stefan Wolle und Dr. Rüdiger Zimmermann.

Mai 1997

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Vorsitzender der Historischen Kommission  
beim Parteivorstand der SPD

## **II. Historische Spurensuche – Traditionspflege, politische Identitätssuche oder reine Entdeckerfreude?**

Die Anlässe, die dazu führen, sich mit „Geschichte vor Ort“ und „Geschichte von unten“ zu befassen, können vielfältiger Natur sein. Ein wesentlicher Grund wird darin bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei eine mehr als 130jährige Geschichte hat, und Zeugnisse dieser Entwicklung sich glücklicherweise an vielen Orten erhalten haben. Oft ist es das Gründungsjubiläum eines Ortsvereins, das die Anregung für intensivere Geschichtsarbeit gibt. Heute existiert bereits eine nahezu unüberschaubare Anzahl von Festschriften, die aus diesem Anlaß entstanden sind. Dennoch darf man davon ausgehen, daß hierfür auch weiterhin Nachfrage bestehen wird, selbst wenn für die jeweilige Organisation bereits historische Darstellungen zu einem früheren Jubiläum erstellt worden sind. Oft haben sich die Zugangsmöglichkeiten zu den Quellen im Laufe der Zeit verbessert, neue Fragestellungen und andere Interessen bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte treten in den Vordergrund.

Nicht selten ist der äußere Anlaß nur der Auslöser, um Ergebnisse zu präsentieren. Dahinter steckt der Wunsch, Antworten auf die viel weiterreichende Frage zu finden: In welchen historischen Zusammenhang ordnen wir die eigene politische Arbeit ein, an welche Traditionen wollen wir bewußt anknüpfen, wo hat ein Wandel stattgefunden, welche Entwicklungen sehen wir heute kritischer als einst die Zeitgenossen? Für manche, die sich aktiv an der Geschichtsarbeit beteiligen, wird der Anstoß auch aus der eigenen Biographie kommen. Nicht selten wird die Beschäftigung mit Fragen der Partei- und Gewerkschaftsgeschichte, den Problemen der Nachkriegszeit oder der Geschichte von Wohnsiedlungen und Betrieben zugleich ein Stück „Familiengeschichte“ sein – die genauere Erforschung von Ereignissen und Zusammenhängen, von denen man durch mündliche, oft aber nur

bruchstückhafte Überlieferung bereits einiges gehört hat. Für andere dagegen, die gerade nicht die „geborenen Sozialdemokraten“ sind, mag es die Annäherung an ein ursprünglich wenig bekanntes Milieu, das Vergnügen an Erkundungen in einem historischen Terrain sein, über das sie bis jetzt kaum etwas erfahren haben. Für Sozialdemokraten in den ostdeutschen Bundesländern könnte es ein Anknüpfen an lange Zeit verschüttete Traditionen sein. Ein politisches Erfolgserlebnis, das neues Selbstbewußtsein vermittelt (Erreichen der Mehrheit im Gemeindeparlament, erstmalige Eroberung eines Wahlkreises), mag ebenso dazu beitragen wie die Wahlniederlage in einer ehemaligen „Hochburg“ der SPD. Anregungen für die Geschichtsarbeit können auch von externen Ereignissen ausgehen. Beispiele sind Straßenumbenennungen, die Errichtung von Denkmälern und Anbringung von Gedenktafeln, Renovierung oder drohender Abriß von Gebäuden, die für historische Ereignisse am Ort eine besondere Rolle spielten, das Schicksal früherer Einwohner (Juden, NS-Gegner), Betriebsschließungen, Arbeitskämpfe, die Umwandlung von Werksiedlungen in Eigenheime. Stärker als früher wird auch die Geschichte von Frauen in den Vordergrund treten. Damit entstehen neue Fragen an die Geschichte von Parteien und Organisationen. Auch ein bestimmtes historisches Ereignis kann Auslöser für lokale Nachforschungen sein (Pogrom 1938, die Revolution von 1848/49 oder die Novemberrevolution von 1918, Erinnerungen an die Öffnung der DDR-Grenze, an den Verlauf der „Wende“ 1989, der Geburtstag oder Todestag einer herausragenden Persönlichkeit in einer Gemeinde). Daneben kann auch einfach Interesse für das Alltagsleben früherer Generationen der Antrieb sein.

Die Auswahl der Themen sollte keineswegs auf die Geschichte der eigenen Parteiorganisation beschränkt sein – im Gegenteil. Um eine stärkere Außenwirkung zu haben und nach Möglichkeit auch Nicht-Mitglieder anzusprechen und für die Mitarbeit zu gewinnen, eignen sich alle Themen, die sich auf die Geschichte

emanzipatorischer Bewegungen oder „Geschichte von unten“ beziehen. Dazu gehört es auch, unliebsame oder bewußt ausgesparte Bereiche in der Vergangenheit aufzudecken, herkömmliche historische Sichtweisen „gegen den Strich“ zu bürsten – denn auch das kann ein Antrieb für eigene Nachforschungen sein: Zweifel an der Darstellung bestimmter historischer Abläufe durch die etablierte Wissenschaft oder angeblich „unpolitische“ Heimatforscher.

Die vorliegende Broschüre kann nicht für alle Möglichkeiten eine umfassende Anleitung sein. Vorgestellt werden beispielhaft einige Arbeitsfelder, womit natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit verbunden ist. Wir orientieren uns dabei einerseits am offenkundig bestehenden Bedarf (Organisationsgeschichte), ohne diesen unter geschichtswissenschaftlichen und methodischen Gesichtspunkten werten zu wollen. Zugleich versuchen wir, Anstöße zu geben, sich neben den traditionellen Themen (Arbeiterbewegung) und Darstellungsformen (Jubiläumsbroschüren) auch anderen Arbeitsgebieten und Aktionsformen zuzuwenden.

Schließlich wird ein Hauptanliegen darin bestehen, unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Erfahrungshorizonte in Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen. Die getrennte politische Entwicklung über mehr als vier Jahrzehnte hinweg erfordert jeweils andere Fragestellungen, produziert bis heute unterschiedliche politische und soziale Verhältnisse und hat nicht zuletzt eine Archivlandschaft mit jeweils eigenen Strukturen hervorgebracht, zu der wir den Zugang vermitteln wollen.

### **III. Die Auseinandersetzung mit der Tradition: Projekte zur Geschichte der SPD/ Arbeiterbewegung auf lokaler Ebene**

#### **1. Ortsvereinschronik**

Bei einer Chronik handelt es sich um Aufzeichnungen, die Ereignisse in ihrer zeitlichen Abfolge erfassen. Die fortlaufend geführte Ortsvereinschronik kann als das Gedächtnis der jeweiligen Parteiorganisation bezeichnet werden. In eine solche Chronik gehören alle wesentlichen Ereignisse im Ortsverein: Ortsvereinsversammlungen und -veranstaltungen (auch Vorstands-, Kommissions- und Arbeitskreissitzungen), Beschlüsse und Resolutionen, Ergebnisse von innerparteilichen Diskussionen, Vorstands- und Delegiertenwahlen, politische Aktionen, Wahlkämpfe, Wahlergebnisse, Mitgliederentwicklung und Personalien.

Wichtige Ereignisse, Daten, personelle Angelegenheiten aus dem Bereich des Unterbezirks, des Bezirks, der Landes- oder Bundesorganisation und der allgemeinen Politik sind jeweils dann aufzunehmen, wenn der Ortsverein davon direkt oder indirekt berührt ist. Auch wenn die Chronik bewußt darauf verzichtet, längerfristige Entwicklungen im Überblick darzustellen, Hintergründe aufzudecken und Ereignisse zu analysieren, sollte sie doch das unmittelbare politische und soziale Umfeld des Ortsvereins mit einbeziehen, d. h. wichtige Daten und Ereignisse befreundeter Organisationen (Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt) mit aufnehmen. Ebenso gehören dazu Vorgänge in konkurrierenden politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen (andere Parteien, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände), soweit sie den Ortsverein in irgendeiner Weise berühren oder Reaktionen von sozialdemokratischer Seite hervorrufen.

Die Führung der Ortsvereinschronik kann praktisch von jedermann ohne besondere historische Vorkenntnisse übernommen

werden. Ihre Bedeutung für den politischen Alltag „vor Ort“ ist kaum zu unterschätzen. Ob es um Jubiläen, Ehrungen, Veranstaltungen, Ausstellungen oder auch politische Aktionen geht: In vielen Fällen wird die Ortsvereinschronik eine Orientierungshilfe sein und den raschen Zugriff auf Daten und Fakten ermöglichen.

Es bietet sich natürlich an, die Chronik auch zu veröffentlichen. Dies ist in der Regel nicht mit allzu großem Aufwand verbunden, da das „Gerüst“ – die Chronologie – ja schon gegeben ist. Eine Veröffentlichung kann zum Beispiel in eher schlichter Form im Zusammenhang mit dem Jahresbericht oder der Jahreshauptversammlung erfolgen. Sie kann aber auch aus Anlaß eines Ortsvereinsjubiläums oder der Wiederkehr bestimmter Daten und Ereignisse etwas aufwendiger gestaltet werden. Neben einer redaktionellen Bearbeitung empfiehlt sich in diesem Fall, die Chronik auch optisch in ansprechender Form zu präsentieren. Dies kann z. B. durch den Abdruck einiger aussagekräftiger Dokumente, Fotos, Flugblätter, Protokollauszüge oder Plakate geschehen.

Die chronologische Darstellung der Vergangenheit ist aufwendiger und komplizierter als die Erstellung einer fortlaufenden Chronik. Hier geht es darum, aus den noch vorhandenen oder unter Umständen mit größerem Aufwand zusammengetragenen Quellen auszuwählen und den Informationsgehalt für den heutigen Leser herauszufiltern. Im Vergleich zur Ortsvereinsgeschichte hat die „Chronik“ den Vorteil, daß man sich auf die Wiedergabe von Daten und Ereignissen beschränken kann und nicht unbedingt detaillierte Hintergrundinformationen beschaffen bzw. die Vorgänge im Ortsverein mit der allgemeinen Geschichte verknüpfen und Interpretationsmodelle liefern muß. Diese anspruchsvollere Form bleibt der Ortsvereinsgeschichte vorbehalten. In der Praxis werden sich allerdings beide Modelle oft überschneiden. Das chronologische Gerüst als Gliederung ist immer eine gute Empfehlung, wenn man nicht die Möglichkeit hat, Fachhistoriker für die Erforschung der Ortsvereinsgeschichte zu enga-

die „Roten Falken“, mit dem Ziel, die Jugend im sozialistischen Sinne zu erziehen.

**1924** Das Vereinsheim des Arbeiterturnvereins „Bahnhof“ wird in den Weihergärten erbaut. Es dient nicht nur dem Turnverein als Vereinsheim und Versammlungsort, sondern ebenso den Naturfreunden und der SPD. Zwischen diesen Vereinen bestand eine enge Verbindung - sie verfolgten die gleichen Ziele. Bezeichnend ist, daß die SPD-Mitglieder meistens gleichzeitig auch den anderen Vereinen angehörten. So war z.B. Ludwig Scheidt 1912 auch Gründungsmitglied und Obmann bei den Naturfreunden.

Am 01. 11. 1924 wurde die Reichsbanner - Ortsgruppe Grötzingen unter Vorsitz von Heinrich Drollinger gegründet. Das Reichsbanner Schwarz-Rot - Gold wurde als Schutzorganisation der die Weimarer Verfassung unterstützenden Parteien gegründet, wurde jedoch hauptsächlich von der SPD getragen. Gründer waren die Sozialdemokraten O. Hörsing und K. Höltermann. Ziel des Verbandes war der Kampf gegen die nationalsozialistischen Organisationen der SA und andere Organisationen der Rechtsparteien. Der Verband hatte 1932 3,5 Mio. Mitglieder. Er schloß sich 1932 mit den Freien Gewerkschaften und anderen Verbänden zur „Eisernen Front“ zusammen, wurde aber 1933



Der Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Grötzingen um 1925. Links neben der Fahne Heinrich Kurz

Abb. 1 aus: „100 Jahre Sozialdemokraten in Grötzingen 1893 – 1993“, SPD-Ortsverein Grötzingen.

von der nationalsozialistischen Regierung aufgelöst.

**1926** Am 24.11.1926 fanden Gemeinderatswahlen statt, in denen 3 unserer Genossen in den Gemeinderat gewählt wurden: Martin Arheit, Heinrich Kurz und Ludwig Scheidt. Von den Bürgerlichen und Demokraten waren es 5 Gemeinderäte. In den Bürgerausschuß wurden 19 Sozialdemokraten gewählt: August Waltzen, Heinz Scheidt, Karl Vollmer, Ludwig Herbold, Friedrich

Kurz, Otto Daubenberger, August Arheidt, Friedrich Müller, Wilhelm Dopf, August Kunzmann, Karl Geist, Fritz Kraus, Heinrich Drollinger, Friedrich Wackershauser, Gustav Siegrist, Karl Rohrhurst, Karl Ehrler, Eduard Mössinger, Ludwig Müller. Karl Jäck war Bürgermeister.

**1927** Am 14. und 15. 05. 1927 fand in Grötzingen die „Bannerweihe“ der Reichsbanner-Ortsgruppe Grötzingen im Turnerheim „Bahnhof“ statt. Zu jener Zeit organisierte der Ortsverein der

*Auszug aus dem B. St. S.*

*Gegen P. 1. Einführung der Biersteuer wurde unversucht durch Gen. H. Scheidt scharf Stellung genommen, wobei auch die kommunistischen Gen. Ver. unsern Standpunkt vertretend, daß nur das arme Volk damit getroffen sei, das sich an der Auslese der diversen Weinkarten nicht beteiligen könne. Die Biersteuer würde das Glas um 1 und die Flasche um 2 pf. verteuern = 7 20, was einen Ertrag von ca 10000 Mk ausmachen würde. Sofort nach Aufklopfen der bürgerlichen Vertreter auf der Bühne K. St. u. Christof Lichtenfeld merkte man deren Einstellung, und nach dem Grundsatz: „Wer da Macht hat, hat das Recht“, stimmten wir uns mit 27 20 gegen. Gen. Ver. Kommer konnte nicht umhin, wieder ein besondres Fänzchen aufzuführen.*

Auszug aus dem Protokollbuch der SPD von 1926-1933 zur Biersteuer



gieren. Man kann auch beide Formen – die einfache chronologische Wiedergabe von Ereignissen und Daten und die mehr analytische Form der Geschichtsaufarbeitung – miteinander kombinieren. Entscheidend ist, was von den Bearbeitern geleistet werden kann – auch die schlichte Wiedergabe von Fakten hat ihren Wert und ist besser als ein mit großem Ehrgeiz begonnenes Projekt, das dann nicht zu Ende geführt wird.

Ein Beispiel für diese „Mischform“: „100 Jahre Sozialdemokraten in Grötzingen 1893 – 1993“, zusammengestellt von Blanka Tomanek-Hannemann und Rita Butendeich, Karlsruhe-Grötzingen 1993. Nach einer jeweils kurzen Einführung in die Geschichte des Ortsvereins vor 1945 und nach 1945 folgt in zeitlicher Abfolge die Aufzählung und Beschreibung aller wesentlichen Daten und Ereignisse im Ortsverein Grötzingen. In sehr ansprechender Weise wird die chronologische Übersicht ergänzt und optisch aufgelockert durch Fotos und Faksimiles von Briefen, Protokollauszügen und Zeitungsartikeln. Die Broschüre wird vervollständigt durch eine Übersicht über die Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes, die SPD-Gemeinderäte und -Bürgermeister seit 1893 sowie durch Kurzbiographien einzelner herausragender Persönlichkeiten der Grötzinger SPD und einen Abriß der Frauenbewegung im Ortsverein.

Wie informativ die Einbeziehung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Informationen in eine Chronik sein kann, zeigt die Festschrift „125 Jahre Geraer SPD 1869 – 1994“.



Abb. 2 aus: „125 Jahre Geraer SPD 1869 – 1994“, SPD-Kreisverband Gera.

Auch hier sind einführende Texte den einzelnen Zeitabschnitten vorangestellt. In die chronologische Aneinanderreihung wurden zusätzliche Angaben zu Arbeiterzahlen und Löhnen in einzelnen Betrieben, Streiks, Arbeitslosenzahlen, Wahlergebnissen, kulturellen Ereignissen, zum Bau von öffentlichen Gebäuden etc. eingefügt. In diesem Fall zeigte sich, daß eine chronologische Gliederung selbst bei Verarbeitung recht unterschiedlicher Fakten sinnvoll sein kann.

Manche Chroniken (und Ortsvereinsgeschichten) leiden unter einer zu ausführlichen Darstellung allgemeiner historischer Daten, Fakten und Ereignisse. Es genügt, auf die „großen“ überregionalen Ereignisse (z. B. Gründung des ADAV/der „Eisenacher Partei“, Revolution 1918, Beginn der NS-Zeit) mit einigen erläuternden Hinweisen einzugehen. In diesem Zusammenhang ist vor allem interessant, was zu einer bestimmten Zeit „vor Ort“ geschah.

## 2. Dokumentation

Sie wird häufig gleichfalls unter chronologischen Gesichtspunkten aufgebaut. Der Vorteil liegt darin, daß man Schriftstücke, die schon für sich genommen entsprechend aussagekräftig sind, unkommentiert im Original-Wortlaut aneinanderreihen kann. Diese Form erweist sich als besonders geeignet, wenn es darum geht, ein einzelnes Ereignis zu dokumentieren, z. B. einen Arbeitskampf, eine Betriebsbesetzung, den Verkauf einer Wohnsiedlung usw. Ihr Wert liegt darin, daß sie dem Leser einen unmittelbaren Eindruck vom Geschehen vermittelt. Oft sagt der Ton, in dem ein Schriftstück (etwa der Arbeitgeberseite oder einer Behörde) gehalten ist, mehr aus, als dies durch eine nachträgliche Beschreibung möglich wäre. Der Arbeitsaufwand für eine solche Dokumentation ist im allgemeinen begrenzt, da die Dokumente nicht erst abgeschrieben werden müssen, sondern gerade als Kopie den

authentischen Charakter unterstreichen. Die Herausgeber können sich darauf beschränken, ein Vorwort oder eine kurze Erläuterung zu formulieren.

## 3. Ortsvereinsgeschichte

*„Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Wert sein als – der Schlachttag von Sadowa!“ (Johann Jacoby, Das Ziel der Arbeiterbewegung. Rede vor seinen Berliner Wählern am 20. Januar 1870, Berlin 1870, S. 11)*

Die Ortsvereinsgeschichte soll nach Möglichkeit Zusammenhänge aufzeigen, Erklärungen anbieten und auch Urteile über historische Entscheidungen und Entwicklungen fällen.

Auch hier ist der Anlaß für die Erstellung einer Broschüre oft die Wiederkehr eines historischen Datums – in der Regel das Gründungsdatum.

Eine der ersten Fragen, die im Zusammenhang mit der Ortsvereinsgeschichte gestellt werden, lautet daher gewöhnlich: Seit wann besteht unser Ortsverein? (Dabei ist die Bezeichnung „Ortsverein“ natürlich neueren Datums. Im 19. Jahrhundert handelte es sich in der Regel um Sozialdemokratische Vereine oder Wahlvereine.) Man soll sich nun nicht abschrecken lassen, wenn schon diese erste Frage nicht immer exakt beantwortet werden kann. So stellten z. B. die Verfasser der Ortsvereinsgeschichte von Emsdetten (Nordrhein-Westfalen) fest: „[...] daß das genaue Geburtsdatum der SPD in Emsdetten vorerst im dunkeln bleibt, liegt daran, daß die historischen Quellen nicht gerade sprudeln. Originalunterlagen des Ortsvereins sind erst ab 1954 erhalten, und die Archive geben allenfalls Mosaiksteinchen her, die mühsam zusammengesetzt werden müssen.“ (75 Jahre SPD Emsdetten 1919 – 1994, Emsdetten 1994, S. 10)

Unsicherheiten bezüglich des Gründungsdatums treten häufiger bei Ortsvereinsgründungen nach 1919 auf. Dagegen ist die Lage – so merkwürdig dies zunächst klingen mag – für ältere Ortsvereine, die schon im Kaiserreich entstanden sind, in der Regel besser, da damals politische Versammlungen und Vereinsgründungen polizeilich angemeldet werden mußten und überwacht wurden. Für diese Zeit wird man, soweit keine eigenen Unterlagen existieren, am ehesten in städtischen oder staatlichen Archiven fündig.

In vielen Orten wird die Quellensituation ähnlich oder eher noch ungünstiger sein, wie sie uns am Beispiel der SPD in Wandsbek geschildert wird: „In Wandsbek sieht es bei den Quellen nur für die Zeit vor 1933 gut aus. In der Kaiserzeit saß in den Parteiversammlungen meistens ein Polizeikommissar, der sorgfältig aufschreiben mußte, was verhandelt wurde. Die Protokolle sind erhalten. [...] Das Hamburger Echo hat später über alle wichtigen Parteiereignisse in seiner Rubrik ‚Wandsbek und Umgebung‘ ausführlich berichtet. Für die Jahre 1927 bis 1933 liegt das Protokollbuch der Stadtverordnetenfraktion vor. Drei Jahre lang hat Hermann Telschow alles Material, das mit seiner Arbeit als Stadtverordneter zu tun hatte, gesammelt. Es wird im Heimatmuseum Wandsbek verwahrt. Zusätzlich gibt es zahlreiche Akten über die Stadt Wandsbek und Aufzeichnungen von Oberbürgermeister Rodig. Über die Zeit von 1945 bis 1950 hat sich in Wandsbek nichts außer ein paar Briefen, die man an den Fingern einer Hand abzählen kann, zwei Redeentwürfen sowie Einladungen und Listen, die kaum etwas über die inhaltliche Arbeit der Partei in diesem Stadtteil aussagen, angefundenes. Das wenige, was wir haben, wurde hauptsächlich aus dem Nachlaß von Heinrich Wichelmann in letzter Sekunde vom Müll gerettet.“ (SPD Wandsbek 1863 – 1950, Hamburg 1988, S. 5) Eine unverzichtbare Quelle wurde für die Wandsbeker Genossen daher das Zeitzeugengespräch.

Besonders schwierig war die Situation für den SPD-Ortsverein in Bunde (Ostfriesland). Dazu der Verfasser: „Es gibt im Bunder

Ortsverein weder Zeitzeugen noch schriftliche Unterlagen für den Zeitraum vor 1933. Ein zweifellos vorhandenes Protokollbuch des Ortsvereins ist wahrscheinlich in den Wirren des 3. Reiches verlorengegangen.“ Auch die Namen der Gründungsmitglieder sind nur mündlich überliefert. (Theus Graalman, „Mit offenem Blick und mit warmem Herzen“. 75 Jahre Sozialdemokratie in Bunde, 1919 – 1994, Weener 1994, S. 7)

Während die Chronik sich darauf beschränken kann, nüchtern das Gründungsdatum festzuhalten, wird der Ortsvereinshistoriker auch Überlegungen dazu anstellen, welche Umstände zu diesem Zeitpunkt die Entstehung einer lokalen Parteiorganisation begünstigt bzw. sie zu einem früheren Zeitpunkt erschwert hatten. Einige „typische“ Gründungssituationen mögen hier als Beispiel für viele vergleichbare stehen:

### **Oggersheim, die Samtfabrik und die Lassalleaner**

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Großraum Ludwigshafen zu einem industriellen Schwerpunkt in der Pfalz. Im Herbst 1871 streikten im benachbarten Oggersheim 600 Spinnereiarbeiter einer Samtfabrik. Die Autoren der Festschrift von 1981 fanden im Jahrgang 1928 der „Pfälzer Post“ den Bericht des Arbeiters Josef Queva, der den Streik noch selbst miterlebt hatte: Nachdem die Fabrik bei Beginn des Deutsch-Französischen Krieges zunächst geschlossen worden war, wurde nach ihrer Wiedereröffnung um so härter gearbeitet. Dazu Queva: „Es wurde nun geschuftet wie noch nie. Die gewöhnliche Arbeitszeit betrug nahezu 14 Stunden. Sie begann morgens um 5 und endete abends um 8 Uhr [...]. Außerdem war man gezwungen (laut Statut), wöchentlich dreimal am Abend zu arbeiten, und zwar dienstags bis 10, donnerstags bis 10 und samstags bis 12 Uhr. Wer diese Arbeitszeit nicht einhielt, wurde beim ersten Fehlen mit einem halben Gulden

beim zweiten mit einem Gulden bestraft und beim dritten Male entlassen. Diese Vorschriften galten nicht nur für Erwachsene, sondern auch für schulentlassene Kinder von 11 bis 13 Jahren. [...] Es wurde geschuftet, aber die Unzufriedenheit war nicht mehr zu unterdrücken, es gährte unter den Arbeitern. Es wurden Zusammenkünfte veranstaltet, anonyme Zettel angeklebt usw.“ Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung wurden aufgestellt, von der Fabrikdirektion aber nicht akzeptiert. Der Streik ließ in der Öffentlichkeit und der Presse die Wellen der Erregung hochgehen. Am 4. November 1871 wurde in Oggersheim ein ADAV gegründet. Josef Queva: „Ein Redner von Mannheim war erschienen, der die unmenschlichen Zustände in der Fabrik schilderte, die unverschämten Zeitungsartikel kritisierte und schließlich zum Beitritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufforderte. Etwa 200 Arbeiter kamen der Aufforderung nach.“ Dem Gründungslokal gegenüber hatte sich der Spinnereiobermeister der bestreikten Samtfabrik mit einem Faß Bier postiert und fing die Arbeiter ab, um sie zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Die Streikbrecher konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Der Fabrikherr mußte eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zugestehen. Der neugegründete Oggersheimer ADAV wurde zum Ausgangspunkt für weitere Gründungen der Lassalleaner in der Pfalz.

Quelle: 1871 – 1981. 110 Jahre SPD Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim, Neustadt 1981, S. 18 – 25.



Abb. 3 Die Samtfabrik in Oggersheim, aus: „1871 – 1981. 110 Jahre SPD-Ortsverein Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim. 110 Jahre SPD in der Pfalz“, SPD-Ortsverein Ludwigshafen/Rhein-Oggersheim.

Charakteristisch für die Arbeiterbewegung jener Zeit ist, daß ihre Träger häufig eher Handwerksgesellen oder Beschäftigte in kleineren Betrieben als die Arbeiter der Großindustrie waren.

### **„Es sind noch lange nicht genug“ – Handwerksgesellen in St. Johann begründen die Sozialdemokratie im Saarrevier**

Im Januar 1870 fragte der Sekretär des Braunschweiger Ausschusses der SDAP („Eisenacher Partei“), Leonhard von Bonhorst, im Parteiorgan „Der Volksstaat“ nach Adressen von zuverlässigen Arbeitern u. a. im Saargebiet und bedankte sich für eingegangene Hinweise auf Bergleute aus dem Saargebiet, doch – so Bonhorst: „Es sind noch lange nicht genug – ich muß noch bedeutend mehr haben ...“ Fuß faßte die Sozialdemokratie dort zunächst nicht in den von industriellen Großbetrieben geprägten Orten und unter den Bergleuten,



sondern in St. Johann, das eher durch kleine Handwerksbetriebe charakterisiert war. Viele der Handwerksgesellen stammten aus anderen Teilen Deutschlands, waren mitunter schon auf ihrer Wanderschaft mit sozialdemokratischen Gedanken in Berührung gekommen und brachten durch die Prägung durch das handwerkliche Milieu mehr Sinn für kollektive solidarische Organisations- und Handlungsweisen mit als die aus der ländlichen Umgebung in die entstehende Großindustrie abwandernden Arbeiter. Mitglieder des 1876 gegründeten Sozialdemokratischen Vereins in St. Johann waren außerdem Eisenbahnarbeiter, Bauhandwerker und kleine selbständige Handwerker. Sie bekamen sofort die volle Wucht der staatlichen Verfolgung zu spüren. Schon der Referent der Gründungsversammlung wurde wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die erste lokale Parteizeitung, die „Freie Volksstimme“, mußte nach nur sieben Nummern ihr Erscheinen einstellen – nacheinander wurden ihre vier Redakteure verhaftet, umgerechnet „kostete“ jede Nummer ein Jahr Gefängnis. Auch später blieb die sozialdemokratische Bewegung dank der massiven Unterdrückung durch Behörden und Industrielle in „Saarabien“, wie das Saarrevier in Anspielung auf den dort unumschränkt herrschenden „König von Saarabien“, den Großindustriellen Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, genannt wurde, lange eine kleine unbedeutende Gruppe.

Quelle: 1872 – 1992. 120 Jahre SPD in St. Johann, Saarbrücken 1992, S. 11 – 15.

Die Revolution von 1918 ermöglichte es der SPD auch in Orten, wo sie bis dahin wegen besonders starker Anfeindung durch die Behörden oder andere politische Kräfte organisatorisch nicht vertreten war, lokale Organisationen ins Leben zu rufen. Die Einführung eines demokratischen Wahlrechts auch auf Gemeinde-

ebene brachte zusätzlich die Notwendigkeit mit sich, jeweils auch „vor Ort“ präsent zu sein.

### **Endlich „als Menschen unter Menschen“ – die Sozialdemokraten in Northeim**

Am 1. Dezember 1918 wurde in Northeim (Niedersachsen) ein „Sozialdemokratischer Wahlverein“ gegründet – ein „Sonntagskind“, wie der spätere Chronist vermerkt. In Northeim hatten die Sozialdemokraten einen schweren Stand. Erst bei den Reichstagswahlen 1912 (!) war es ihnen zum ersten Mal gelungen, wenigstens eine Versammlungsanzeige in einer bürgerlichen Zeitung unterzubringen – anonym, ohne Namensnennung des Einberufers und ohne Angabe der politischen Richtung. Der Bericht in der Lokalzeitung läßt die Hoffnungen erkennen, welche die Sozialdemokraten in die „neue Zeit“ setzten: Aus: „Northeimer Neueste Nachrichten“, 3. Dezember 1918: „Die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins erfolgte gestern nachmittag im Gasthaus zum ‚Stern‘. Hierzu hatten sich erfreulicherweise eine große Anzahl Personen aus allen Bevölkerungsschichten eingefunden, was darauf schließen läßt, daß die Bewohner unserer Stadt gewillt sind, sich mehr und mehr mit dem Sozialismus vertraut zu machen. Herr Konsumverwalter Brandt als Einberufer der Versammlung hielt eine Ansprache, in der [er] auf die bevorstehenden Wahlen hinwies und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns erläuterte. Die Gründung des Vereins wurde darauf einstimmig beschlossen. [...] Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß auch Frauen Mitglieder werden können und daß sich diese lebhaft am politischen Leben beteiligen müßten, um das ihnen übertragene Wahlrecht gewissenhaft ausüben zu können. Den Mitgliedern wurde nahegelegt, im Familienkreise aufklärend zu wirken. Weiter wurde die Gründung einer Jugendgruppe beschlossen und zu deren Leiter Herr Maschinenmeister Metje gewählt. [...] Als Parteiorgan wurde der ‚Volkswille‘ in

Hannover und als Lokalzeitung die ‚Northeimer Neuesten Nachrichten‘ bestimmt. Die Buchhandlung von Spannaus hat sich bereit erklärt, in einem Schaufenster Parteiliteratur auszulegen und solche stets vorrätig zu halten. Der Vorsitzende ersuchte, davon regen Gebrauch zu machen, um aus dem alten System heraus sich leichter in die neue Welt hineinzuleben, in der wir uns als Menschen unter Menschen fühlen werden. Regelmäßige Versammlungen werden jeden ersten Sonntag im Monat im ‚Stern‘ abgehalten. Nach der Aufforderung an die Mitglieder, werbend tätig zu sein, damit der junge Verein sich zu einer stattlichen Größe anwachsen, wurde die Versammlung geschlossen.“

Quelle: 75 Jahre SPD Northeim 1918 – 1993, Northeim 1993, S. 8 f.

Daß die Verhältnisse für die SPD speziell im ländlichen Raum auch nach 1945 schwierig waren und blieben, muß nicht erwähnt werden. In manchen Fällen war die Ortsvereinsgründung auch das Ergebnis eines langfristigen Trends, so zum Beispiel bei der SPD in Niederzissen (Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau):

### **Nur einer hatte das blaue Parteibuch**

Im Brohltal gehörte noch in den sechziger Jahren angesichts einer erdrückenden „schwarzen“ Mehrheit durchaus Mut dazu, sich zu den Sozialdemokraten zu bekennen. Dazu die rückblickende Schilderung des Chronisten: „Die Bevölkerung, weitgehend aus Kleinlandwirtschaftsfamilien und Handwerkern mit Kleinstbetrieben bestehend, war fleißig und fromm und wählte weitgehend die katholisch-konservative Zentrumspartei. Jedenfalls solange man überhaupt noch eine Wahl hatte. Als der Nazi-Alptraum vorüber war, nahm wie selbstverständlich die Christlich Demokratische Union (CDU) den Platz des Zentrums ein,

und der Sozialdemokratie fiel es schwer, in Erinnerung zu bringen, daß sie es gewesen war, die dem braunen Terror am längsten widerstanden hatte. Der Wandel einer Weltanschauungspartei zur Volkspartei brauchte Zeit, und es dauerte erneut lange, bis dieser Wandel der breiten Öffentlichkeit bekannt und von ihr anerkannt wurde. Doch allmählich wurde auch bei überregionalen Wahlen ein zunächst noch zaghafter Wechsel im politischen Denken der Bürgerinnen und Bürger in Niederzissen deutlich. Die SPD faßte sichtlich Tritt. Und dies, ohne über eine Organisation an der Basis in Form eines Ortsvereins zu verfügen. Nicht zuletzt das aber war noch ein großes Handicap, wenn es um Kommunalwahlen ging. Johann Lenz, in Kommunalpolitik längst über freie Listen aktiv, in seinem Herzen Sozialdemokrat, wollte der SPD eine feste Basis geben. Zusammen mit einigen Gleichgesinnten machte er sich an die Gründung des Ortsvereins Niederzissen. Am 15. April 1969 fand im Gasthaus Schmitz die Gründungsversammlung statt. Das heißt, es mußten zunächst einmal Mitglieder geworben werden. Außer Johann Esten hatte nämlich noch niemand der Versammlungsteilnehmer das damals blaue Parteibuch. Acht traten dann im Verlauf der Versammlung in die Partei ein. Der Ortsverein Niederzissen der SPD war gegründet.“

Quelle: 25 Jahre SPD Niederzissen. 6. und 7. Mai 1994, Niederzissen 1994, S. 21.

Mit dem Ende der DDR und im deutschen Einigungsprozeß entstand die Sozialdemokratie in zahlreichen ostdeutschen Orten neu oder aufs neue. Gerade hier ist es wichtig, so früh wie möglich die Geschichte der Zeit des Umbruchs, der Gründung der SDP oder der Wiedergründung früher einmal bestehender SPD-Ortsvereine festzuhalten. Dies ist um so dringlicher, als sich die Gründung oft unter dem Druck bevorstehender Wahlen vollzog, für grundsätzliche Besinnung auf „historische Augenblicke“ also wenig Zeit blieb, Gründungsmitglieder sich vielleicht später

aus der aktiven Politik wieder zurückgezogen haben und wichtiges Material über diese Zeit unter der Last der Alltagsarbeit verlorengehen könnte. Selbst kurze Rückblicke, die aus der Sicht der Beteiligten die besonderen Umstände der Gründung schildern, die Namen der ersten Mitglieder festhalten, sind von Wert.

### **17 Sympathisanten in Zittau (Sachsen)**

„Mit dem Gründungsauf Ruf von Schwante war ein Impuls verbunden, der überall in der DDR seinen Widerhall fand. In Zittau fand sich eine Gruppe von Menschen unterschiedlichen Alters, die angesichts der im November immer dynamischer verlaufenden Veränderungen das ziemlich sichere Gefühl hatten, daß es nicht genüge, Teil einer Bürgerbewegung zu sein. Gemeinsam war ihnen vor allem die grundsätzliche Sympathie für die Sozialdemokratie an sich, besonders für so bedeutende Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt und die mit deren Namen verbundene SPD-Politik. In eher geringerem Maße waren es moderne, programmatisch begründete sozialdemokratische Überzeugungen oder aktuelle Kenntnisse über die SPD des Jahres 1989. – Am 1. Dezember 1989 versammelten sich 17 Sympathisanten, um sich zum SDP-Kreisverband in Zittau zu konstituieren. Organisatorisches Zentrum der Partei war das Hinterzimmer der Bäckerei Scheffler. Die Führungsstrukturen blieben zunächst ziemlich provisorisch. Diana Scheffler und Ulrich Wieland waren die Sprecher der Gruppe. Diana sprach auf mehreren Kundgebungen in der Stadt. Am 17. Januar, die SDP hatte sich inzwischen als SPD in der DDR etabliert, wurde Klaus Zimmermann zum Kreisvorsitzenden gewählt. – Wiedererstanden war damit, auch dem Namen nach, eine Traditionspartei, deren Mitglieder wenig Zeit hatten, sich lange auf die alten Wurzeln zu besinnen. Ja, schlimmer noch, es blieb auch keine Zeit, sich politisch und organisatorisch zu festigen. Dieser Zustand soll-

te prägend für das gesamte [...] Wahljahr 1990 bleiben, und kann bis heute noch nicht als endgültig überwunden angesehen werden.“

Quelle: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Zittau, gegründet am 30. Oktober 1894, wiedergegründet am 1. Dezember 1989, o. O., o. J., S. 8.

### **4. Fragen zur Geschichte „vor Ort“**

Im folgenden wollen wir anregen, an das Quellenmaterial mit Fragen heranzugehen, die für die Abfassung einer Ortsvereinsgeschichte von Bedeutung sein können:

Besonderes Interesse wird der Mitgliederentwicklung gelten. Die Ermittlung exakter Zahlen ist nicht immer einfach oder überhaupt möglich. Am leichtesten ist es natürlich, wenn der Ortsverein regelmäßig Jahresberichte herausgeben hat. Wenn diese nicht (oder nicht mehr) vorhanden sind, kann man eventuell auf ältere Jahrgänge einer Partei- oder Lokalzeitung im Bereich des Ortsvereins zurückgreifen, in der sich z. B. Artikel über Jahreshauptversammlungen finden. Außerdem bietet es sich an, die Parteizeitungen von größeren Nachbarorten zu überprüfen; auch dort finden sich häufig Angaben über den Stand der Parteiorganisation in der näheren Umgebung. Die Mitgliederzahlen, die man am besten in eine tabellarische Übersicht bringt, werden in großen Zügen die Erfolge und Mißerfolge der örtlichen Parteiorganisation, aber auch allgemeine Trends widerspiegeln.

Aufschlußreich für den Leser ist die berufliche und soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Erfahrungsgemäß wird der Ortsvereinshistoriker hier meist nur bruchstückhafte Angaben finden oder sich mit allgemeinen oder zufälligen Hinweisen zu-



friedengeben müssen. Mitgliederlisten oder -karteien werden sich – zumindest für die Zeit vor 1933 – nur in seltenen Fällen erhalten haben. Eine Hilfe für die Beantwortung der Frage nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft kann es wiederum sein, wenn sich die Verfasser Hintergrundinformationen über die soziale und berufliche Zusammensetzung der Bevölkerung im Einzugsbereich des Ortsvereins besorgen. Sinnvoll ist es auch zu fragen: Gab es ein ausgeprägtes sozialdemokratisch beeinflusstes kulturelles Milieu (Genossenschaften, Arbeiterkultur- und -sportorganisationen, eigenes Parteilokal, ausgeprägte Festkultur etc.).

Daneben steht die Frage nach der politischen Tätigkeit des Ortsvereins im Mittelpunkt der Untersuchung. Vertrat er im Spektrum der Gesamtpartei eher radikale oder gemäßigte Positionen, welche Einflüsse könnten dabei eine Rolle gespielt haben (soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft, besondere Wirtschaftsprobleme am Ort, bestimmte Personalstrukturen, „Diaspora-Situation“ oder frühzeitige Integration der Sozialdemokraten in das kommunale Umfeld)? Wie verhielt sich die lokale Parteiorganisation zu allgemeinen politischen Fragen (Erster Weltkrieg, Sozialisierungsfrage, Fürstenabfindung, Bau des Panzerkreuzers A, Abänderung des § 218 in der Zeit der Weimarer Republik, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Große Koalition, Fragen der Ostpolitik)? Gab es Ereignisse, die sich auf die politische Stimmung besonders auswirkten (größere Streiks am Ort, Bau von Kraftwerken, Einrichtung von Munitionsdepots, atomaren Anlagen oder umweltbelastenden Industrien, Betriebs-schließungen)? Gab es Spaltungen oder Abspaltungen im Bereich des Ortsvereins, existierten z. B. Organisationen von USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), SAP (Sozialistische Arbeiterpartei), ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund)? Wie war das Verhältnis zu anderen politischen Parteien und Organisationen? War der Ortsverein vor 1933 einer starken Konkurrenz von seiten der KPD ausgesetzt, befand sich am Ort schon früh eine aktive NSDAP-Mitgliedschaft? Wie

war die Lage von Sozialdemokraten während der NS-Zeit? Gab es aktiven Widerstand, wie sahen die Verfolgungen durch die Nazis aus, wurden Sozialdemokraten verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert, gab es Genossen, die dem Nazi-Terror zum Opfer fielen?

### **Niersteiner Sozialdemokraten in den letzten Kriegstagen ermordet**

Während die Amerikaner näherrückten, begannen in Nierstein (Rheinhessen) am 18. März 1945 die Verhaftungen nach einer „schwarzen Liste“ der örtlichen Nazis: „Die später Ermordeten werden unter Bewachung zu Fuß nach Groß-Gerau, dann nach Darmstadt getrieben. Die Gestapo erklärt ihnen, sie seien wegen Aufwiegelei festgenommen worden. Am Morgen des 21. März jedoch werden sie freigelassen, es liegt plötzlich nichts mehr gegen sie vor. [...] Noch sind alle guten Mutes, bald die Heimat zu erreichen. Schon sind sie auf der Fähre, einer der Männer, der KPD-Mann Ludwig Ebling, erhält unverhofft Hilfe. Er kann sich durch den SA-Ausweis, den ihm der Opelaner Martin Markloff zusteckt, retten. Die anderen fünf, zunächst die vier Männer, dann auch Cerry Eller, werden an Land geholt. Der Kampfkommandant entscheidet an den Schanktischen der Fährwirtschaft, daß diese „größten Verbrecher und Lumpen von Nierstein“ umzulegen sind. Dazu auch der Uhrmachermeister Rudolf Gruber aus Oppenheim, den er der Fahnenflucht bezichtigt. In den frühen Nachmittagsstunden müssen die sechs dann ihr eigenes Grab ausheben, auch die 63jährige Cerry Eller. [...] Die sechs Todgeweihten müssen sich vor ihre Gräber stellen. Sie ließen sich nicht widerstandslos niedermetzeln. Der Obduktionsbericht spricht von Zeichen körperlicher Mißhandlung, die noch zu Lebzeiten stattfanden. Reichsbannerführer Jakob Schuch ballt noch einmal die linke Faust: „Freiheit“, das Freiheitszeichen der Republikaner. So werden sie er-

schossen. Ein 19jähriger Leutnant ermordet sie nacheinander durch Genickschuß. Die SPD Nierstein verliert mit Jakob Schuch und Cerry und Johann Eller drei ihrer Besten. Der Fährwirt Josef Wehner hat das Geschehen aus einem Versteck heraus beobachtet, er berichtet Tage später den Amerikanern das Geschehen [...]. Am 18. April werden die Toten wieder ausgegraben, von Angehörigen identifiziert und unter Aufsicht der Alliierten von früheren NS-Parteigrößen wieder in den freien Heimatort hinübergetragen.“

Quelle: „1905 – 1980. Sozialdemokraten in Nierstein“, Nierstein 1980, S. 25 f.

Weitere mögliche Fragen: Wie gestaltete sich das Verhältnis von SPD und KPD nach 1945, wie verlief auf lokaler Ebene die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone, wie reagierten die Mitglieder? Veränderte sich nach



Johann und Cerry Eller

Abb. 4 aus: „Sozialdemokraten in Nierstein“, SPD-Ortsverein Nierstein.

dem Krieg die Zusammensetzung der Bevölkerung (z. B. durch den Zuzug von Flüchtlingen), und wie wirkte sich das auf die Chancen der SPD aus?

#### Protestantische Flüchtlinge im katholischen Münsterland – neue Stimmen für die SPD

Als sich im Mai 1946 in Emsdetten einige Sozialdemokraten in der Wohnung des ehemaligen Vorsitzenden Friedrich Tomzik zur Wiedergründung ihres Ortsvereins trafen, ahnten sie wohl noch nicht, daß diese Wohnung noch jahrelang ihr Parteilokal bleiben würde – die katholischen Wirte verweigerten ihnen wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik die Räume. Bei den ersten Kommunalwahlen verteilten die Christdemokraten ein Flugblatt mit dem Reim „Die SPD und ihre Meute war gestern braun, rot ist sie heute“. Diese Situation änderte sich nicht zuletzt durch die evangelischen Flüchtlinge. Für sie waren die ka-

tholischen Einheimischen, die sie äußerst feindselig behandelten, mehr oder weniger identisch mit der „katholischen“ CDU. Die protestantischen Neubürger trugen bei den zweiten Kommunalwahlen im Herbst 1948 entscheidend dazu bei, das Wahlergebnis für die SPD zu verbessern.

Quelle: 75 Jahre SPD Emsdetten, S. 39 ff.

Zu den herausragenden Ereignissen zählen Verlauf und Ergebnisse von Wahlen und Wahlkämpfen. Dabei ist für die Zeit vor 1918 zu klären, welche Wahlgesetze für die Gemeinde- und die Landtagswahlen galten (wer durfte überhaupt wählen, gab es ein Mehrklassenwahlrecht?). Von Interesse ist natürlich vor allem: Wann gelang es der Partei an diesem Ort zum erstenmal, Vertreter in das Gemeindeparlament zu schicken? Wann konnte ein sozialdemokratischer Bürgermeister gestellt werden? Von Interesse sind gleichfalls die Ergebnisse bei Landtags-, Reichstags- bzw. Bundestagswahlen. Die Zahlenangaben der Stimmbezirke lassen sich meist den entsprechenden Jahrgängen der Lokalzeitung entnehmen; hier finden sich in der Regel auch die Namen der Kandidaten, die kein Mandat erringen konnten.

Immer spielen natürlich bei der Geschichte einer Parteiorganisation auch einzelne, besonders engagierte Persönlichkeiten eine Rolle. Kandidaten und Mandatsträger, die dem Ortsverein angehörten, Parteimitglieder, die auf überregionaler Ebene wirkten oder im Widerstand aktiv waren, sollen in ihrer politischen Arbeit vorgestellt werden. Dabei sollte man sich nach Möglichkeit immer bemühen, mehr als nur Namen und Funktionen zu benennen. Die Einblendung biographischer Kapitel oder ein Anhang mit Einzelbiographien – auch in Form von autobiographischen Darstellungen – erhöhen die Lesbarkeit der Texte. Dabei kann gezeigt werden, welche Erfahrungen und Einflüsse die Menschen veranlaßt haben, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Ein wichtiger Punkt ist die Darstellung der politischen Arbeit des Ortsvereins in der Öffentlichkeit. Hier können zum Beispiel Formen der Mitgliederwerbung, der Ablauf von Festen und besonderen Veranstaltungen (Maifeiern, Stiftungsfeste) beschrieben werden. Bei traditionsreichen Ortsvereinen werden sich in der für die Region zuständigen Parteizeitung, in Jahresberichten oder Polizeiakten, Schilderungen von Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Festveranstaltungen finden. Dagegen wird man bei Fragen nach der Vertrauensarbeit in den Betrieben, Zusammenarbeit mit Gewerkschaften etc. eher auf Erzählungen oder Aufzeichnungen älterer Parteigenossen angewiesen sein.

Einbezogen werden soll nach Möglichkeit auch die Entwicklung der in der Partei vertretenen Arbeitsgemeinschaften oder ihr nahestehender Organisationen: Jungsozialisten, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, eventuell Arbeitsgemeinschaften von Juristen, Lehrern, Arbeitnehmern; die Entwicklung von Organisationen wie Kinderfreunden, Arbeiterjugend (SAJ), Falken, Gesangsvereinen, Arbeitersportvereinen, Arbeiterwohlfahrt, Genossenschaften und Gewerkschaften.

### **Mädchenwohnheim „Ahlemer Turm“**

„In Ahlem, bei Hannover, liegt das Mädchenwohnheim der AWO, der ‚Ahlemer Turm‘ [...] Verschmutzt, verwahrlost und ruiniert wurde es 1947 von der englischen Militärregierung der AWO zur Verfügung gestellt, die sich angesichts der brennenden Not der heimatlosen Jugendlichen, insbesondere der Mädchen, zur Einrichtung eines Mädchenwohnheimes entschloß. [...] Am 1. Juli 1948 zogen wir mit acht Mädchen ein. Nun hieß es fest zupacken. Schutt und Scherben mußten weggeräumt werden. Systematisch wurde von den Handwerkern ein Zimmer nach dem anderen fertiggestellt. [...] Die Mädchen wurden so mit hineingestellt in das Haus, in ihr Haus und er-

lebten es mit allen Sorgen und Freuden und was noch wichtig erscheint, sie erlebten sich nach langer Zeit wieder einmal als Mittelpunkt einer sorgenden Liebe“.[...] „Es gab Kinder und Jugendliche, die wochen-, teilweise monatelang bei den Besatzern gelebt hatten, z. B. in Berlin, an den Bahnhöfen. Da kriegten sie Schokolade und Sachen, die kein anderes Kind in der Zeit je bekam, erlebten aber auch etwas, was kein Kind erleben sollte.“

Quelle: Bernd Rabe, Solidarität im Alltagsleben. Geschichte der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e. V., Hannover 1990, S.90 f.

## 5. Besonderheiten der Geschichtsarbeit in den ostdeutschen Bundesländern

Für die Geschichtsarbeit in den Gebieten der ehemaligen DDR gelten zum Teil völlig andere Voraussetzungen als im Gebiet der alten Bundesrepublik. Auch die Mitglieder der SPD haben ihre eigenen politischen und historischen Erfahrungen und nicht zuletzt auch andere Voraussetzungen und aktuelle Probleme.

Die Sozialdemokratie war auf dem Gebiet der SBZ/DDR – abgesehen von dem kurzen Zwischenspiel vom Juni 1945 bis zum April 1946 – seit 1933 verboten. Das Bekenntnis zu sozialdemokratischen Ideen und Werten bedeutete ein hohes persönliches Risiko. Gegen die SPD und deren Traditionen fand eine systematische Hetze statt. Bis 1961 hatten viele Anhänger der SPD die DDR verlassen, andere gerieten in die Isolation und resignierten. Erst nach über vierzig Jahren kommunistischer Unterdrückung wurde am 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus von Schwante (Brandenburg) die Sozialdemokratie in der DDR wiedergegründet. Die Neugründung nannte sich Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Die Wahl des Namens und der Abkürzung wollte auf der

einen Seite die Eigenständigkeit gegenüber der bundesdeutschen SPD betonen. Andererseits verstand sich die neue Partei als Fortsetzung der großen Tradition der sozialdemokratischen Partei in Deutschland und als Teil der internationalen sozialistischen Bewegung.



Abb. 5 „8. Januar 1990: Montagsdemonstration in Leipzig“, Bundesarchiv, Koblenz.

Ehemalige SPD-Mitglieder fanden nach 1989 nur vereinzelt wieder den Weg in die Ortsverbände. Aufgrund ihres Alters spielten sie in der politischen Alltagsarbeit nur selten eine wesentliche Rolle. Oft fanden sie ihre eigenen Vorstellungen in der Neugründung nicht mehr repräsentiert. Selbst im Ostteil von Berlin, wo die SPD bis zum 23. August 1961 noch bestand, bot sich kein wesentlich anderes Bild. Immerhin gab es in Berlin seit 1990 Versuche, die früheren Mitglieder aufgrund der alten Karteien noch einmal zu sammeln und zusammenzuführen.



Bei der Arbeit mit diesem Personenkreis ist davon auszugehen, daß die Biographien dieser Menschen nur selten reine „Heldengeschichten“ sind. Ebenso wie andere DDR-Bürger lebten sie unauffällig und angepaßt. Oft verzichteten sie auf sozialen Aufstieg und berufliche Erfolge, was ihnen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems niemand dankte. Oder aber sie wählten den Weg der vielen kleinen Kompromisse, der sie oft in die Nähe des Systems führte. Ein sozialdemokratisches Milieu oder eigenständige Traditionen hat es in der DDR 1989 nicht mehr gegeben. In den alten „Hochburgen“ der SPD in Sachsen und Thüringen dominiert seit 1990 politisch die CDU.

Auch in anderer Beziehung unterscheidet sich die Situation in den ostdeutschen Ländern von der in der alten Bundesrepublik. Während in Westdeutschland immerhin eine umfangreiche Forschung existiert, die sich seit Jahrzehnten verstärkt mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, dem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Widerstand in der NS-Zeit und regionalgeschichtlichen Aspekten befaßt, wurde die Geschichte in der DDR weitgehend durch die ideologische Brille der SED betrachtet. Die Geschichtsforschung war streng zentralisiert. Die Leitung und Kontrolle lag beim „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ (IML) sowie bei der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“. Trotzdem legte man zeitweise Wert auf regionale und lokale Forschungen. Die Kontroll- und Anleitungsfunktion oblag den „Kommissionen für die Geschichte der Arbeiterbewegung“ bei den Kreisleitungen der SED. Die Forschungsergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden in der Bibliothek des IML gesammelt, die 1991 in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (SAPMO) eingegangen ist. Dies betrifft auch das umfangreiche nicht im Buchhandel geführte – sogenannte „graue“ – Schrifttum, d. h. Schriften und Reihen örtlicher Einrichtungen. Es existieren mehrere Publikationsreihen, die als parteiintern ausgewiesen waren. Dieses Schrifttum ist in großer Vollständigkeit in der erwähn-

ten Bibliothek greifbar. Museums- und Ausstellungskataloge aus der gesamten DDR wurden seit 1952 im Museum für deutsche Geschichte gesammelt, das ebenfalls eine Art ideologischer Leitfunktion hatte. Diese Bibliothek wurde vom Deutschen Historischen Museum übernommen und befindet sich an alter Stelle im Zeughaus Unter den Linden. Korrekturen an dem in der DDR gepflegten Geschichtsbild der Arbeiterbewegung und ihrer Repräsentanten auch auf lokaler Ebene sind dringend erforderlich. Für die praktische Geschichtsarbeit vor Ort gilt es, an überschaubaren Projekten und Beispielen verdrängte Geschichte lebendig zu machen, unterdrückten Sichtweisen zu ihrem Recht zu verhelfen, Diffamierungen von Personen und Wertvorstellungen rückgängig zu machen und neue Themen zu entdecken, die für die DDR-Geschichtsschreibung keine Rolle spielten. Dabei wird man in der Regel mangels anderer Darstellungen in absehbarer Zeit immer wieder auf DDR-Veröffentlichungen zurückgreifen müssen. Man sollte auch nicht in den Fehler verfallen, diese Historiographie unbesehen und pauschal als unbrauchbar für weitere Forschungen zu verurteilen. Man stößt dabei durchaus auf wichtige Informationen, Daten und Fakten. Allerdings muß bei der Benutzung dieser Arbeiten immer bedacht werden, daß von der SED-Geschichtsschreibung unbequeme und nicht ins Weltbild passende Aspekte bewußt umgebogen, ausgeblendet oder verfälscht dargestellt wurden.

Man sollte sich auch davor hüten, von dieser Geschichtsschreibung bewußt vereinnahmte geschichtliche Prozesse oder Personen von vornherein negativ zu beurteilen. So wurden z. B. viele Sozialdemokraten, auch auf lokaler Ebene, deren Wirkungsgeschichte in die Zeit vor 1914 fällt, von der SED ohne weiteres als „Vorläufer“ der kommunistischen Bewegung angesehen. Nicht selten galten sie kurz nach der Wende plötzlich als „Verfemte“ – ein Prozeß, der von bürgerlicher Seite nur allzu gerne unterstützt wird. Sozialdemokraten sollten sich auf diese Weise nicht erneut ihre eigene Geschichte wegnehmen lassen.



Ein besonderes Problem stellt die Auswertung der DDR-Tageszeitungen dar: Ziel dieser Zeitungen war nicht die Information, sondern die propagandistische Beeinflussung des Lesers. Trotzdem sind die DDR-Zeitungen nicht so uninteressant, wie man zunächst meinen könnte. Der DDR-Leser verstand die Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen. Zudem war er in der Regel durch die westlichen Medien über die Sachverhalte informiert. In jedem Fall sind jeweils parallel die Zeitungen der westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik und West-Berlins heranzuziehen. In den fünfziger Jahren waren insbesondere der „Telegraph“ und der „Tagesspiegel“ (Berlin) ausgezeichnet über Vorgänge in der DDR informiert. Dagegen sind Mitteilungen des „Spiegel“ nicht immer zuverlässig. Interessant für Nachforschungen sind insbesondere die Lokalteile der Zeitungen sowie die sogenannte Bezirkspresse. Diese berichteten oft mit größerer Offenheit über die Zustände in der DDR.

Nicht nur jede politische Tätigkeit, auch die Aufarbeitung der DDR-Geschichte vor Ort steht in den neuen Bundesländern vor dem Problem der Abgrenzung oder Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Mitgliedern und/oder der PDS. Aktivitäten auf historischem Gebiet gehen auch weiterhin von jenem Personenkreis aus, der sich bis 1989 haupt- oder ehrenamtlich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt hat. Sozialdemokraten sollten dem Diskurs – wo er ernsthaft gewünscht wird – und auch der Auseinandersetzung mit diesen Gruppen nicht aus dem Weg gehen.

Als thematische Schwerpunkte für die Geschichtsarbeit in den ostdeutschen Ländern bieten sich insbesondere an: Befreiung 1945, antifaschistischer Neubeginn, Wiedergründung der SPD und anderer Parteien, Zwangsvereinigung von SPD und KPD, Wandlung der SED zur „Partei neuen Typs“, Ausschaltung und Verfolgung von Sozialdemokraten seit 1946, Probleme ehemals grenznaher Regionen, Auswirkungen des 17. Juni 1953 und des Mauerbaus 1961, Zwangsenteignungen, Geschichte von Ortsver-

einen seit der Neugründung 1989/1990. Aber auch die Entdeckung verschütteter sozialdemokratischer Traditionslinien in einer Region, die Geschichte von bereits im Kaiserreich oder während der Weimarer Zeit bestehenden Vereinen, kann reizvoll sein.

#### **IV. Spurensuche im Umkreis und jenseits der eigenen Organisation**

##### **1. Arbeits- und Lebenswelt in der Vergangenheit**

Die Beschäftigung vorwiegend mit der Geschichte bestimmter Organisationen verstellt oft den Blick auf das, was das Leben der Menschen ganz wesentlich mit prägt. Wir möchten dazu anregen, stärker als bisher in der Geschichtsarbeit neben den „klassischen“ Themen der Organisationsgeschichte all die Bereiche mit einzu beziehen, die den Alltag bestimmen und bestimmten, zum Beispiel:

- die Arbeit in den Betrieben, Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe, ihre Auswirkungen auf Gesundheit, Geselligkeit und Lebensformen, das Erlebnis solidarischer Verhaltensweisen, Strategien des Sich-Wehrens oder Sich-Verweigerns, Erlebnisse wie Betriebsschließungen oder Betriebsbesetzungen, den Kampf um Arbeitsplätze, die Rolle von Betriebsräten, Arbeitslosigkeit als kollektives Erlebnis an einem Ort, die Geschichte früher stark vertretener oder inzwischen ausgestorbener Berufe, generell wirtschaftlicher und sozialer Wandel im ländlichen oder industriellen Raum.

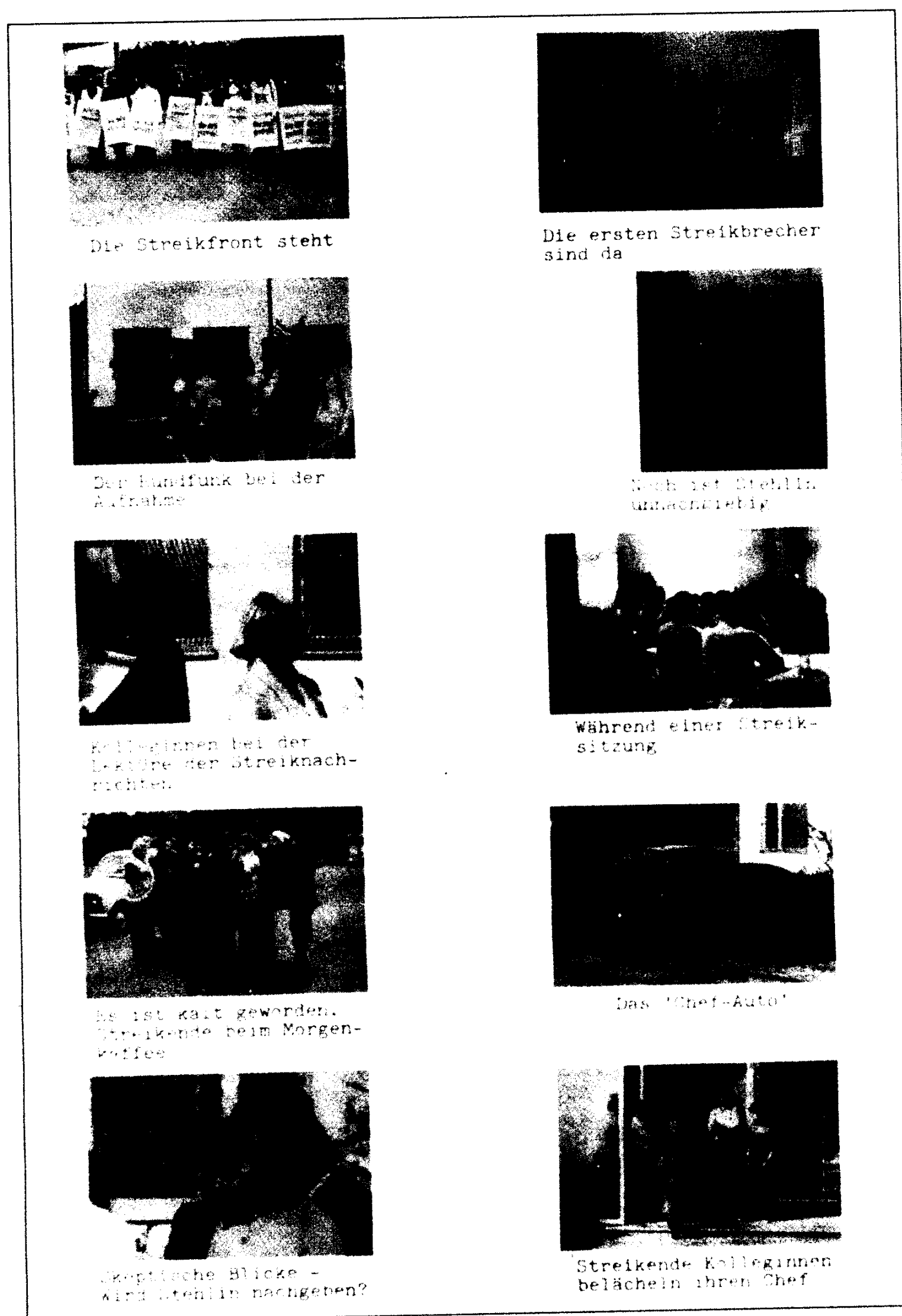


Abb. 6 aus: „Der Streik bei der Fa. Ernst Stehlin GmbH in Allensbach/Bodensee vom 26. September 1978 bis 5. Oktober 1978“, Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, Verwaltungsstelle Singen.

**„Ein Streik ist kein Ereignis, das auf einen Betrieb hereinbricht wie ein aus heiterem Himmel kommendes Gewitter.“ – Der Arbeitskampf der Arbeiterinnen in der Süßwarenfabrik Ernst Stehlin GmbH in Allensbach im Herbst 1978.**

Dazu erstellte die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten eine Dokumentation, ausschließlich aufgrund der Wiedergabe von Schriftwechseln, Gerichtsbeschlüssen, Flugblättern, Presseartikeln, Solidaritätsadressen und gewerkschaftlichen Rundschreiben. Der Schweizer Unternehmer, der zunächst keinen Betriebsrat duldete und Löhne weit unter Tarifniveau bezahlte, wurde von den Arbeiterinnen seines Betriebs bald eines Besseren belehrt. Über die Zustände in der Schokoladenfabrik berichtete die „Badische Zeitung“ am 12. September 1978: „Stehlin beschäftigt in Allensbach etwa 30 Frauen ständig. In der Saison kommen nochmals 30 hinzu. Außerdem gibt es eine Hausfrauenschicht von 40 – 60 Frauen, die ohne Steuer- und Versicherungskarte beschäftigt werden. Sie dürfen nie mehr als monatlich 390 Mark verdienen. Die Löhne sind katastrophal unterdurchschnittlich und – so NGG-Funktionär Wolf – ‚sittenwidrig‘. Dabei kann man die gezahlten Löhne und den Tariflohn noch nicht einmal direkt vergleichen: Bei Stehlin wird nämlich 45 und nicht 40 Stunden pro Woche gearbeitet, wie es der Tarif vorsieht. Stehlin-Löhne bewegen sich zwischen 4,50 DM und 6,10 DM. ‚Völlig willkürlich‘, sagt die Gewerkschaft. Dabei müßte für eine Hilfsarbeiterin bereits 8,27 DM bezahlt werden, ist sie über 18 Jahre alt. Die meisten Frauen sind angelernte Arbeiterinnen und haben 8,76 DM zu bekommen, Facharbeiter nochmals 1 Mark mehr. Die Frauen bei Stehlin schufteten: Ein Team aus Mutter und Tochter bringt es z. B. auf 72 000 Schokoladenkugeln pro Tag, die vom Band genommen werden müssen. DGB-Chef Reisacher hat es ausgerechnet: ‚Mindestens ein Drittel der Lohnsumme spart Stehlin ein.‘ Was bei

ihm noch alles fehlt: kein Gehaltstarifvertrag, kein Ortsklassenabkommen, kein Ausbildungsabkommen, 13 Mark zu wenig vermögenswirksame Leistungen im Monat, keine Mehrarbeitsregelung, keine Beihilfe in Sterbefällen, keine Urlaubsregelung usw.“. Die ausgebeuteten Frauen organisierten sich, gewannen zunehmend an Selbstbewußtsein und traten für ihre Forderungen schließlich in den Streik. Für den Unternehmer brach eine Welt zusammen, nach 9 Tagen Streik mußte er aber schließlich einlenken.

Quelle: Der Streik bei der Fa. Ernst Stehlin GmbH in Allensbach/Bodensee vom 26. September 1978 bis 5. Oktober 1978. Eine Dokumentation. Herausgeber: Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, Verwaltungsstelle Singen, Februar 1979, S. 33.

- Vom „sozialdemokratischen“ Blickwinkel eher vernachlässigt, aber zur Erforschung nicht weniger interessant: die Formen des Arbeitens und Wirtschaftens auf dem Lande, die Geschichte der Dienstboten, Knechte und Mägde in einer Region, der Wandel in der Agrarstruktur, der sich in einer Gemeinde nachvollziehen läßt, z. B. die Aufgabe von Höfen, Produktionsumstellungen, Abwanderung in die Städte.
- Zuwanderung, die gewohnte Strukturen im Wohn- oder Arbeitsbereich in Frage stellte (Flüchtlinge, Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber), der Alltag von Pendlern.

#### **Flüchtlingsalltag im Kreis Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein)**

„Als wir in das Zimmer reinkamen, sagte meine Kleine, indem sie so an die Gardinen blickte: ‚Sie hat wohl gerade die Gardi-

nen gewaschen, die sind noch naß.‘ So feucht war das Zimmer, und dort mußten wir dann hausen. Es war nur ein Gang, daß wir ins Bett steigen konnten, und sonst war nichts, kein Schrank, gar nichts, eben nur eine Kammer. Direkt daneben war der Stall [...]“ (1) „In den Lagern sahen wir in den übereinandergestellten Bettkisten auf einer Schütte Stroh immer wieder die kleinen blassen Kinder der Mütter hocken. Ein schadhafter verrauchter Kanonenofen verbreitete statt Wärme schwarzen Qualm, die Konservendose als Kochnapf auf nassem Holzfeuer ließ mit der Zubereitung der kargen Mahlzeit auf sich warten. Abwarten und Warten waren zum Schlagwort geworden. Tag und Nacht kamen die Menschen aus ihren Kleidern nicht heraus. Desinfektionswagen rollten immer wieder an und bestäubten die Menschen mit weißem Puder. Unsere Gespräche mit müden, hoffnungslosen Menschen in einer ihnen fremden Gegend, losgelöst von Angehörigen und Freunden, wurden ängstlich von den Kindern verfolgt. Die Ängste der Mütter hatten sich im Verlauf der Erlebnisse auf die Kinder übertragen. Doch sie waren bei der Mutter und die Mutter bei ihnen. Das war nach dem Erleben der Flucht das Wichtigste.“ (2)

(1) Zeitzeugenbericht, anonym, 1984, und (2) Lebenserinnerungen von Gertrud Völcker, 1974. Quelle: Inge Klatt, Streiflichter aus der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Norderstedt o. J., S. 54 f.

- Wohnen und Freizeit. Ausgangspunkt kann die Geschichte einzelner Siedlungen sein (z. B. Werksiedlungen, Arbeitersiedlungen), die Wohnbedingungen dort, der drohende Abriß von alten Häusern, solidarische Aktionen von Mietern gegen die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum, der Bau von Autobahnen und die damit verbundenen Veränderungen in einem Stadtbezirk.

### **„Wüst war der Werder“ – Arbeiterviertel in Braunschweig**

„In der Karlstraße war ein Teil Genossenschaftshäuser. Das waren alles schon dreistöckige Häuser. Alles massive Häuser. ... Die meisten Leute, die da wohnten, holten sich Arbeit für die Konservenfabriken ins Haus, wenn die Gemüsezeit war: Erbsen auslichten, Mohrrüben schaben, Spargel schälen.... Die Frauen fuhren mit einem kleinen Handwagen oder gingen mit der Kiepe (zur Konservenfabrik). Und dann wurden drei, vier Säcke geholt. Und dann saßen bald die ganzen Hausbewohner auf dem Hof und haben z. B. Bohnen abgezogen. ... Wüst war der Werder: erbärmliche Wohnungen. Und wenn es dunkel war – und Sie kannten da keinen –, dann war es nicht ratsam, da hinzugehen. ... ‚Mauernstraße, Klint und Werder, davor hüte sich ein jeder.‘ Teilweise war es ein furchtbar böses Pack. Das war auf der Langen Straße so und auf der Weberstraße so. Nickelnkulk auch! Nickelnkulk, da wohnte ein Kollege, ein Dreher. Wenn wir sagten: ‚Karl! Mensch, du wohnst doch auf’m Nickelnkulk‘, antwortete der: ‚Bitte schön: Jodutenstraße wohne ich.‘ Er wohnte an der Ecke Nickelnkulk/Jodutenstraße.“

Quelle: Stefan Bajohr, Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900 – 1933, Köln 1984, S. 153.

- Die Geschichte von Schulen, Waisenhäusern, Jugendgruppen, Formen des Familienlebens in bestimmten Schichten der Bevölkerung.

### **Eine bekenntnisfreie Schule in Herne**

„Was das Schulwesen betrifft, nimmt Herne in gewisser Hinsicht eine Ausnahmestellung ein. Hier entstand die erste bekenntnisfreie Schule im gesamten Reich. Begonnen hatte es mit der Weigerung einiger Lehrer, konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen. Viele katholische Eltern organisierten daraufhin einen Schulstreik; eine ‚Freie Elternvereinigung‘ forderte auf der anderen Seite die Einrichtung von Klassen ohne zwangsweisen Religionsunterricht. Das Kultusministerium hielt es auf Grund dieser Vorgänge für das Beste, beiden Seiten entgegenzukommen. Am 20. Juli 1920 wurde die bekenntnisfreie Schule mit zwei Klassen und 102 Schülern eröffnet. Die Lehrer, die sich geweigert hatten, konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, wurden an diese Schule versetzt. Somit wurde auch dem Wunsch der katholischen Eltern entsprochen. Diese neue, für die damaligen Verhältnisse geradezu revolutionäre Schulform fand eine immer stärker werdende Annahme. Beim zweiten Anmeldetermin im gleichen Jahr wurden 637 Schüler gezählt, die nun in 13 Klassen unterrichtet wurden. Eine Erziehung, frei von konfessionellen Schranken und klerikaler Beeinflussung, kam der sozialdemokratischen Idee natürlich sehr nahe. Viele sozialdemokratische Eltern schickten ihre Kinder aus diesem Grund in diese Schule und nahmen dabei auch weitere und gefährlichere Schulwege in Kauf.“

Quelle: Sozialdemokratie in Herne von den Anfängen bis zum Verbot 1933, Herne 1983, S. 35.

- Die Geschichte von Vereinen, Freizeitzentren, Sportplätzen, Gartenkolonien, die Pflege von Festtagen und ortsüblichen Bräuchen.



Eine hervorragende Quelle für diese Themenbereiche sind wiederum Zeitzeugenberichte, die gerade dann, wenn ausdrücklich die subjektive Erfahrung der Betroffenen im Vordergrund stehen soll, besonders aussagekräftig sind. Heranziehen kann man aber durchaus auch ältere heimatkundliche Literatur und die dort überlieferten Fakten vom Blickwinkel einer kritischen Geschichtsaufarbeitung sehen. Letzteres ist allerdings wichtig, um nicht mit der Begeisterung an alltagsgeschichtlichen Details in eine unpolitische Idyllisierung vergangener Zeiten zu verfallen.

## 2. Frauengeschichte, Frauenbewegung

*„Entreißt dem Mann das Monopol der Gesetzgebung!“  
(Hedwig Dohm, 1910)*

*„Obrigkeit ist männlich; das ist ein Satz, der sich eigentlich von selbst versteht.“  
(Heinrich von Treitschke, aus: Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität von Berlin von H. v. Treitschke, Leipzig 1897, S. 252)*

Eine Beschäftigung mit der Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung ist von verschiedenen Ansätzen her denkbar. Sie kann fragen, wie Frauen mit den für sie jeweils geltenden Normen und Rollen zurechtkamen und ihren Versuchen nachgehen, sich gegen politische Rechtlosigkeit, ökonomische Ausbeutung und sexuelle Diskriminierung zu wehren. Wenn man Geschichte auch als Geschichte der Beziehungen der Geschlechter ansieht, werden Aspekte sichtbar, die – trotz zahlreicher Ansätze – in der noch immer weitgehend männlich dominierten Geschichtsschreibung bis jetzt unberücksichtigt und unerforscht blieben. Dies gilt gerade, wenn man diesen Fragen im konkreten lokalen Zusammenhang nachgehen möchte.

Natürlich kann man sich auch in erster Linie mit der politischen Organisation und Artikulation von Frauen beschäftigen. Dabei

wird man schnell feststellen müssen, daß die Geschichte der politischen Betätigung von Frauen meist schwieriger zu rekonstruieren ist als die der Männer. Selbst bei vergleichsweise „prominenten“ Frauen der Vergangenheit – z. B. Mandatsträgerinnen – ist es auf Anhieb oft kaum möglich, mehr über ihre politische Arbeit zu erfahren, als aus offiziellen Handbüchern oder Protokollen herauszulesen ist. Von Frauen sind in der Regel weniger schriftliche Quellen erhalten als von Männern. Da ihre Arbeit ohnehin lange nicht als so bedeutend wie die der Männer angesehen wurde, neigten (und neigen) sie auch selbst dazu, eigenen Aktivitäten weniger Bedeutung zuzumessen und Unterlagen darüber aufzuheben. Die Beständeübersicht des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung verzeichnete 1994 526 Nachlässe und Deposita, darunter aber nur 50 Bestände von Frauen. Wer sich mit der Geschichte der Frauenbewegung befaßt, wird also auf Phantasie und Einfallsreichtum angewiesen sein, um an aussagekräftiges Quellenmaterial zu kommen.

Dabei gibt es zahlreiche, vom „grünen Tisch“ kaum zu benennende Quellen, die für ihre Erforschung von Bedeutung sein können. Dazu zählen Behördenakten (einschließlich z. B. der Akten über entlaufene Dienstboten) ebenso wie die Berichte der Fabrikinspektoren, Festschriften von Schulen oder die Lokalspalte der örtlichen Tageszeitung.

Die Fragen, die bei Nachforschungen zur „Frauengeschichte“ entstehen, sind nur teilweise mit denen identisch, die z. B. in der Regel für politische Bewegungen relevant sind. Die politische und gesellschaftliche Betätigung der Frauen unterschied sich in ihren Formen schon durch andere Rahmenbedingungen von den Aktionsmöglichkeiten der Männer. Zum Beispiel: In der Revolution von 1848 entstanden auch demokratische Frauenvereine (oft als Wohltätigkeitsvereine getarnt), Frauenbildungsvereine und erste Ansätze zu Arbeiterinnenvereinen. Frauen waren vereinzelt auch an Barrikadenkämpfen beteiligt oder traten publizistisch

hervor. Für die weniger exponierten „Durchschnittsfrauen“ waren jedoch Formen üblich, die auf den ersten Blick eher unwichtig erscheinen mögen, weil sie dem heutigen Raster nicht entsprechen: Spendensammlungen, Fahnenstickern, Veranstaltung von Lotterien oder Konzerten zu politischen Zwecken, Unterstützung von politischen Gefangenen, Schreiben von Leserbriefen, aber auch Lärmen, Geschirrkloppern etc. Wer sich in die zeitgenössische Presse, die Leserbriefspalten, in Polizei- oder Gerichtsakten vertieft, wird einen Blick für mögliche Formen politischer Betätigung bekommen, die sehr viel „indirekter“, d. h. stark vom weiblichen Rollenbild jener Zeit und fehlenden politischen Rechten geprägt waren.

Das vor 1908 weitgehend bestehende Verbot für Frauen, sich in politischen Vereinen zu betätigen, begrenzte ihre Wirkungsmöglichkeiten und schränkt das historische Wissen über politisches Denken der Frauen (von einigen „Prominenten“ abgesehen) wesentlich ein. Diese Einschränkungen und die zeitgenössische Fixierung der Frauen auf angeblich „typisch weibliche“ Lebensbereiche führten dazu, daß Frauen, wenn sie sich öffentlich engagierten, dies meist gerade in entsprechenden Aufgabengebieten taten, z. B. in der Wohlfahrtspflege. Tatsächlich waren gerade für Arbeiterinnen Themen wie Frauenarbeit, Mutterschutz und Gesundheitspflege von elementarer Bedeutung für die Lebensgestaltung. Zu fragen ist jedoch, warum Frauen („proletarische“ und „bürgerliche“) sich so lange nahezu ausschließlich auf „weibliche“ Themen beschränkten, auch als die rechtlichen Restriktionen bereits gefallen waren.

Auch in der Sozialdemokratie, die schon im Kaiserreich als einzige politische Partei für die Einführung des Frauenwahlrechts und die rechtliche und soziale Emanzipation der Frauen eintrat, stimmten Theorie und Praxis keineswegs immer überein. In vielen Arbeiterfamilien wurde das patriarchalische Lebensmuster kopiert. Wer als Mann dem Frauenwahlrecht zustimmte, war deswe-

gen noch lange nicht begeistert, seine Frau an öffentlichen Versammlungen beteiligt zu sehen. In der frühen Arbeiterbewegung existierte eine Strömung, die Frauenarbeit als „billige“ Konkurrenz bekämpfte und die Frauen auf das Haus beschränkt sehen wollte. Durchgesetzt hatte sich jedoch offiziell die Linie August Bebel, der postulierte: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter.“

Bei traditionsreichen Parteiorganisationen gilt daher: Wer geduldig und bereit ist, extensiv Polizeiberichte zu lesen, wird dort auch immer wieder auf Debatten über die Möglichkeiten stoßen, wie Frauen politisch angesprochen oder am Vereinsleben beteiligt werden konnten (Feste, Bildungsveranstaltungen, Maifeiern). Häufig waren es die Ehefrauen und Töchter der in der Partei aktiven Männer an einem Ort, die alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpften, um sich aktiv zu beteiligen. Frauen waren es auch, die bei lokalen politischen Auseinandersetzungen durch ihre Funktion als Hausfrauen z. B. Boykottmaßnahmen als politisches Kampfmittel mittrugen oder bei Wahlen Flugblätter verteilten. Häufig spielte sich ihre Mitwirkung vor 1908 jedoch im privaten Raum ab (Verstecken von Flugschriften, Fungieren als Deckadressen während des Sozialistengesetzes etc.). Auch dazu geben Polizeiakten oft Aufschluß. Nachzuforschen ist auch, ob etwa am Ort einer der vor allem seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts entstandenen Arbeiterinnenvereine existierte, die ihre Mitglieder in ökonomischer und sozialer Hinsicht vertraten. Die Gewerkschaften nahmen seit den 90er Jahren auch weibliche Mitglieder auf. An Orten, an denen Industrien mit hohem Frauenanteil (Textilindustrie) bestanden, lohnt es sich nachzuforschen, in welchem Umfang Frauen an der Gewerkschaftsbewegung, eventuell auch an Streiks beteiligt waren und wie sich ihre Löhne im Vergleich zu denen der Männer gestalteten. Nach Einführung der Institution der „sozialdemokratischen Vertrauenspersonen“ zu Beginn der 1890er Jahre gab es an vielen Orten Frauen, die als Vermittlerin-

nen sozialdemokratischer Gedanken und Aktionen fungierten. Eine Auswertung der sozialdemokratischen Frauenzeitung „Die Gleichheit“ kann für weiterführende lokale Recherchen genutzt werden; sie enthält auch Angaben zu lokalen Frauenversammlungen und Vertrauenspersonen in den einzelnen Orten.



Abb. 7 Alma Wartenberg, aus: „Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, VII“, Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein.

## **12 Kinder, Agitationsreisen und Ärger mit den Behörden – das Leben der Kreisvertrauensperson Alma Wartenberg**

Nicht immer werden Recherchen so umfangreiches Material zutage fördern, wie dies z. B. bei der Kreisvertrauensperson im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis, Alma Wartenberg, der Fall war (vgl. Inge Döll-Krämer/Ingrid Vesper, Sozialdemokratische Frauens- und Vertrauenspersonen in Altona vor 1914, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, VII, Kiel 1992, S. 138 ff.). Wir stellen sie ausführlicher vor, da uns nicht nur ihre Lebensgeschichte, sondern auch die Wege, auf denen ihre Biographinnen an Quellenmaterial gelangten, in vieler Hinsicht typisch erscheinen: Ausgiebig wurde für die Rekonstruktion der Lebensgeschichte die lokale Parteizeitung, das „Hamburger Echo“, ausgewertet. Die Autorinnen konnten 1987 noch einen Sohn Alma Wartenbergs, Fritz Wartenberg, interviewen. Fritz Wartenberg hatte selbst Lebenserinnerungen niedergeschrieben. Ergänzt wurden diese Quellen hauptsächlich durch Artikel der „Gleichheit“ und Polizeiakten im Landesarchiv Schleswig. Alma Wartenberg, geb. Stähr (1872 – 1928), Tochter eines Zigarrenmachers, der schon im ADAV politisch aktiv war, und deren Mutter während des Sozialistengesetzes Mitglied in einem Frauenfortbildungsverein war, seit 1895 verheiratet und im Laufe der Zeit Mutter von 12 Kindern, entfaltete seit 1902 als Kreisvertrauensperson eine rege Agitationstätigkeit. Sie hielt Frauenversammlungen im Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis ab, organisierte Vortragsreisen im ganzen Reichsgebiet, vertrat 1905 Ottensen auf dem SPD-Provinzialparteitag in Elmshorn. 1919 wurde sie in das Altonaer Stadtverordnetenkollegium gewählt, ab 1925 gehörte sie dem schleswig-holsteinischen Provinziallandtag an. Alma Wartenbergs Spezialgebiet waren Lichtbildervorträge über Mutter-schutz, gesundheitliche Auswirkungen der Fabrikarbeit und



insbesondere Aufklärung über Empfängnisverhütung. Besonders das letzte Thema brachte ihr, die für die Selbstbestimmung der Frau über ihrer Körper eintrat, nicht nur gerichtliche Verfolgung, sondern auch Angriffe aus den Reihen der Sozialdemokratie ein („Gebärstreikdebatte“ 1912/13).

Alma Wartenberg in Gotha

„Vor 200, 300 oder 400 und mehr aufmerksamen Zuhörerinnen behandelte die Referentin ihr Thema in klaren und verständlichen Ausführungen, die dabei den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wurden. Mit großem Geschick und überzeugender Beredsamkeit wußte sie ihren Zuhörerinnen die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Zuständen und den Gesundheitsverhältnissen des arbeitenden Volkes zu schildern und die körperlichen Schäden bloßzulegen, an denen ganz besonders die proletarischen Frauen zu tragen haben. Die Frauenleiden werden zum großen Teile von den erbärmlichen sozialen Zuständen verursacht, in denen das Proletariat lebt. Und daß die herrschenden Klassen gar nicht den guten Willen haben, daran etwas zu bessern, das hat das Schicksal des Säuglings- und Mutterschutzes bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung unerschütterlich festgestellt. Gibt es eine bessere Gelegenheit zur Aufklärung der Frauen darüber als das von der Genossin Wartenberg gewählte Thema? Es versteht sich, daß diese die soziale Verständnislosigkeit und Gewissenlosigkeit der herrschenden Klassen gehörig geißelte. Der Beifall, den sie erntete, bewies nicht nur, daß sie von den proletarischen Frauen verstanden wurde, sondern, daß sie ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Kein Wunder, daß deshalb eine Versammlung immer besser besucht war als die andere. Die zahlreichen und guten Lichtbilder, an denen Genossin Wartenberg ihre Ausführungen erläuterte, trugen wesentlich dazu bei, das Verständnis zu erhöhen. Die Vorträge behandelten außer dem bereits angegebenen Thema noch die Frau-

en- und Kinderarbeit und ihre Wirkungen besonders in der Heimindustrie; Mutterschaft und Kindererziehung; die sozialen Ursachen der Prostitution; die Geschlechtskrankheiten usw. Zu allen Fragen gab die Referentin praktische Winke und Anregungen; nie kam bei ihren Ausführungen das Gefühl auf, als werde ein oberflächlich zusammengesuchtes Sammelsurium von allerhand Tatsachen vorgebracht. Man empfand, das Gebotene war innerlich gut durchdacht und verarbeitet, und die anwesenden Frauen haben viel gelernt. Wir hoffen in Gotha, daß diese Vorträge uns für den kommenden Frauentag so viel nützen, wie sie uns schon bei der Wahl genützt haben, wo zahlreiche Frauen durch Flugblätter und Stimmzettel verteilen sich als tüchtige Helferinnen erwiesen.“

Quelle: „Die Gleichheit“, 1. April 1912.

### 3. Fragen zur Frauengeschichte

Auch wenn vor dem Ersten Weltkrieg und auch in späteren Jahren „proletarische“ und „bürgerliche“ Frauenbewegung in der Regel getrennt agierten, gibt es vom heutigen Standpunkt genügend Gründe, sich mit beiden Richtungen gleichermaßen zu beschäftigen. Während die Sozialdemokratie auf politische Gleichstellung der Frauen drängte, kämpften bürgerliche Frauen um das Recht auf Berufstätigkeit. Von besonderem Interesse ist dabei, welche lokalen Initiativen zur Frauen- und Mädchenbildung es früher gab, ab wann Frauen am Ort z. B. das Abitur ablegen konnten, welche berufsbezogenen Ausbildungsgänge ihnen überhaupt offenstanden.

#### Hedwig Jahnow

„Ich denke, es war Ostern 1909, als Lizentiatin Hedwig Jahnow mit wiegendem Schritt das Klassenzimmer betrat. Ich sehe sie



noch vor mir: klein, untersetzt, in einem lila Jugendstilgewand, ein Veilchentuff hing von der Schulter herab, schwarzer, gelockter Bubikopf, alles sehr ungewöhnlich für die damalige Zeit. Der Spitzname „das Veilchen“ bot sich natürlich sofort an, aber wir merkten schnell, daß sie keineswegs im Verborgenen blühte, sondern uns fest in den Griff nahm. Sie war die erste „Studierte“ an unserer Schule, Deutsch, Religion und Geschichte waren ihre Fächer, und wir wußten, Universitätskinder, die wir waren, daß der Lizentiat noch über dem Doktorgrad rangierte. Ihre Stunden waren großartig und unvergeßlich. [...] Dann brach der Nationalsozialismus aus. Gescheit und nüchtern zugleich, mag sie sich immer wieder die Frage vorgelegt haben, ob sie gehen oder bleiben solle, solange es noch Zeit war. Sie war eine aufrichtige und gradlinige Natur, und sie war eine Christin. Sie sah den ihr vorgeschriebenen Weg und sie blieb. Sie hatte ihr gutes Recht durch ihr Beharren zu verteidigen und das lag ihrer Natur. [...] Ihr großartiger Humor half ihr über den Tag. Sie soll vortreffliche und äußerst komische Gedichte über das Dritte Reich und seine Führerpersönlichkeiten gemacht haben, aber es hat sich begreiflicherweise nichts davon erhalten. [...] Es ist nur bekannt geworden, daß sie nach Theresienstadt verbracht wurde.“

Quelle: Charlotte Bergengruen, geb. Hensel, Gedenken für Hedwig Jahnow, geboren 21. März 1879, gestorben in Theresienstadt, in: Festschrift Elisabethschule Marburg. Abgedruckt in: „Frauen in Marburg. Standpunkte und Spurensuche. Ein Lesebuch, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund Kreis Marburg-Biedenkopf, Marburg 1990, S. 136.

Von besonderem Interesse für die „Frauengeschichte“ sind gerade historische Umbruchsituationen. So lohnt es sich z. B., über die Rolle der Frauen im Ersten Weltkrieg zu recherchieren. Unter schwersten Bedingungen übernahmen Frauen den Platz der ein-

gezogenen Männer in den Fabriken. Da Frauen bei Streiks um Lohnerhöhungen und bessere Lebensmittelversorgung während des Kriegs oft eine führende Rolle spielten, empfiehlt es sich, in Industrieregionen lokale Aktionen auf die Beteiligung von Frauen hin zu überprüfen. Anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung 1919, für die endlich auch Frauen wahlberechtigt waren, umwarben alle Parteien (auch jene, welche das Frauenstimmrecht stets bekämpft hatten) nun die Wählerinnen. Aus dieser Zeit wird man anhand von Flugblättern oder Zeitungsannoncen ohne Schwierigkeiten an vielen Orten aufschlußreiches Material über das „Frauenbild“ der Zeit finden.

Gerade für die Zeit der Weimarer Republik, als Frauen auch in den Gemeindegremien vertreten waren, bestehen gute Chancen, auf lokaler Ebene wenigstens einiges über ihre politische Arbeit zu erfahren (Gemeinderatsprotokolle, Presse). Für diese Zeit sollte gefragt werden, wie die Diskussion um den § 218 verlief, ob Frauen gegen die Entlassung als sog. „Doppelverdienerinnen“ protestierten, wie sie sich in die Debatte um ledige Mütter oder die Rechte unehelicher Kinder einschalteten – Themen, die in der Geschichte der Weimarer Sozialdemokratie eine Rolle spielten. Kritisch zu hinterfragen ist auch, warum Frauen die ihnen nun zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten sehr viel weniger nutzten, als dies vielleicht 1919 vermutet werden durfte.

### **„Ich verstehe außerdem nichts von Politik ...“ Frauen im Kreis Nienburg**

Aufruf aus: „Volkswille“ (Nienburg), 16. Dezember 1927:  
„Viele Frauen [...] würden entrüstet sein, wenn ihr Mann ihnen mitteilte, er wolle Mitglied der Sozialdemokratischen Partei werden. Daß er mehr als den wöchentlichen Parteibeitrag von 20 Pfennig für Bier und Tabak ausgibt, gönnen sie ihm gern –

aber Geld „hinauswerfen“ für die Sozialdemokratische Partei? „Was hat er davon?“, denken die meisten Frauen, „ist nicht das Leben teuer genug? Was sind überhaupt die Sozialdemokraten für Menschen?“

Wenn man einmal alle die, die weder Mitglieder einer Gewerkschaft noch der Sozialdemokratischen Partei sind, nur eine Woche in einer Welt leben lassen könnte, in der es beides nicht gibt, würden sie bald den Nutzen einsehen, den es hat, wenn die Schwachen sich zu gegenseitigem Schutz zusammenschließen. Wißt ihr nicht aus den Erzählungen eurer Großeltern, wie es in Deutschland aussah, ehe die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei für den Arbeiter eintraten. Laßt euch erzählen, wie lang damals die Arbeitszeit war und wie niedrig die Löhne waren, wie gedrückt der Arbeiter war, und ohne Versorgung, wenn er alt oder krank wurde. Die Zeiten sind besser geworden, obwohl du, dein Mann und viele eurer Bekannten nicht organisiert seid. Ja, sie sind aber nur besser geworden, weil die, die sich organisierten, für euch gearbeitet und gekämpft haben in der Sozialdemokratischen Partei. [...]

Solche Menschen sind die Sozialdemokraten, die immer denen helfen möchten, die, wie die Bibel sagt, mühselig und beladen sind. Willst du und dein Mann nun nur ein Nutznießer der Sozialdemokratischen Partei sein oder auch dein Teil dazu beitragen, daß sie weiter gute Arbeit für die arbeitende Klasse tun kann?

Wenn du dir alles überlegst, was du gelesen hast, sagst du vielleicht: „Nun ja, ich sehe ein, mein Mann muß in die Partei, die für sein Recht arbeitet, eintreten, aber nicht ich. Ich verstehe außerdem nichts von Politik.“

Bist du zu alt, um zu lernen? Lies den „Volkswillen“! Besprich, was du gelesen hast, mit deinem Mann, mit deiner Freundin! Sehr bald wirst du sehen, daß Politik nicht ein Fremdwort ist, bei dem du dir nicht viel denken kannst, sondern daß Politik dich sehr nahe angeht. Politik ist, ob du hohe Miete oder Pacht zah-

len muß, ob das Brot teurer oder billiger wird, ob deine Kinder eine Schule besuchen, in der sie das lernen, was sie brauchen, um im Leben voran zu kommen, ob du und dein Mann unterstützt werdet, wenn ihr alt, arbeitslos und krank seid, ob eure Arbeitszeit immer länger und euer Lohn geringer wird. Du hast Kinder; willst du nicht helfen, daß für sie die Welt besser wird, als sie jetzt ist? Politik ist, ob diese deine lieben Kinder vielleicht in einem neuen Weltkriege dahingerafft werden.

Die Sozialdemokratie hat den Frauen das Stimmrecht erobert – aber leider hat sie ihnen nicht zugleich die Einsicht geben können, daß ihre Nöte am besten von der Sozialdemokratischen Partei erkannt sind und von ihr vertreten werden. Ich erinnere vor allem an die Unterstützung der Mütter vor und nach der Geburt des Kindes. Seit 35 Jahren haben die Sozialdemokraten dafür gekämpft. Wieviel Sorge ist den Frauen durch diese Beihilfen abgenommen! Werden endlich die Frauen einsehen, wer ihr wahrer Freund ist unter den politischen Parteien?

Aber es genügt nicht, daß du weißt, daß nur die Partei der Arbeiter – die Sozialdemokratische Partei – für den Arbeiter eintritt; es genügt nicht, daß du ihr deine Stimme am Wahltag gibst. Werde Mitglied dieser Partei! Der Beitrag beträgt alle Woche nur 10 Pfennig. Veranlasse auch deine Freundinnen, beizutreten! Geht in die Versammlungen eures Ortsvereins! Jammere nicht, daß die Zeiten schwer sind für dich und deine Familie, sondern kämpfe auch du als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei dafür, daß sie besser werden!

Nie half klagen und Tränensaat:

Nur die Tat!                      Luise Wyneken

Quelle: Ruth Heise, Frauen im Nienburger Rathaus. Zum 70. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts, Nienburg 1988, S. 4.

Für die Zeit der Bundesrepublik könnte es z. B. darum gehen, Stellung und Partizipationschancen von Frauen innerhalb der Parteiorganisation zu untersuchen, nachzuforschen, inwieweit sich die restaurativen Tendenzen der Adenauer-Ära auch im Frauenbild der Genossen niederschlugen. Dazu können, so vorhanden, alte Flugblätter, Protokolle oder Berichte über einschlägige Vorträge dienen.

### **Sind Frauen der Arbeit im Wohnungsamt gewachsen?**

In Flensburg (Bezirk Schleswig-Holstein) kam es 1950 mit dem Ausscheiden eines besoldeten Stadtrats für das Wohnungswesen zu einer innerparteilichen Auseinandersetzung um die Nachfolge, wobei von Lissie Neumann die Kassiererin Julie Decker vorgeschlagen wurde. Protokollauszug: „Gen. Beyreis äußert gegen den Vorschlag Decker Bedenken, teils aus wirtschaftlichen, teils aus persönlichen, im Geschlecht als Frau begründet [...]. Gen. Reiser [...] hat auch Bedenken gegen die Besetzung durch eine Frau, die der Arbeit beim Wohnungsamt nicht gewachsen sein würde. Gen[ossi]n L. Neumann erhebt Einspruch dagegen, daß der Gen. M. Beyreis bezügl. des von ihr gemachten Vorschlages der Gen[ossi]n Decker Worte gebrauchte, die sie als Frau nicht billigen könne. Durch diese Worte, meinte Gen[ossi]n Neumann, würde die Autorität der Frau schlechthin untergraben. Im übrigen halte sie ihren Vorschlag aufrecht und verstehe nicht die Bedenken, die man gegen eine Genossin erhebe.“ Erfolg hatte sie damit nicht – gewählt wurde ein Mann.

Quelle: „125 Jahre SPD Flensburg“, S. 184.

Insbesondere wird in diesem Zusammenhang die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die

Umsetzung des „Quotenbeschlusses“ des SPD-Präsidiums vom Oktober 1987 auf lokaler Ebene von Interesse sein. Zu fragen ist auch, wie die „neue“ Frauenbewegung „vor Ort“ Eingang in die SPD-Organisationen gefunden hat, auch die Einbeziehung der Geschichte autonomer, kirchlicher oder pazifistischer Frauengruppen kann thematisiert werden – und natürlich hat die erneute jahrzehntelange Diskussion um den § 218 in der Bundesrepublik eine eigene Tradition, die es – einschließlich Demonstrationen und Aktionen – festzuhalten gilt. Auch die Berufung der Frauenbeauftragten oder die Einrichtung von Frauenhäusern kann Gegenstand von Nachforschungen sein.

### **„Von den Mühen der Gleichstellung“ – Männer in Neumünster (Schleswig-Holstein) entdecken den Artikel 3 des Grundgesetzes!**

„1988 wurde vom Kreisvorstand eine Gleichstellungskommission eingesetzt, die mit 2 Männern (Kreisvorstand, Parteiausschuß) und 2 Frauen (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Fraktionsvorstand) besetzt wurde. [...] Es folgten zunächst lebhafte Proteste einiger Ortsvereine, die sich gegen die Einsetzung und die Besetzung der Kommission wandten. Nachdem klargestellt wurde, daß die Kommission keine eigenen Kompetenzen hat und dem Kreisvorstand gegenüber berichtspflichtig ist, legte sich der Widerstand. Die Mitglieder der Kommission jedoch, die an den Ortsvereinssitzungen teilnahmen, sahen sich teilweise großem Mißtrauen, blanker Wut und sogar offenem Haß ausgesetzt.

Die Bestandsaufnahme ergab einen Frauenanteil in den Ortsvereinen Einfeld von 20%, Faldera von 33%, Gadeland von 26%, Schwale von 27%, Süd von 30%, Tungendorf von 21% und West von 35%; im Kreisverband demnach von 28%. Neben dieser rein zahlenmäßigen Aufstellung stellte die Kommission fest, daß es keine Ortsvereinsvorsitzende gab, in einem Orts-



verein mit einem Frauenanteil von 26% keine Frau in Funktion war, daß zwei Ortsvereine mit je zwei Ratsfrauen den Gesamtanteil der Ratsfrauen der SPD stellten.

Aufgrund der Parteigeschichte fand es die Kommission schwer verständlich, daß sich der Kreisverband Neumünster mit der innerparteilichen Gleichstellung so schwer tat, denn gerade die SPD hat sich in ihrer Geschichte immer wieder für die Gleichstellung eingesetzt. [...]

In die Amtszeit der ersten Gleichstellungskommission fiel der Beschluß von Münster, wonach bei Funktionen sofort ein Frauenanteil von 30% erreicht werden sollte, ab 1994 40% jeden Geschlechts; bei Mandaten ab 1990 25%, ab 1994 30% und ab 1998 40%. Einige Nachtsitzungen wurden mit der Diskussion darüber verbracht, welche Enttäuschung der Kompromiß von Münster für viele Frauen bedeutet – 40% in 10 Jahren! [...]

Die Kommission legte dem Kreisvorstand einen Satzungsänderungsvorschlag vor, der eine 50%ige Beteiligung beider Geschlechter ab sofort vorsah. Mit Erstaunen stellte die Kommission fest, daß der bis dahin von Männern vernachlässigte dritte Grundgesetzartikel völlig neu entdeckt und recht eigenwillig in eine Schutzbestimmung für männlichen Besitzstand an Posten und Positionen umdefiniert wurde.“ (Antje Klein).

Quelle: 125 Jahre SPD in Neumünster 1867 – 1992, Neumünster 1992, S. 90.

#### **4. Auch junge Leute „machen“ Geschichte: Jugendbewegung, Jugendprotest**

Gerade wenn man als Zielgruppe der historischen Arbeit vor allem jüngere Menschen ansprechen will, lassen sich zu diesem Thema spannende Projekte entwickeln. Dazu könnte neben der eher traditionell üblichen Erforschung der Arbeiterjugendbewegung

und ihrer Organisationen (SAJ, Kinderfreunde, Falken) auch die Geschichte von illegalen Jugendgruppen während der NS-Zeit gehören, bestimmte Formen des Jugendprotestes, die Erinnerung an Organisationen und Aktivitäten der Studentenbewegung, an die „68er“. Dokumentieren läßt sich vielleicht auch die Geschichte von Jugendzentren, die Rolle der Lehrlinge in einzelnen Betrieben, Lehrlingsstreiks, der Wandel vom „Lehrling“ zum „Azubi“, wie er sich in der Geschichte lokaler Betriebe niederschlug. Auch die Geschichte ehemaliger DDR-Jugendklubs, die Geschichte von Jugendhäusern, kann aus heutiger Perspektive aufschlußreich sein.



Abb. 8 Kinder aus Frankfurt-Rödelheim 1930/31, Foto: Hans Fischer, aus: „Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904 – 1945“, Anabas-Verlag Günter Kämpf KG, Frankfurt a. M.

## **Zwischen Marx und Heimatliebe – Erfahrungen in der Flensburger Arbeiterjugendbewegung**

„Die Flensburger Gruppe war in der glücklichen Lage, über ein Jugendheim in der Schloßstraße 40 zu verfügen. Alfons Schlütter berichtet in einem Interview, daß an der Wand ein Bild von Karl Marx gehangen habe. Die älteren Jugendlichen hätten sich mit seinen Thesen auseinandergesetzt. Man habe dabei gelernt, miteinander zu diskutieren, dabei sachlich zu bleiben, ohne den anderen persönlich anzugreifen. Alfons Schlütter nahm an Vortragsabenden teil, deren Redner oft aus dem süddeutschen Raum gekommen seien. Sie hätten Wanderungen durch ganz Deutschland genutzt, um an verschiedenen Orten Vorträge zu halten. Am 15. August 1919 begann im Jugendheim eine Vortragsreihe der ‚Freien Jugendorganisation‘ über die Geschichte der Nationalökonomie (Hellwig). Carl Brandt, Flensburg, hielt [...] einen Vortrag über ‚Sozialismus, Idealismus und deutsche Jugend‘, Frl. Günther über ‚Heimatliebe und deutsche Sitte im Herzen der Frau‘, Pastor Tonnese, Hellewatt, über ‚Bleibende Kulturaufgaben in Nord-schleswig‘. Dem Zweck der Bildung dienten auch Theaterbesuche, plattdeutsche Abende, Dichterlesungen, besonders Hermann Löns, Klaus Groth und ‚Arbeiterdichter‘. [...] Gelegenheit zum Singen boten die Wanderungen, aber auch die regelmäßig im jahreszeitlichen Wechsel gefeierten Feste, zu Weihnachten, zu Silvester, im Mai, zu Pfingsten, zur Sommer-sonnenwende. Bei ihren Wanderungen war die Arbeiterjugend nicht überall willkommen. 1921 berichtet die Flensburger Volkszeitung empört, daß die Gastwirte in Johannisberg und Glücksburg nicht bereit gewesen seien, die ‚Arbeiterkin-der‘ zu bewirten. – Politisch grenzte die Arbeiterjugend sich ab gegenüber der Kirche und den Monarchisten einerseits und den Spartakisten andererseits. Gegen die Monarchisten rich-tete sich die Forderung, die Bilder des Kaisers und seiner Fa-

milie aus den Schulbüchern zu entfernen, ‚die nur zur Verherr-lichung der Dynastie und zur Pflege des bisherigen Staatsge-dankens bestimmt waren‘.“

Quelle: 125 Jahre SPD in Flensburg, Flensburg 1993, S. 188 ff.

Zum Quellenmaterial: Neben der Erforschung der Geschichte von Gebäuden, dem Recherchieren nach Vorträgen und Veran-staltungen, die in der Lokalpresse Erwähnung fanden, kann man gerade zum Thema „Arbeiterjugendbewegung“ oft noch auf Fo-tomaterial in Privatbesitz stoßen (über Zeltlager, Wanderungen, Turnveranstaltungen), das von den Besitzern oder deren Nach-kommen zunächst gar nicht als historisch relevantes Material an-gesehen wird, weil es ja in erster Linie „Freizeitaktivitäten“ zeigt.

## **5. Die „alte“ und die „neue“ Friedensbewegung**

„Eine neue Friedensbewegung ist erwacht!“ hieß es 1981. Der Protest gegen die Nato-„Nachrüstung“ initiierte gesellschaftli-che Strömungen aus vielfältigen Motiven, z. B. zur Unterzeich-nung des „Krefelder Appells“ oder zur Teilnahme an der Bon-ner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981. Diese „Volks-kundgebung“ war der Ausgangspunkt von Massendemonstra-tionen gegen die nukleare Aufrüstung in ganz Westeuropa. Un-ter den 300 000 auf der Bonner Hofgartenwiese waren – gegen den Widerstand ihrer Dachorganisationen – viele Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften, ganze Ortsverbände waren ange-reist.

Heute ist diese „neue Friedensbewegung“ weitgehend zerfallen – Anlaß vielleicht, ihren Wurzeln auf lokaler Ebene einmal nachzu-gehen. Für die Bundesrepublik könnte das heißen, die Erinne-rung an lokale Initiativen der 1950er und 1960er Jahre zu beleben, bei denen es um die Remilitarisierung und später um die atomare

Aufrüstung ging („Ohne mich!-Bewegung/Volksbefragungsbewegung [1950 – 1952], Kampf-dem-Atomtod-Kampagne unter Führung von SPD und DGB [1958], Ostermarschbewegung/Kampagne für Demokratie und Abrüstung [ab 1960], Kuratorium Notstand der Demokratie).

Auch pazifistische Initiativen mit Wurzeln im Kaiserreich und in der Weimarer Republik wären als Projekt von Interesse, wenn sie sich im lokalen Rahmen (Versamlungs- und Demonstrationsorten, Vorträgen, Einzelpersonen) zeigen lassen.

## 6. Biographien – ein Stück Gesellschaftsgeschichte

Die Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung, die in den letzten Jahrzehnten einen so erfreulichen Aufschwung genommen hat, sparte leider weitgehend die Lebensläufe ihrer Repräsentanten aus. Die Angst vor einem falschen Personenkult, die berechtigte Ablehnung der oft einseitig vertretenen These von der Bedeutung „großer Männer“ in der Geschichte, hat in Deutschland eine Kultur der biographischen Geschichtsschreibung der Linken nicht aufkommen lassen. Damit steht die deutsche Historiographie im schroffen Gegensatz zur Geschichtsschreibung in den romanischen und angelsächsischen Ländern.

Diese „Biographiefeindlichkeit“ ist nur zu bedauern. Durch den „Filter“ individueller Lebensläufe läßt sich die breite Palette politischer Deutungen gesellschaftlicher und politischer Krisen und die Vielfalt gewerkschaftlicher Handlungsentwürfe vorstellen. Frühe prägende Faktoren in den Lebensläufen, die soziale Herkunft, das regionale Milieu, die gesellschaftliche Mentalität während der Berufsausbildung, die generationsspezifische Erfahrung führender Repräsentanten, bieten vielfache Erklärungen für den politischen und theoretischen Standort der Gewerkschafter und Sozialdemokraten im Kaiserreich und der ersten

und zweiten deutschen Republik. (Vgl.: Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 9.)

Eine Gruppe west- und ostdeutscher Historiker, selbst geprägt durch ihre unterschiedlichen Lebensläufe, hat den Sachverhalt vor geraumer Zeit auf den Begriff gebracht: „*In Biographien ist gelebte Gesellschaftsgeschichte realisiert. Biographische Arbeit ist ein Mittel wie Gesellschaftsmitglieder sich selbst Geschichte [...] lebbar machen. Gesellschaften reißen Lebensgeschichten mit sich, ermöglichen oder beenden sie, erzwingen Zustimmung oder Ablehnung und manchmal beides. Lebensgeschichten zeigen, wie eine Gesellschaft ist und wie sie geworden ist. Schließlich zeigen die Lebensgeschichten derer, die eine Gesellschaft nicht duldet, vertrieb oder vernichtete, welche humanen Möglichkeiten eine Gesellschaft nicht realisiert hat.*“ (Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte. Opladen 1995, S. 10).

Wir möchten lokale Initiativen daher ermutigen, sich verstärkt im unmittelbaren Umfeld der Lebensgeschichte einzelner Personen zuzuwenden.

## 7. Datenschutz – ein Handicap für die Geschichtsschreibung?

Die erweiterte Rechtsprechung zum Datenschutz, ein geschärftes Bewußtsein der Bürger und einschlägige Maßnahmen des Gesetzgebers haben in den achtziger Jahren die Rechte des einzelnen, aber auch den Datenschutz für verstorbene Persönlichkeiten beträchtlich erweitert. So wichtig und fortschrittlich die neuen Gesetze waren, die Interessen der biographischen Forschung blieben dabei weitgehend unberücksichtigt. Deshalb wurden bei der Novellierung der Datenschutzgesetze „Wissenschaftsparagrafen“ eingezogen, die bei hinreichendem Nachweis eines Forschungsinteresses bei den Einwohnermeldeämtern den Zugriff zu gewissen Basisdaten erlauben (Geburts- und Sterbejahr).

Keinen „Wissenschaftsparagraphen“ enthalten indes die Personenstandsgesetze. Standesämter brauchen generell an Forschende keine Auskünfte zu geben, obgleich manche Standesämter die Auskunftspraxis sehr großzügig handhaben.

## **8. Anschriften und Hinweise für biographische Recherchen**

Um auf die Spuren „vergessener“ Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu gelangen, gilt es, einige Anschriften, Sachverhalte und Techniken zu kennen:

Krankensachbuchlager Berlin  
Wattstraße 11 – 13  
13355 Berlin  
Tel. 0 30/46 30 20

Militärpersonalunterlagen (Stammrollen, Ranglisten, Wehrstammbücher etc.) für die Zeit des Ersten Weltkrieges sind durch Kriegseinwirkungen fast alle verlorengegangen. Im Krankensachbuchlager in Berlin haben sich jedoch Unterlagen über Lazarett-aufenthalte etc. erhalten, die manch wichtigen Hinweis bergen. Für männliche Biographien aus dem Kaiserreich sollte eine Anfrage im „Krankensachbuchlager“ zur Abfrageroutine gehören.

Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht  
Eichborndamm 179  
13403 Berlin  
Tel. 0 30/41 90 40

Leidvolle Wege während der Kriegszeit, Dienstzeiten, Degradierungen, Zeiten der Kriegsgefangenschaft, lassen sich durch Anfragen an diese Berliner Dienststelle klären.

Document-Center Berlin  
c/o Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde  
Finckensteinallee 63  
12205 Berlin  
Tel. 0 30/84 35 07 10

In dem lange Zeit von der amerikanischen Besatzungsmacht geleiteten Zentrum werden die Mitgliedsunterlagen der Nazi-Organisationen verwahrt. Es finden sich allerdings auch zahlreiche Zeugnisse von Überwachungsstellen der Nazi-Behörden, die Schikanen gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter belegen.

Bundesarchiv  
Potsdamer Straße 1  
56075 Koblenz  
Tel. 02 61/50 50

Aus der ungeheuren Fülle der Materialien in Koblenz soll nur auf einen besonderen Bestand gesondert hingewiesen werden: die „Rentenakten“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF). 1938 signalisierte die DAF, daß hauptamtlich angestellte Funktionäre der Arbeiterbewegung mit der Anerkennung von Rentenansprüchen aus den Versorgungskassen der Arbeiterbewegung rechnen könnten. Für den Biographen bergen diese Akten reiches Quellenmaterial.

Bundesarchiv-Zwischenarchiv  
Lindenallee 55-57  
15366 Dahlewitz-Hoppegarten  
Tel. 0 33 42/2 36 80

Im Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlewitz-Hoppegarten werden personenbezogene Unterlagen verwaltet, die in der Zeit von 1933 bis 1945 bei Dienststellen der NSDAP bzw. des Dritten Reiches sowie im Zuge der Entnazifizierung nach 1945 entstanden sind. Ein Teil dieser Unterlagen wurde vom ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR verwaltet und ist überwiegend durch dessen Namenskartei erschlossen. Diese Unterlagen wurden an



das Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zurückgeführt.

Deutsches Rotes Kreuz  
Suchdienst München  
Zentrale Auskunft und Dokumentationsstelle  
Infanteriestraße 7a  
80797 München  
Tel. 089/6 80 77 30

Der Suchdienst verwaltet sämtliche Unterlagen der Anfragen, die von Suchenden nach 1945 eingereicht wurden. In jüngster Zeit verfilmte die Münchner Dienststelle russische Akten, die das Schicksal der in russischen Straflagern einsitzenden „Feinde“ aufklärt. Mit Hilfe dieser russischen Quellen konnten bereits einige Lebenswege von verschollenen Repräsentanten der Arbeiterbewegung erhellt werden, die nach 1945 in der SBZ „verschwanden“.

#### Staatsarchive

Eine Aktengruppe, die in jüngster Zeit freigegeben wurde, spielt bei der Rekonstruktion von Lebensläufen eine besondere Rolle. Es handelt sich um Entnazifizierungsakten, die nach Ablauf von Schutzfristen der Forschung weitgehend zur Verfügung stehen. Die stichwortartigen und knappen Ausführungen der Entnazifizierungsakten sind oftmals die einzigen Quellen, die erkennen lassen, welche Schicksale einzelne Sozialdemokraten und Gewerkschafter nach 1933 erdulden mußten. In den Ministerien und Archivverwaltungen wird die Freigabe dieser Akten unterschiedlich gehandhabt. Einige Bundesländer (z. B. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen) handhaben die Benutzungspraxis liberal, andere Bundesländer (z. B. Rheinland-Pfalz) sehen sich wegen fehlender gesetzlicher Bestimmungen nicht in der Lage, entsprechende Genehmigungen zu erteilen.

#### Standesämter

Seit 1938 müssen Sterbedaten der nach 1875 Geborenen an das Geburtsstandesamt zurückgemeldet werden. Diese Vorschrift war für viele biographische Lexika die zentrale Grundlage, auf deren Basis Bearbeiter Todesdaten abfragen konnten. Vor allem für Verfolgte des Naziregimes bestehen dadurch gute Chancen, das Todesdatum aufzuspüren, denn oftmals mußten die Verfolgten die Großstädte verlassen und starben unerkannt als Verfemte. Heute kommt es auf den guten Willen der Standesbeamten an, ob sie Auskunft geben.

### 9. Verfolgung einzelner Gruppen – zwei Beispiele:

#### 9.1 Geschichte von Menschen jüdischer Herkunft

1983 brachte der SPD-Kreisverband Lichtenfels (Bezirk Franken) einen Vortrag von Josef Motschmann, „Der Leidensweg der Juden am Obermain“ (Lichtenfels 1983), als Broschüre heraus. Das Interesse an dem Werk war so groß, daß selbst die zweite Auflage innerhalb kurzer Zeit vergriffen war. „Schon damals wurde von uns die Idee diskutiert“, so der SPD-Kreisvorsitzende, „ob man nicht am Beispiel einer konkreten Gemeinde die Geschichte einer jüdischen Gemeinschaft und ihren Einfluß auf Kultur, Sprache, Vereine, Bräuche und Wirtschaft ihrer Umgebung beschreiben kann.“ Mit dieser Untersuchung („Es geht Schabbes ei. Vom Leben der Juden in einem fränkischen Dorf“, hrsg. vom SPD-Kreisverband Lichtenfels, Lichtenfels 1988) entstand eine umfassende Dokumentation jüdischer Geschichte im fränkischen Altenkunstadt. Für den Autor selbst begannen die Nachforschungen mit einer großen Überraschung: Er stellte fest, daß im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts Juden die Hälfte der Bevölkerung im Ort ausmachten – eine Tatsache, die im Bewußtsein der Einwohner völlig verdrängt worden war. Durch umfangreiche Recherchen gelang es ihm, zu einer Reihe von Überlebenden des Holocaust und sonstigen Zeitzeugen im In- und Ausland Kontakt auf-



zunehmen, Gespräche zu führen, Dokumente und Fotomaterial zu sammeln. Ergänzt wurden diese Bemühungen durch die Heranziehung von Akten aus dem Gemeindearchiv und dem Pfarrarchiv, dem Bamberger Staatsarchiv, dem Yad-Vashem-Dokumentationszentrum und anderen Institutionen.

Es entstand ein anschauliches Bild über das religiöse und kulturelle Leben, Häuser und Geschäfte jüdischer Bürger. Erinnerungen an markante Persönlichkeiten wurden lebendig, der Beitrag der jüdischen Einwohner bei der Entwicklung der industriellen Entwicklung aufgezeigt. Das Ende der über Generationen bestehenden jüdischen Bevölkerung in Altenkunstadt beschreibt Motschmann anhand der zunehmenden antisemitischen Ausschreitungen und Schikanen, der „Arisierung“ von Immobilien und Geschäften, und schließlich der Auswertung der Deportationslisten. In einem Punkt allerdings blieb Motschmann zurückhaltend: „Bewußt habe ich im dritten Teil die Namen der Altenkunstadter Nationalsozialisten nicht erwähnt. Ich möchte nicht, daß ihre Kinder und Enkelkinder aufgrund dieser Veröffentlichung angefeindet werden, denn sie haben nichts zu tun mit der Schuld, die ihre Eltern und Großeltern auf sich geladen haben.“ (Es geht Schabbes ei, S. 14 f.).

Ein ähnliches Projekt unterstützte der SPD-Ortsverein Alpen (Bezirk Niederrhein). Dort war im Anschluß an eine Ausstellung über die NS-Zeit 1983 der Beschluß gefaßt worden, eine Dokumentation über den Leidensweg der Alpener Juden zu erstellen (Peter Schmitter, Geschichte der Alpener Juden, hrsg. vom SPD-Ortsverein Alpen, Alpen 1986). Im Zentrum der Untersuchung standen auch hier Anfänge und Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Alpen und ihr gewaltsames Ende während der NS-Zeit. Ein Herzstück des Bandes sind die mit fachkundiger Hilfe vorgenommenen Entzifferungen der Grabinschriften auf dem jüdischen Friedhof in Alpen. Es sind Botschaften, die – mit den Ergebnissen familiengeschichtlicher Recherchen kombiniert – ein

besonders eindrucksvolles Zeugnis der Geschichte der jüdischen Einwohner bilden.

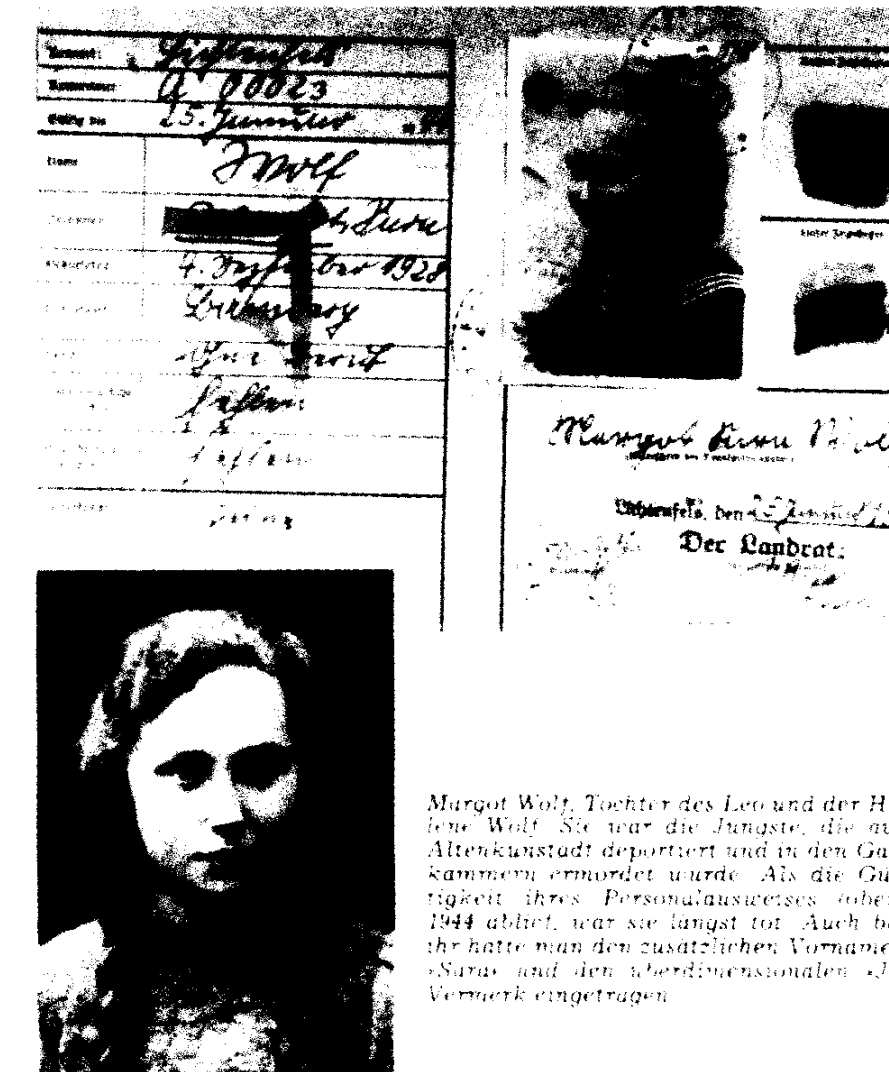


Abb. 9 aus: „Es geht Schabbes ei“, SPD-Kreisverband Lichtenfels, 1988.

Die New Yorker Zeitung „Aufbau“ – ursprünglich als Organ deutschsprachiger jüdischer Emigranten gegründet – ist nicht nur eine „Fundgrube“ für jüdische Geschichte, Kurzbiographien und Besprechungen von Literatur und Ausstellungen. Sie veröffentlicht auch Aufrufe von Forschern, die Zeitzeugen und Überlebende für lokalhistorische Untersuchungen suchen. Anschrift: 2121 Broadway, New York, NY 10023

Natürlich müssen Recherchen nicht immer so umfassend und aufwendig sein, wie dies bei den hier vorgestellten beiden Arbeiten der Fall war. Man kann sich bei der Beschäftigung mit jüdischer Geschichte auch auf einige wenige Aspekte, herausra-

gende Ereignisse, einzelne Personen oder Familien, die Geschichte von Wohnvierteln oder Gebäuden beschränken. Auch die Hilfe der „einfachen Leute“ für Juden während der NS-Zeit, die oft nicht ausreichend untersucht ist, könnte ein Thema sein.

## **9.2 Dauerhaft ausgegrenzt? Das Schicksal der Sinti und Roma**

Die Verfolgung der Sinti und Roma hat in Deutschland eine lange, unrühmliche und grausame Tradition. Ihr im lokalen Zusammenhang nachzuspüren und damit die erschreckende Intoleranz gegenüber Minderheiten aufzudecken, kann auch ein Anliegen sozialdemokratischer Geschichtsarbeit sein. Die Verbrechen, die an diesen Bevölkerungsgruppen verübt wurden, sind bis zum heutigen Tag nicht wirklich in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangt. Zahlreiche Archive enthalten Akten und Verordnungen über Landfahrer, Zigeuner und Bettler und deren brutale Behandlung. Im 18. Jahrhundert standen an den deutschen Landesgrenzen sog. „Zigeunerstöcke“, die dieser Bevölkerungsgruppe das Betreten ganzer Landstriche untersagten und ihnen im Übertretungsfall Auspeitschung, Brandmarkung, Einweisung in Arbeitshäuser oder gar den Galgen androhten.

Vereinzelt wurden lokale Fälle in Darstellungen zur Stadtgeschichte aufgegriffen. Der Band „Frauen in Marburg. Standpunkte und Spurensuche“, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund Kreis Marburg-Biedenkopf, Marburg 1990, S. 24 ff., enthält mit dem Beitrag über „Sinteza Margret Giebe“ ein Beispiel für die brutale Behandlung einer jungen Zigeunerin im Jahr 1734, rekonstruiert nach dem „Inquisitions-Protokoll“ im Staatsarchiv Marburg.

Während der NS-Zeit setzte die planmäßige Vernichtung der Sinti und Roma ein. In mehreren Städten gab es Sammellager, in die Zigeuner zwangsweise eingeliefert wurden. Sie wurden dort unter

unwürdigen Umständen kaserniert, zur Zwangsarbeit verpflichtet, „rassenbiologisch“ erfaßt und schließlich zu ihrer Ermordung in die Konzentrationslager, hauptsächlich nach Auschwitz-Birkenau, deportiert. Die Spuren der Vernichtung dieser Minderheit finden sich an vielen Orten, auch wenn die äußeren Anhaltspunkte oft bewußt verwischt wurden und in Vergessenheit geraten sind. In ihrer Dokumentation „Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen. Zwangslager für Sinti und Roma während des Nationalsozialismus in Frankfurt am Main“, erforschten Eva von Hase-Mihalik und Doris Kreuzkamp die Geschichte der Zigeunerlager in der Diesel- und in der Kruppstraße in Frankfurt. Obwohl es heute auf die Existenz beider Lager am Ort des Geschehens selbst keinerlei Hinweise mehr gibt und die Akten der zuständigen Polizeibehörden nicht mehr existieren, gelang es den Autorinnen, durch hartnäckige Nachforschungen in den Beständen verschiedener städtischer Ämter im Frankfurter Stadtarchiv und durch Befragungen von Überlebenden ein Bild von den Lebensumständen und den Leiden der Lagerinsassen zu entwerfen.

### **„Von meiner Familie bin ich die einzige Überlebende“**

Anna Böhmer in Darmstadt, 1921 geboren, erzählt: „Wir haben früher in Darmstadt gewohnt und sind dann nach Frankfurt umgezogen. Dort haben wir in der Solmsstraße gewohnt. Mit unseren Wohnwagen haben wir alle auf einem großen freien Platz gestanden. Das war kein Lager. Da kam der Hausmeister hin und hat Miete für den Platz kassiert. Das war ein privater Platz. Da haben wir zig Jahre verbracht. Das waren noch schöne Zeiten. Das war 1935, 1936, 1937. Von der Solmsstraße aus kamen wir dann in das Internierungslager hinein. [...] In dem Lager war ein Zaun, vorne ein Wachhaus, dort ein Tor. Strom gab es nicht, aber Lampen und Kerzen. Wasser war da – ein Gemeinschaftsbrunnen. [...] Auf dem Weg zur Arbeit durften wir uns in der Straßenbahn nicht hinsetzen; wir mußten auf

der Plattform vorne stehen. Wir wurden genauso wie die Juden behandelt. Wenn wir alle von der Arbeit zurückkamen, war Zählappell. Wie im KZ. Damit keiner fehlt, damit keiner von der Arbeit abgehauen ist. [...] Abends durften wir nicht mehr raus aus dem Lager. Die Leute haben sich ein bißchen unterhalten draußen, Karten gespielt; was sollten sie denn sonst machen. Wir waren ja eingesperrt. [...] Wir hatten Angst. Das war wie ein Gefängnis für uns. Da dachten wir auch, die machen uns irgendwann einmal tot; wir waren ja da eingesperrt. Wir haben keine Freiheit mehr gehabt. Wir durften nur zur Arbeit und zurück und sonst nichts. Wenn einer nicht gleich von der Arbeit kam, haben die angenommen, er sei abgehauen. Dann haben sie das der Kriminalpolizei gemeldet. Das war eben so. Strafen gab es auch. Wir haben auch Schläge bekommen von der Polizei.

[...] Wir wurden 1943 mit vielen anderen Familien nach Auschwitz deportiert. [...] Als die Kriminalpolizei uns abholt hat, das war früh, so um vier, fünf rum, mit Lastautos, da haben sie gesagt, sie bringen uns wo hin, wo's Arbeit gibt, und wir könnten genauso leben. Wir würden Arbeit kriegen und zu essen und zu trinken – das haben sie uns vorgemacht. Sie haben uns nicht gesagt, wohin sie uns bringen. Am 15. März 1943 kamen wir nach Auschwitz. [...] Drei Tage waren wir unterwegs. In Waggons. Auschwitz: Mein Vater hat auf der Lagerstraße gearbeitet, hat alles sauber gehalten. Meinen Bruder haben sie gleich von uns weggeholt und rüber nach Birkenau gebracht; die Jugendlichen wurden ins andere Lager gebracht. Meine Mutter konnte nicht arbeiten, die war kränklich. Meine Schwester war noch klein. Und ich hab gearbeitet hinten am Krematorium; Rasenstücke mußten wir ausstechen und wegtragen, Planierarbeiten, das mußten wir machen. Wir haben als Familie zusammengewohnt, bloß mein Bruder ist von uns weggenommen worden. Als ich von Auschwitz zum Arbeitseinsatz wegkam, hat meine Schwester noch gelebt; die haben sie ja dann

umgebracht. Die nicht mehr arbeitsfähig waren, haben sie drinnen behalten. Da war meine Tante drinnen, die hatte sechs Kinder gehabt, die sind auch umgebracht worden. Fünf Geschwister meines Vaters haben sie umgebracht mit vielen Kindern. Vier Brüder und eine Tante – die haben sie alle umgebracht. [...] Ich bin die einzige Überlebende. Von meiner ganzen Familie bin ich die einzige. Ich glaub' das heute noch nicht, daß ich rauskam und meine Eltern und Geschwister verloren habe. Das geht mir heut noch nicht aus dem Kopf. [...]"

Quelle: Eva von Hase-Mihalik/Doris Kreuzkamp, „Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen...“, Frankfurt/Main 1990, S. 27 ff.

## **V. Ergebnisse werten und diskutieren**

Wer Entwicklungen und Entscheidungsprozesse, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, beschreibt, wird selbstverständlich auch wertend Stellung beziehen und Urteile über diese Vorgänge abgeben wollen. Dabei sollte man bedenken, daß vollständige „Objektivität“ nicht möglich ist. Wer sich mit Geschichte befaßt, befindet sich in der „privilegierten“ Situation dessen, der den Ausgang und die Ergebnisse historischer Prozesse kennt. Er geht mit den Urteilen seiner eigenen Zeit an die Aufarbeitung der Vergangenheit, und er hat natürlich selbst immer schon einen eigenen (politischen und weltanschaulichen) Standpunkt, der seine Wahrnehmung beeinflußt. Wenn man historische Ereignisse und Vorgänge beschreibt und wertet, sollte man sich sorgfältig informieren, um die Fakten möglichst exakt darstellen zu können. Darüber hinaus sollte man sich aber im klaren sein, daß die eigene Sicht keineswegs die einzig mögliche ist. Vor allem Angehörige der äl-

teren Generation, die bestimmte Ereignisse selbst erlebt haben, werden oft anders urteilen als Nachgeborene. Man sollte daher darauf gefaßt sein, daß während der Erstellung einer Ortsvereinsgeschichte unter den Autoren selbst oder bei Vorlage der Ergebnisse kontroverse Meinungen auftreten. So werden die Vorgänge, die 1933 zur „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten führten, die Möglichkeiten für Widerstand, die Rolle der SPD in dieser Zeit und die Haltung der Sozialdemokraten von älteren Mitgliedern, die dieses Kapitel der deutschen Geschichte selbst erlebt haben und sich auch noch heute für die Haltung der SPD damals verantwortlich fühlen, manchmal anders beurteilt werden als von den Jüngeren.

Aufgabe der Autoren/Autorinnen wird es sein, die verschiedenen Auffassungen in eine offene, aber auch einfühlsam zu führende Diskussion einzubringen. Dabei wird man das Recht nicht abstreiten, historische Entscheidungen an ihren späteren Folgen zu messen. Nur dann können aus der Geschichte Konsequenzen gezogen werden, die auch Auswirkungen auf die Gegenwart haben. Andererseits sollten die persönlichen Erfahrungen, die ältere Menschen als „Zeitzeugen“ besitzen, unbedingt mit einbezogen werden. Sie liefern wertvolle Anhaltspunkte für das Verständnis bestimmter Situationen, die durch kein noch so intensives Quellen- oder Literaturstudium ersetzt werden können; sie sind in ihrer „Subjektivität“ auch selbst schon wieder ein historischer Faktor.

## **VI. Präsentation historischer Projekte in der Öffentlichkeit**

Historische Spurensuche macht Spaß und ist für viele Menschen interessant. Eben darum sollte ein möglichst großes Publikum Gelegenheit haben, die Ergebnisse eines Projekts kennenzulernen.

Vom ersten Schritt an sollten Geschichts-Arbeitskreis und Ortsverein das begonnene Projekt über die Presse bekannt machen. Schon zu Anfang kann zum Beispiel in einem Artikel über das Thema berichtet werden. Bei dieser Gelegenheit kann nach Zeitzeugen gefragt oder nach Mitbürgern gesucht werden, die entweder über Material zum Thema verfügen oder selbst Lust verspüren, mitzuarbeiten. Auch während der laufenden Arbeit bietet es sich an, die Presse über Zwischenergebnisse zu informieren. Wenn die Spurensuche erfolgreich abgeschlossen ist, sollte damit innerparteilich wie in einer möglichst breiten Öffentlichkeit gearbeitet werden. Dem Ortsverein, seinen Arbeitsgemeinschaften und der SPD nahestehenden Organisationen wie Arbeiterwohlfahrt, SJD – Die Falken, Naturfreunden oder Arbeitersamariterbund können Vorträge, Seminare, historische Wanderungen oder Fahrradtouren („Geschichte erfahren“) angeboten werden. Aber auch in Altenklubs, Jugendverbänden oder Vereinen, in Schulen und Volkshochschulen kann das Angebot, eine Veranstaltung zur selbst erforschten Geschichte zu machen, auf großes Interesse stoßen. Ortsvereine, die im Internet vertreten sind, sollten auch dort entsprechende Informationen zur Verfügung stellen.

Weitere Tips zur Öffentlichkeitsarbeit finden sich im SPD-Handbuch: Öffentlichkeitsarbeit. Handbuch für die Arbeit vor Ort. SPD-Parteivorstand, Bonn 1993, Bestellnummer 330 009 5, 4,50 DM.



## 1. Ein Klassiker: die Broschüre

Die Veröffentlichung der Ergebnisse von historischen Recherchen über den Ortsverein, die lokale Arbeiterbewegung, Alltags- und Lebenswelt in einem bestimmten Ort oder Stadtteil, über einzelne Persönlichkeiten oder historische Ereignisse wird – soweit es sich um umfangreichere Projekte handelt – häufig in Form einer Broschüre vorgelegt werden. Gerade wenn dies von Anfang an angestrebt wird, empfiehlt es sich, rechtzeitig die finanzielle Seite abzuklären, damit eine Veröffentlichung auch fristgerecht zu dem gewünschten Datum (Organisationsjubiläum) erscheinen kann.

Man ist dabei keineswegs nur auf die Mittel der eigenen Organisation angewiesen. Außer einer direkten Finanzierung durch den Ortsverein kommen als mögliche Geldquellen in Betracht: Spenden von Mitgliedern, Zuwendungen von örtlichen Mandatsträgern (Bürgermeistern, Stadtverordneten, Landtags- und Bundestagsabgeordneten). Diesen Personen kann man eine Beteiligung an den Kosten u. a. dadurch „schmackhaft“ machen, daß man sie bittet, ein Grußwort zu schreiben. In Frage kommen ferner Zuschüsse der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung, der nächsthöheren Parteiorganisation (Unterbezirk, Bezirk), Einkünfte aus Veranstaltungen (z. B. Tombola beim Sommerfest), Aufnahme von Anzeigen. Bei Projekten, an denen wesentlich auch Nichtmitglieder beteiligt sind und die kein partei-gebundenes Thema zum Inhalt haben (jüdische Geschichte, Frauengeschichte) kann auch versucht werden, Sponsoren zu finden, die eine Publikation unterstützen (Sparkassen, Bürgervereine).

Wie hoch die Kosten letzten Endes sind, hängt vom Umfang, aber auch von der Ausstattung der Geschichtsbroschüre ab (Wahl des Druckverfahrens, Papierqualität, Ausstattung mit Fotos, Einsatz von Tabellen und grafischen Darstellungen). Zwar gilt grund-

sätzlich: Auch eine schlichte, im Notfall fotokopierte Broschüre ist wegen ihres Informationsgehalts zu begrüßen und wird bei knappen Kassen unter den Interessierten durchaus Abnehmer finden. Wenn man es einrichten kann, sollte man aber auf eine ansprechende äußere Form und optische Anreize durch gut reproduziertes Fotomaterial auf keinen Fall verzichten. Damit steigen auch die Absatzchancen und die Möglichkeiten zur Refinanzierung des Projekts. Dabei gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Ausgaben zu senken. So können unter Umständen Ortsvereinsmitglieder oder Bekannte, die über die technischen Voraussetzungen verfügen, geeignete Bildvorlagen herstellen. Für den Druck selbst sollte man unbedingt von mehreren Druckereien Kostenvoranschläge einholen. Im übrigen sollte die Broschüre schon aus psychologischen Gründen generell gegen eine Schutzgebühr abgegeben werden, die Interessierte in der Regel auch zu zahlen bereit sind (Ausnahme: Presseexemplare).



Abb. 10 aus: „Gladbecker Kalender. Schlaglichter 1920 bis 1945“, Jungsozialisten, SPD-Stadtverband Gladbeck.

## **2. Erfolgversprechend: der historische Kalender**

Diese Form der Geschichtsdarstellung hat viele Vorzüge. Zunächst hat ein Kalender einen unmittelbaren Gebrauchswert und spricht damit eine große Zielgruppe an. Bei der Auswahl der Motive kommt es auf die potentiellen Interessenten an. So kann man sich einmal auf den eigentlichen Mitgliederkreis beschränken, indem man z. B. Fotos von Veranstaltungen, Jubilarehrungen, Sommerfesten oder Wahlkämpfen bringt. Man kann aber auch darauf abzielen, von vornherein Resonanz bei einer breiteren Öffentlichkeit zu finden. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn sich in Privatbesitz, bei Mitgliedern oder Freunden historische Aufnahmen von Straßen und Gebäuden des Stadtteils, verstorbenen Persönlichkeiten, Fotos aus dem Arbeitsleben, von Festumzügen etc. befinden. Verfügt man über entsprechende Kontakte, so kann man die Kalender vielleicht in einem örtlichen Schreibwarengeschäft oder einer Buchhandlung gegen Schutzgebühr anbieten. Die Voraussetzung ist allerdings, daß diese Kalender in technischer Hinsicht perfekt sind – die Konkurrenz ist groß! Andererseits wird sich gerade bei lokalen historischen Motiven immer eine Nachfrage finden.

Den Arbeitsaufwand für die Produktion eines Kalenders sollte man nicht unterschätzen. Alle zwölf Motive und ein Deckblatt sollen in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen. Zu den historischen Motiven müssen erläuternde Texte geschrieben werden, die mit den Fotos kombiniert entweder auf der Bildseite, auf der Rückseite oder auf einem besonderen Blatt anzubringen sind. Der begrenzte Platz erfordert dabei einiges Geschick bei der Formulierung. Schrifttypen müssen ausgewählt und Fotos eventuell gerastert werden; außerdem sollte jedes Blatt mit einem Logo der herausgebenden Organisation versehen sein. Ein entsprechend interessant gestalteter Kalender kann durchaus ein so großer Erfolg werden, daß man sich entschließen wird, jedes Jahr eine neue Ausgabe vorzulegen.

## **Eine Erfolgsgeschichte aus Atzendorf**

„Atzendorf ist eine kleine Gemeinde im Herzen von Sachsen-Anhalt und liegt ca. 25 km südlich von Magdeburg ...“, so die Vorstellung des Ortsvereins auf dem SPD-Bundesparteitag in Mannheim 1995. Zu den erfolgreichen Projekten der Mitglieder gehörte 1992 ein Kalender mit historischen Motiven zur Ortsgeschichte. 110 Exemplare waren schnell vergriffen. 1993 wurde daher eine Auflage von 1300 Stück beschlossen. Sie wurde durch Gewerbetreibende am Ort und aus der Umgebung finanziert, die zugleich auf den Bildrückseiten für ihre Firmen werben konnten. Pressearbeit und persönliches Austragen der Kalender erhöhten die Resonanz in der Öffentlichkeit.

Quelle: SPD Ortsverein Atzendorf, Atzendorf 1995.

Die dabei erarbeiteten historischen Zusammenhänge können außerdem Grundlage für eine spätere Broschüre oder einen Bildband sein. Bei entsprechender Nachfrage ist es ohne großen Aufwand möglich, mehrere Jahrgänge (die eventuell jeweils eigene inhaltliche Kapitel bilden) zu einem Band zusammenzufassen und mit weiterem Fotomaterial und ausführlicheren Texten zu versehen.

## **3. Einfach und schnell: die Sondernummer der Ortsvereinszeitung**

Einer der einfachsten und preiswertesten Wege, eine historische Arbeit zu publizieren, ist die Herausgabe einer Sondernummer der Ortsvereinszeitung bzw. eines ohnehin regelmäßig erscheinenden Informationsblatts. Vorlage, Format, Kosten usw. stehen bereits fest. Es ist daher ohne besonderen Aufwand möglich, z. B. zum Organisationsjubiläum oder aus besonderem Anlaß eine

(nach Möglichkeit bebilderte) Sondernummer erscheinen zu lassen. Allerdings gibt es auch hier Grenzen, die durch die optische Attraktivität gesetzt sind. Fotokopierte Rundschreiben eignen sich natürlich nicht als Rahmen.

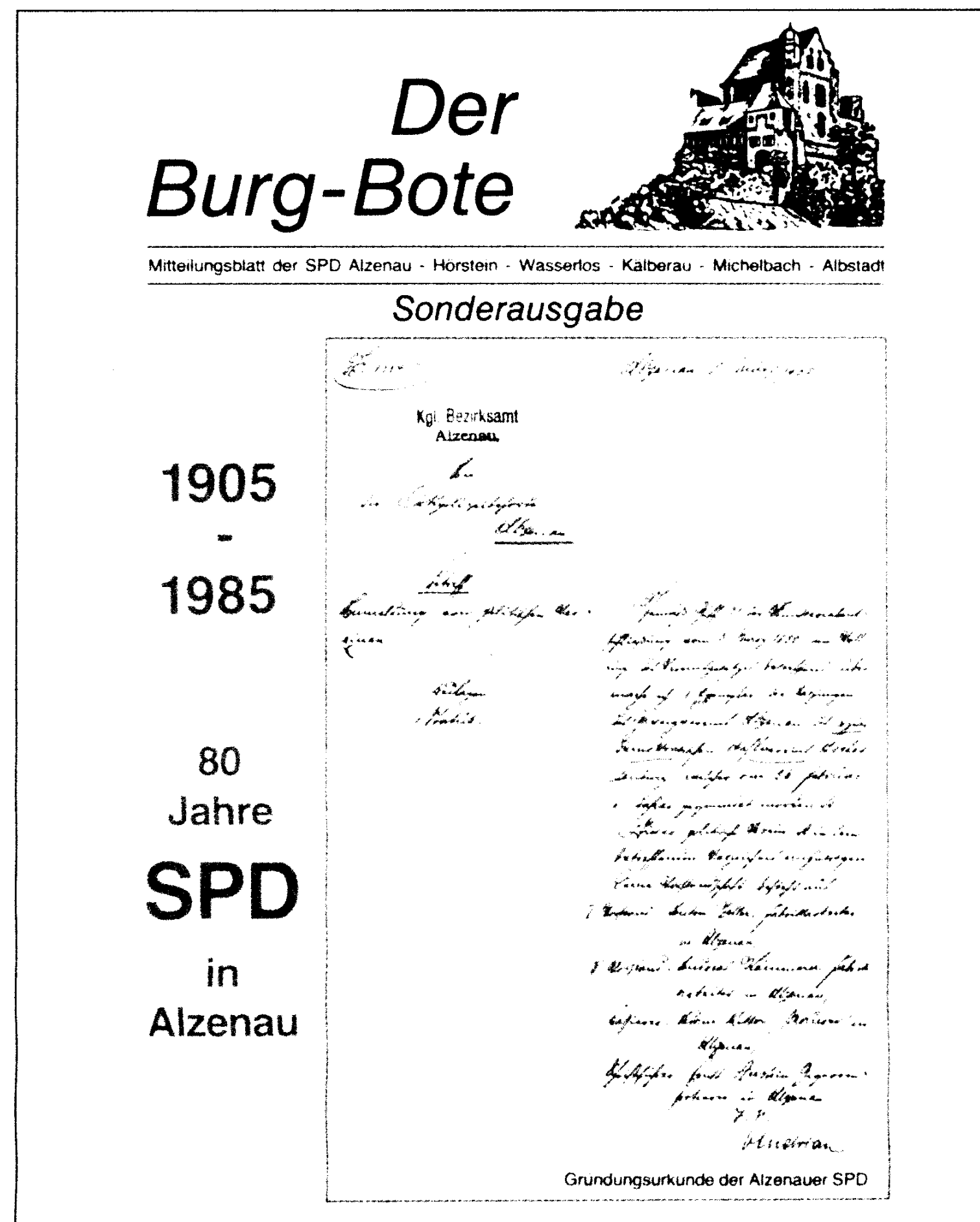


Abb. 11 aus: „Der Burg-Bote. Sonderausgabe. 1905 – 1985. 80 Jahre SPD in Alzenau“, Mitteilungsblatt der SPD-Ortsvereine Alzenau, Hörstein, Wasserlos, Kälberau, Michelbach, Albstadt.

#### 4. Läßt Raum für Kreativität: die Ausstellung

Ihr Ziel ist es, in optisch ansprechender und leicht faßlicher Form durch „authentisches“ Material einen unmittelbaren Zugang zur Vergangenheit herzustellen und nach Möglichkeit weiterreichendes Interesse am Thema zu erwecken. Die Formen einer Ausstellung sind vielfältig und können vom einfachen Schaukasten bis zum museumfüllenden Projekt mit Einsatz von Multimedia-Technik reichen. An dieser Stelle beschränken wir uns verständlicherweise auf die bescheideneren Formen.

Vorbereitung: Die Veranstalter müssen sich von vornherein im klaren sein, wen sie mit ihrer Ausstellung ansprechen wollen. Was ist der Anlaß der Ausstellung, wie ist das Thema einzugrenzen? Dient sie einem einmaligen Zweck (Festveranstaltung), oder soll sie über einen längeren Zeitraum der Öffentlichkeit zugänglich sein? Danach müssen z. B. die Räumlichkeiten ausgesucht werden (Schaukasten, Versammlungsraum im Parteibüro, Nebenraum eines Lokals, Volkshochschule, Gewerkschaftshaus, Sparkasse).

Welche inhaltlichen Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen, und in welcher Form können sie dargestellt werden? Nur was sich im Bild oder im optisch ansprechenden Dokument niederschlug, läßt sich zeigen. Eher abstrakte Inhalte sind durch eine Ausstellung nur schwer zu vermitteln! Welche Exponate stehen zur Verfügung (Fotos, Schriftdokumente, Flugblätter, Plakate, Abzeichen, Fahnen, Gegenstände) bzw. wie können sie beschafft werden? Welche Mitglieder sind bereit, Leihgaben zur Verfügung zu stellen? Sind Besuche im Stadt- oder Staatsarchiv oder im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung erforderlich? Ganz wichtig: Wer ist bereit, sich an den Ausstellungsvorbereitungen zu beteiligen, wer übernimmt welche Aufgaben? Wie hoch sind die finanziellen Mittel? Welche vorhandenen oder ohne größere Schwierigkeiten zu beschaffenden Vitrinen, Stellwän-

de, Bildrahmen und andere Ausstellungsträger sind im Ort erhältlich? Welche technischen Aufgaben sind zu bewältigen? Welcher Materialbedarf muß eingeplant werden (Dekorationspapier, Klebstoffe, Pappen, Spanplatten, Fotopapier, Fotokopien, Lampen usw.)? In welchem Zeitraum soll die inhaltliche und technische Gestaltung abgewickelt werden? Alle Zeitfaktoren sollten im Terminplan sorgfältig und mit genügend Spielraum berücksichtigt werden!

Planungen über den Umfang einer Ausstellung empfehlen sich erst nach einer nüchternen Bestandsaufnahme hinsichtlich Kosten- und Zeitaufwand. Vorausgesetzt, daß die auszustellenden Dokumente im wesentlichen bereits zusammengetragen worden sind, ist bei kleineren Ausstellungen erfahrungsgemäß ein Vorbereitungszeitraum von einem halben Jahr notwendig. Müssen die Exponate noch ermittelt werden, so sollte mindestens ein Jahr eingeplant werden. Erst recht gilt dies für größere Ausstellungen, die durch einen Katalog oder eine Broschüre begleitet werden sollen. Hier schlagen zusätzlich redaktionelle Arbeiten und Drucktermine erheblich zu Buche.

### ● **Umsetzung von Ausstellungszielen und Auswahl der Ausstellungsstücke**

Die Themenstellung bestimmt zwar die Auswahl der darzustellenden Quellen, aber bei der Ermittlung der Exponate werden sich unter Umständen andere Schwerpunkte ergeben: Ein ursprünglich vorgesehener Abschnitt kann quellenmäßig kaum belegt werden, für einen bisher nicht berücksichtigten Aspekt läßt sich plötzlich eine Fülle von Material feststellen.

Weiterhin ist es vorteilhaft, die Exponate so auszuwählen, daß – neben der Darstellung des eigentlichen Hauptthemas – auch Anschauungsmaterial zur allgemeinen Geschichte herangezogen werden kann. Diese beiden Berichtsebenen können z. B. durch die

Darstellung von Schicksalen einzelner Personen aus dem lokalen Umfeld ergänzt werden.

Die erste Auswahl der Exponate wird weitaus mehr Stücke umfassen müssen, als später in der Ausstellung verwendet werden. Da grafische und optische Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, erleichtert eine größere Auswahl eine ansprechende Zusammenstellung. Stets sollte das Verhältnis zwischen bildhaften und aussagekräftigen Vorlagen (Fotos, Plakaten, Flugblättern) einerseits und Dokumenten, die längere Texte enthalten, unbedingt zugunsten der optischen Anreize entschieden werden. Das Lesen von langen Texten ermüdet den Betrachter und langweilt ihn schließlich.

Die Verwendung von Textdokumenten sollte weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der verwendeten Exponate betragen. Auch die erläuternden Texte zu den Exponaten sollten möglichst knapp gehalten werden. Optimal ist die Verwendung von Ausstellungsstücken, die möglichst „für sich“ sprechen.

### ● **Technische Durchführung**

In der Praxis bleibt meist nur die Möglichkeit, geeignete Vitrinen und Stellwände auszuleihen. Hier kann unter Umständen die örtliche Stadtverwaltung oder ein Museum behilflich sein. Auch andere Institutionen, Firmen, Banken und Verbände, die in irgendeiner Form Öffentlichkeitsarbeit betreiben, sind vielleicht in der Lage zu helfen. Dabei sollte man daran denken, daß Vitrinen oder Tafeln versichert werden müssen (bei der Finanzplanung berücksichtigen!).

Bei der Auswahl des Ausstellungsraumes werden die Möglichkeiten in der Regel beschränkt sein. Wenn in einem Partei- oder Gewerkschaftshaus ein größerer Raum zur Verfügung steht, wird



dies sicherlich die Planungen erleichtern. Andererseits sollte man sich vorrangig um Räumlichkeiten bemühen, in denen normalerweise ohnehin ein größeres Publikum verkehrt (Rathaus, Stadtteilzentrum). Bei der Gestaltung der Vitrinen und Wandtafeln gilt als Leitsatz: Weniger ist mehr! Die Wirkung von Fotos und Dokumenten wird eingeschränkt, wenn eine Vielzahl von Exponaten auf bescheidener Fläche zusammengedrängt und unter Vernachlässigung grafischer Elemente präsentiert wird. Stehen Vitrinen zur Verfügung, so lassen sich diese durch Beigaben von Stücken erhöhen, die aus dem Alltag der dargestellten Zeit stammen: Münzen, Banknoten, Briefmarken, Zeitungsanzeigen, aber auch „dreidimensionale“ Stücke wirken als Blickfang (Abzeichen, Werkzeuge, Schreibutensilien, Geschirr, persönliche Gegenstände, die natürlich inhaltlich zum Thema der Ausstellung passen müssen). Für die Tafeln sollte man hauptsächlich großformatige und bildhafte Vorlagen verwenden und bedenken, daß zum Beispiel höher platzierte Dokumente für den Besucher nicht mehr ohne weiteres lesbar sind.

Der Einsatz audiovisueller Medien in Form von Video- und Tonbändern erhöht die Attraktivität einer Ausstellung. Dabei kann es sich z. B. um von den Ausstellungsmachern selbst produzierte Aufnahmen von Zeitzeugengesprächen oder Lokalitäten handeln, die für das Thema der Ausstellung eine Rolle spielen; auch der begleitende Einsatz von Dokumentarfilmen kann sinnvoll sein.

### ● **Nicht vergessen: Öffentlichkeitsarbeit**

Auf jeden Fall empfiehlt sich die Herausgabe eines Informationsblattes oder Pressehinweises, in dem Inhalt und Absicht der Ausstellung kurz erläutert werden. Vorangestellt wird die Ankündigung der Eröffnung, die möglichst von einer bekannten Persönlichkeit vorgenommen werden sollte. (Versand an die Redaktionen der im Umkreis erscheinenden Zeitungen und Mitteilungsblätter, verbunden mit zusätzlichem telefonischem Hinweis,

Rundschreiben an die Ortsvereinsmitglieder und Mandatsträger in Bezirk und Unterbezirk, Information der Stadtverwaltung, Verteilung in Betrieben und Schulen, Ankündigung auf Plakatständen, in Schaukästen oder am „schwarzen Brett“ in allgemein zugänglichen Einrichtungen.)

Die Herstellung eines Katalogs wird in der Regel zu aufwendig sein, empfehlenswert ist es aber, Informationsblätter oder Faltblätter mit den wichtigsten historischen Daten zur Ausstellung für das Publikum bereitzuhalten. Bei größeren Ausstellungen kann die Resonanz durch das Angebot fachkundiger Führungen für Gruppen, Schulklassen etc. erweitert werden. Je nach Thema können dazu auch Zeitzeugen eingeladen werden, die den Führungen durch Schilderungen aus dem eigenen Erleben eine zusätzliche persönliche Note geben.

## **Wilhelm-Dröscher-Preis und Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“**

Die SPD lebt davon, daß es Frauen und Männer gibt, ob alt oder jung, die die sozialdemokratische Politik im Alltag vertreten. Durch ihre konkreten Taten und ihre Lebensführung gewinnen wir das Vertrauen der Menschen.

Jeweils zu den ordentlichen Parteitagern schreibt der SPD-Parteivorstand den „Wilhelm-Dröscher-Preis“ aus. Er wurde nach dem verstorbenen ehemaligen Schatzmeister, Landtagsabgeordneten und Europäer benannt, der in seinem Wahlkreis der „gute Mensch von Kirn“ hieß. Wilhelm Dröscher war einer, der praktisch half. Er war immer um menschliche Lösungen bemüht. Unser Verständnis der politischen Arbeit hat er auf den Punkt gebracht: „Wer den Anspruch erhebt, mitreden zu wollen, muß zum Mitdienen bereit sein.“ Wieviel an praktischer Solidarität, Hilfsbereitschaft und bürgernaher Politik in unseren Reihen gelebt wird, haben die sechs Ausstellungen „Lebendiger Ortsverein“ auf den Bundesparteitagen seit 1982 gezeigt, an denen sich insgesamt über 600 Gliederungen beteiligt haben. Ein Schwerpunktthema der Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“ 1995 war u. a. „Lernen aus der Geschichte“ (132 Jahre SPD und 50 Jahre Kriegsende, Befreiung vom Nationalsozialismus, Wiederbe-gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands):

Alle Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften und SPD-Arbeitsgruppen werden zu den ordentlichen Bundesparteitagen eingeladen, sich um die Teilnahme an der Ausstellung und um den „Wilhelm-Dröscher-Preis“ zu bewerben. Die Ausschreibung des „Wilhelm-Dröscher-Preises“ erfolgt in den partei-internen Medien („Vorwärts“ und „INTERN“).

Kontakt: SPD-Parteivorstand, „Lebendiger Ortsverein“, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn.

## **VII. Andere Formen der Geschichtsarbeit**

Für die politische Arbeit sind neben Geschichtsbroschüre oder Ortsvereinschronik auch andere Präsentationsformen und Aktionsbeispiele von Bedeutung. Die Gefahren bei der Geschichtsbroschüre können darin liegen, daß sie durch einen überzogenen wissenschaftlichen Anspruch in den Vorarbeiten steckenbleibt oder daß sie gerade die Zielgruppen, für die sie eigentlich gedacht ist, nicht erreicht. Bei der Ortsvereinschronik muß man sich darüber im klaren sein, daß sie in der Regel eine „parteiinterne“ Angelegenheit sein wird. Sie ist wichtig für die eigene Standortbestimmung, hat aber meist wenig Ausstrahlung nach außen. Wir möchten deshalb anregen, verstärkt Formen aufzugreifen, die auch Nicht-Parteimitglieder erreichen.

### **1. Die Einbeziehung von „Oral history“**

#### **1.1 Zeitzeugengespräche als Quellengrundlage**

Zeitzeugengespräche haben durchaus Bedeutung als historische Quelle, die ergänzend zu schriftlichen Überlieferungen hinzutreten kann. Bei der Erforschung der Ortsvereinsgeschichte kann sie zur Erfragung von Daten, Fakten oder Angaben zu Personen unter Umständen sogar die einzige noch vorhandene Quelle sein. Sie spielt immer dann eine wichtige Rolle als Ersatzüberlieferung, wenn schriftliche Zeugnisse überhaupt nicht mehr vorhanden sind oder Aufzeichnungen von den Handelnden nicht gemacht wurden. Auch wird es Fälle geben, in denen gerade die mündliche Überlieferung wichtige Korrekturen oder Zusammenhänge herstellt, die sonst verlorengehen würden. Dazu zählen Vorgänge, die von der Mehrheit der Bevölkerung als unangenehm empfunden werden, „totgeschwiegen“ werden sollen (z. B. das Vorhandensein von Kriegsgefangenenlagern, KZ-Außenstellen, wie überhaupt die Erinnerung an politische Verbrechen, die sich während der NS-Zeit an bestimmten Orten abgespielt haben).

Allerdings ist die Verwendung der Ergebnisse von „Oral History“ nicht unproblematisch: Jeder Mensch erlebt bestimmte Ereignisse anders, das Erinnerungsvermögen ist unterschiedlich, unangenehme Erlebnisse werden verdrängt oder unvollständig im Gedächtnis behalten, Wertungen richten sich nach dem sozialen oder politischen Standort. Gerade dieser subjektive Faktor ist es aber andererseits, der den Berichten von Zeitzeugen den Charakter des Einmaligen verleiht und durch ihre Verwendung die „wissenschaftlich“ erforschte Geschichte farbiger und lebendiger erscheinen läßt. Für die Aufarbeitung der Geschichte „vor Ort“ ist daher die Einbeziehung persönlicher Erinnerungen von besonderer Bedeutung.

Zeitzeugen für historische Ereignisse wird man auf Empfehlung von Bekannten oder über die eigene politische Arbeit finden. Da Menschen bei Erzählungen über ihr persönliches Leben oft zurückhaltend sind, ist es wichtig, eine Vertrauensbasis herzustellen. Sie läßt sich am besten durch die persönliche Einführung durch gemeinsame Bekannte erreichen. Sucht man Zeitzeugen in größerem Umfang (z. B. wenn Erzählungen über das Kriegsende, Wohnungsnot oder die Situation der Flüchtlinge gesammelt werden), sollte man auch schon bei der Suche nach geeigneten Personen an die Öffentlichkeit gehen. Anzeigen oder Aufrufe in der Presse können zugleich die Aufmerksamkeit historisch interessierter Bürger für das geplante Projekt wecken.

### ● Vorbereitung

Erzählte Geschichte kann kein Ersatz für die Beschäftigung mit bereits vorhandenen Veröffentlichungen oder Dokumenten sein. Damit das Interview ein Erfolg wird, müssen einige Vorarbeiten geleistet werden. Wichtigste Voraussetzung ist, daß der Interviewer sich möglichst umfassend über den Themenkreis der Befragung informiert. Soweit Literatur oder sonstige schriftliche

Unterlagen vorhanden sind, sollten diese zunächst ausgewertet werden. Daraus ergeben sich dann auch die eigentlich „relevanten“ Fragen. Erst durch kompetentes Fragen kommt der Wert des Interviews als historische Quelle zur Geltung. Es hat wenig Sinn, sich etwa allgemeine historische Abläufe erzählen zu lassen, die in der gängigen Literatur nachzulesen sind. Gefragt werden soll also bewußt nach den persönlichen Erlebnissen des/der Zeitzeugen/Zeitzeugin oder nach Entwicklungen, die nur der/die Betreffende beschreiben kann („Wie hast Du das Kriegsende erlebt?“, „Was hat man im Ortsverein gegen die Nazis gemacht?“, „Wer war an der Neugründung des Ortsvereins nach Kriegsende beteiligt?“). Man sollte sich daher schon vorher (eventuell mit den Befragten gemeinsam) Fragen oder Stichworte zurechtlegen. Hilfreich kann die Mitnahme oder gemeinsame Durchsicht von Fotos, Dokumenten, Zeitungsausschnitten aus dem Besitz des Zeitzeugen sein, da dadurch Erinnerungen wachgerufen werden und vielen weniger wortgewandten Menschen das Erzählen leichter fällt.

### **Bei der Befragung sollten einige Regeln beachtet werden:**

- Das Gespräch soll einfühlsam und nicht etwa „inquisitorisch“ geführt werden.
- Auf ein anderes Thema überwechseln, wenn Erinnerungen zu belastend sind.
- Zuhören können, auch wenn Abschweifungen vom Thema auftreten.
- Nicht zuviel selbst reden – kurze, präzise Fragen stellen.
- Die eigene Unkenntnis zugeben und um Aufklärung und Erläuterungen bitten.
- Damit rechnen, daß die Ergebnisse von Befragungen manchmal auch enttäuschend sein können. Enttäuschungen dürfen nicht dem Interviewpartner angelastet werden.

Mit dem Gesprächspartner soll vorher abgesprochen werden, ob man während des Interviews Notizen machen darf oder ob ein Tonband mitlaufen kann. Besonders interessant für die spätere Verwertung sind natürlich auch Film- und Videoaufnahmen. Sollen die Tonbandaufzeichnungen anschließend schriftlich fixiert werden, sollte an den Arbeitsaufwand gedacht werden (drei Stunden Interview ergeben ca. 50 – 70 Seiten PC-Fassung). Wortprotokolle müssen dem Befragten vorgelegt und von ihm autorisiert werden. Auf jeden Fall müssen die Interviewpartner im Fall der Veröffentlichung oder sonstigen öffentlichen Verwertung ihre Zustimmung geben.

### **1.2 Veranstaltungen mit Zeitzeugen**

Das Zeitzeugengespräch läßt sich bei entsprechender Vorbereitung und bei Einbindung in eine gut geplante Veranstaltung besonders auch für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen. So bietet sich zunächst die Einladung älterer Genossen zu einer Ortsvereinsversammlung, z. B. mit Jubilarehrung, an. Verfügt man über Gesprächspartner, die bereit sind, vor einem größeren Publikum zu sprechen, kann man aber auch eine öffentliche Veranstaltung organisieren. In diesem Fall müssen die Vorbereitungen etwas aufwendiger sein. So könnte das Gespräch mit Bild- oder Tonmaterial ausgestaltet werden. Das Thema sollte in diesem Fall so gewählt werden, daß es eine breitere Öffentlichkeit anspricht. Vor allem aber ist eine kompetente Moderation wichtig, die das Gespräch mit Einfühlungsvermögen auf die gewünschten Punkte lenkt und die Diskussion strukturiert. Wie bei allen Aktionen sollte man auch hier daran denken, rechtzeitig die Presse zu informieren. Sinnvoll ist die Vorbereitung eines „Waschzettels“, dem Informationen zum Thema und zur Person des/der Befragten zu entnehmen sind. Verfügt man über interessantes Bildmaterial, kann man dieses auch zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen (Copyright beachten). Schließlich ist zu überlegen, ob das Ergebnis der Veranstaltung mit Fotomaterial in einer Broschüre festgehalten werden soll.

## **2. Fachvorträge und Seminare**

Eine andere Möglichkeit, die Öffentlichkeit in die Geschichtsarbeit mit einzubeziehen, wäre die Einladung eines Gastredners zu einem Fachvortrag. Beispiel: Verschiedene Mitglieder des Ortsvereins recherchieren über die Auswirkungen der „Machtergreifung“ der Nazis am Ort. Dazu könnte man zum Beispiel Personen einladen, die sich in ihrer Eigenschaft als Historiker (Stadtarchivare, Lehrer) mit dieser Problematik beschäftigt haben. Auch hier lohnt es sich, die Presse zu informieren. Bei entsprechenden Voraussetzungen kann man auch eine Vortragsreihe ins Auge fassen oder Seminarveranstaltungen anbieten. Im letzteren Fall ist allerdings die Kostenfrage zu berücksichtigen. Für alle Veranstaltungen ist eine sorgfältige Vorbereitung und Leitung erforderlich. Immer soll im Hintergrund die Absicht stehen, möglichst viele Personen außerhalb der SPD anzusprechen, auf die Geschichtsarbeit im Rahmen der Partei aufmerksam zu machen und möglicherweise Diskussionen zu besonderen lokalen oder allgemeinen historischen Ereignissen anzuregen. Dabei kann sich eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen (Gewerkschaften, Volkshochschulen, kirchlichen Gruppen) ergeben. Allerdings sollte man nicht nur die Diskussion mit gleich oder ähnlich gesinnten Gruppierungen suchen. Auch eine historisch und politisch kontroverse Diskussion, etwa mit Vertretern anderer Parteien, Heimatvereinen etc., kann aufschlußreich sein.

## **3. Alternative Stadtführungen**

Die Geschichte eines Ortes manifestiert sich im Bewußtsein der Einwohner bis zum heutigen Tag nicht selten in erster Linie an architektonischen Glanzpunkten, sakralen oder herrschaftlichen Bauten. Die Bürger einer Stadt identifizieren sich mit einem überkommenen Geschichtsbild, das wiederum durch die Informationsschriften kommunaler Presse- und Kulturämter oder einer scheinbar „unpolitischen“ Heimatgeschichtsforschung verstärkt



wird. Alternative Stadtführungen und Stadtrundfahrten bilden daher eine wichtige Ergänzung. Sie können an konkreten Orten demokratische und soziale Entwicklungen, den Alltag der arbeitenden Bevölkerung, die Lage der Frauen in der Vergangenheit, die Lebensstationen von politisch, rassistisch oder religiös verfolgten Personen oder Gruppen sowie emanzipatorische Entwicklungen aufzeigen. Trotz umfangreicher Forschung etwa im Bereich Geschichte der Arbeiterbewegung, Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte etc. fehlen an vielen Orten noch entsprechende Ergebnisse oder es ist nie der Versuch gemacht worden, sie an bestimmten Stätten „dingfest“ zu machen.

Da Stadtführungen Geschichte auf ganz konkrete, „sinnliche“ Weise vermitteln, sind sie gerade für die Aufarbeitung der Geschichte „von unten“ ein ausgezeichnetes Medium. Sie sprechen Menschen noch unmittelbarer an, als dies unter Umständen durch gedruckte Texte oder Bilder möglich ist. Die Begehung von längst vertrauten oder aber kaum je beachteten Orten in Verbindung mit menschlichen Schicksalen, der wechselvollen Geschichte eines Gebäudes (auch dessen Nutzung unter Aspekten, die längst in Vergessenheit geraten sind), kann ebenso wie die Suche nach dem ehemaligen Standort nicht mehr vorhandener Häuser und Straßenzüge einen ganz persönlichen Zugang zu historischen Vorgängen schaffen. Bei solchen Veranstaltungen verbinden sich Freizeitvergnügen (Spaziergang, Radwanderung) mit lokalgeschichtlichem Interesse, Aufklärung und politischer Aussage. Da Stadtführungen anschaulich Geschichte vermitteln, sprechen sie auch ein Publikum an, das für abendliche Vorträge nicht ohne weiteres zur Verfügung steht (Jugendliche, Schüler, Anwohner, Familien mit Kindern).

Diese Form der Geschichtsaufarbeitung hat von vornherein eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit. Zeitzeugen, Anwohner oder interessierte Straßenpassanten können mit einbezogen werden oder sich einmischen, spontane Diskussionen entstehen.

Ideal wäre es, wenn für Besichtigungen auch Zeitzeugen zur Verfügung stehen, die ihre persönlichen Erlebnisse schildern oder selbst einen Teil der Führung übernehmen können. Alternative Stadtführungen sind, wenn sie selbst erarbeitet und organisiert werden (man kann natürlich auch Fachreferenten engagieren) zwar arbeitsintensiv in der Vorbereitung, aber dafür ohne besonderen Kostenaufwand durchzuführen. Schon bei der Terminankündigung kann die Aufmerksamkeit der Medien geweckt werden. Während der Führung können Fotos von den Orten der Besichtigung und den Teilnehmern gemacht und der Presse zur Verfügung gestellt werden. Schließlich kann über die Führungen und ihren Inhalt berichtet werden – am besten erreicht man dies durch die Verteilung vorbereiteter Informationen. Dabei sollte man auch die in nahezu allen Orten bestehenden kostenlos verteilten Anzeigenblätter berücksichtigen. Sie nehmen fertige Artikel zu lokalgeschichtlichen Themen meist sehr gerne auf und drucken sie unverändert ab.

Natürlich kann man auch Stadtführungen mit Vorträgen kombinieren. Es bietet sich außerdem an, Stadtpläne mit alternativen „Sehenswürdigkeiten“ selbst zu machen oder drucken zu lassen. Der Zeit- und Kostenaufwand für die Erstellung eines Begleitheftes dürfte sich allerdings nicht von dem für eine Geschichtsbroschüre erforderlichen Aufwand unterscheiden. Auch der Zeitaufwand und die erforderliche Akribie und Ausdauer bei Recherchen über einzelne Orte und Gebäude sollte nicht unterschätzt werden. Gerade hier bietet sich aber die Möglichkeit, erst einmal mit bescheidenen Mitteln einzusteigen, Broschüren in Form von Kopien herzustellen und später, wenn vielleicht bereits mehrere Stadtführungen durchgeführt wurden, eine gedruckte Broschüre herauszugeben. Dabei können Routen- und Gebäudebeschreibungen, Fotos und – so vorhanden – Erinnerungen von Zeitzeugen kombiniert werden. Alternative Stadtführungen und die Herausgabe entsprechender Stadtpläne empfehlen sich gerade (aber natürlich nicht nur) vor Kommunalwahlen.

Zu den möglichen Themen: Hinsichtlich der NS-Zeit besteht immer noch ein erstaunlicher Aufklärungsbedarf. Sichtet man die vorhandenen Publikationen, so wird man feststellen, daß diese in erster Linie „gerade an unliebsame Kapitel deutscher Geschichte und Vergangenheitsbewältigung im lokalen Rahmen erinnern wollen“ (Gisela Lehrke, *Erinnern, Mahnen, Aufklären. Stadtführer und Stadtrundfahrten in der Politischen Bildung*, Bielefeld 1986, S. 11). Der Überblick zeigt als eindeutige Schwerpunkte die NS-Zeit mit Widerstand und Verfolgung im Bereich der Arbeiterbewegung. Anhand von Ortsbegehungen (alte Fabriken, Arbeitersiedlungen) können aber auch sehr gut erfahrungsgeschichtliche Zusammenhänge, Aspekte der Bildungsgeschichte (Schulen, Volkshochschulgebäude, Bibliotheken), die Entwicklung von Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege (Armenhäuser, Krankenhäuser, Entbindungsanstalten) oder sonstige öffentliche Gebäude und deren Geschichte (Gefängnisse, Gerichtsgebäude), kritisch betrachtet werden. Auch die bewußte Sichtung örtlicher Verhältnisse unter dem Aspekt der Geschichte von Frauen, verfolgten Minderheiten etc. ist aufschlußreich. Selbst bei kritischen wissenschaftlichen Darstellungen zeigt sich die Tendenz, z. B. die Rolle der Frauen im Widerstand zu unterschätzen. Bei den Möglichkeiten, offizielle Geschichtsschreibung „gegen den Strich zu bürsten“, sind der Phantasie kaum Grenzen gesetzt. Aufgelockert werden können Stadtführungen durch Ratespiele oder die aktive Einbeziehung der Teilnehmer bei Recherchen, den Einsatz von Videokameras (dies wäre u. a. für Gruppen mit Jugendlichen zu empfehlen). Die entsprechenden Angaben für Stadtführungen wird man in den seltensten Fällen direkt in der vorhandenen Literatur finden. Häufig muß man in Literatur- und Quellenmaterial beiläufig erwähnte Informationen kombinieren. Ergiebig kann die Durchsicht von alten Zeitungen (gerade auch des Anzeigenteils) sein, in bestimmten Fällen wären auch Grundbuchrecherchen oder die Durchsicht von Akten im Stadtarchiv erforderlich.

Betrachtet man die vielfältigen Möglichkeiten, die alternative Stadtführungen für die Geschichtsaufarbeitung und die politische Diskussion bieten, so fällt auf, daß sie offensichtlich gerade von Sozialdemokraten noch viel zu wenig genutzt werden. Überblickt man etwa die zahlreichen im Druck oder halböffentlicher Form vorliegenden alternativen Stadtführer, so treten als Initiatoren und Veranstalter in erster Linie Gruppen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“, das „Bildungswerk für Friedensarbeit“, Landes- und Stadtjugendringe sowie Gewerkschaftsjugend und Falken hervor. Das mangelnde Engagement von Sozialdemokraten bei dieser Form der Geschichtsarbeit überrascht um so mehr, als sich dabei die Beschäftigung mit der Vergangenheit direkt mit politischer Aufklärungsarbeit (Rechts extremismus) verbinden läßt.

#### 4. Durchsetzung öffentlichen Gedenkens

Aus den Stadtführungen heraus (aber natürlich nicht nur durch sie initiiert) können sich Aktionen ergeben, z. B. zur Anbringung von Gedenktafeln, Straßenbenennungen und – so erforderlich – auch Umbenennungen, Namensgebungen für Schulen, Bildungsstätten, Zugänglichmachung von bestimmten Räumen oder Orten für die Öffentlichkeit, notfalls Renovierung von Häusern und Denkmälern. Wo besonders herausragende Ereignisse am Ort stattgefunden haben, könnte auch die Forderung nach Errichtung eines Mahnmals oder einer Gedenkstätte erhoben werden. Auch hier ergeben sich Möglichkeiten, offensiv gegen die Tradierung „rechter“ Geschichtsbilder vorzugehen und Denkanstöße zu vermitteln. Dabei sollte man starke Widerstände einkalkulieren, sich aber nicht einschüchtern lassen und zur Durchsetzung der Forderungen Unterstützung bei anderen Gruppen, Institutionen oder prominenten Einzelpersonen suchen.

### 15 Praxis Dr. med. BERNHARD PFÄLTZER Philippsruher Allee 6

In der Philippsruher Allee 6, hatte der Hanauer Arzt und Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime, Dr. med. Bernhard Pfälzer seit 1920 seine Praxis. Der am 14.1.1888 in Choisy le Roy bei Paris geborene praktische Arzt ließ sich von den Nazis nicht „gleichschalten“, sondern trat als entschiedener Gegner der nazistischen Rassenpolitik auf. Repressalien, Gestapoverhöre und Strafmaßnahmen konnten ihn nicht davon abhalten jüdische Patienten in seiner Praxis zu betreuen, ihnen Medikamente und zusätzliche Lebensmittel zu verschreiben sowie verfolgten Juden, ausländischen Zwangsarbeitern und politisch Verfolgten Hilfe zu gewähren. Er unterhielt Kontakte zu Widerstandsgruppen der KPD und SPD und stellte in seiner Person ein Bindeglied zwischen antifaschistischen Kräften aus Bürgertum und Kirche und der Arbeiterbewegung dar. Dr. med. Bernhard Pfälzer erwarb sich durch sein mutiges



Dr. med. Bernhard Pfälzer

antifaschistisches Auftreten den ehrenvollen Ruf eines „Vertrauensmannes“ der Illegalen (siehe auch in Hanauer Heft 2, Seite 35). Über Hanau hinaus knüpfte er Beziehungen zum „Kreisauer Kreis“ an, dessen Tätigkeit mit der Geschichte des Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944 verbunden ist. Mit dem Diplomaten Adam von Trott zu Solz (wegen seiner Teilnahme an der Verschwörung gegen Hitler hingerichtet), stand Dr. med. Bernhard Pfälzer seit 1933 in ständiger Verbindung.

Nach dem Ende der Hitlerdiktatur dankte ihm eine Kommission der Vereinten Nationen im Namen der Alliierten für die Hilfe, die er Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern im Dritten Reich gewährte. Dr. med. Bernhard Pfälzer starb im August 1947 an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

Abb. 12

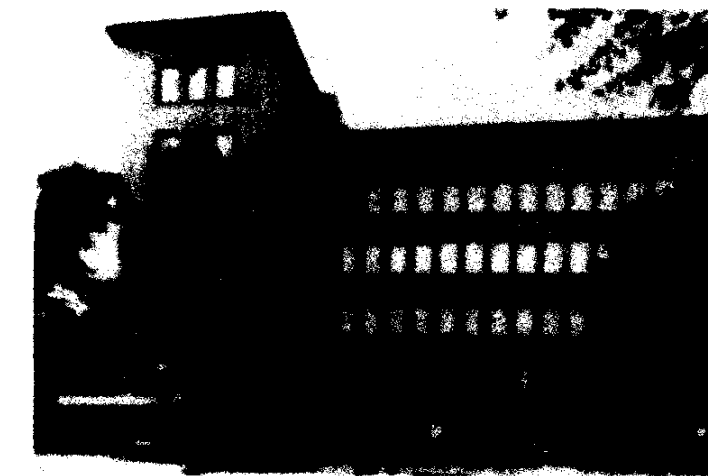
### 3.5. AOK

Am Fallersleber Tore 3/4

Am 18. März 1933 besetzte der konservative „Stahlhelm“ das Gebäude der AOK und nutzte von nun an Teile der AOK als Kaserne für seine Truppen. Angesichts des Nazi-Terrors verhandelte die Jugendorganisation des sozialdemokratischen „Reichsbanner“ über einen geschlossenen Übertritt in den „Stahlhelm“ bei Wahrung der eigenen Befehlsstruktur, um die Mitglieder vor den Grausamkeiten der Nazis schützen zu können. Am 27. März versammelten sich ca. 1300 „Reichsbanner“-Mitglieder vor der AOK, um in den „Stahlhelm“ überzutreten. Als die Nazis dies mitbekamen, fuhr SA vor, drängte die Reichsbanner-Leute in die AOK und entwaffnete auch die „Stahlhelmer“. Nun begannen in der AOK grausame Folterungen. Braunschweigs Krankenhäuser waren bald überfüllt von den Opfern des Nazi-Terrors. In den nächsten Monaten diente die AOK der SA als Folterzentrale. Eingesetzt wurden überwiegend SA-Leute von außerhalb. Nach 1945 erschwerte dies die Bestrafung der Schuldigen.

Im folgenden der Bericht eines Betroffenen:

*„Im Keller, in den ich gebracht wurde, sah ich ca. 200 Häftlinge, an der Wand aufgestellt, stehen. Es war einigermaßen hell im*



Die AOK heute

*Keller. Jeder dieser Menschen war irgendwie zugerichtet. Alle Augenblicke kamen andere SA-Leute herein und kühlten an irgend-einem ihr Mütchen oder an allen. Vor allem tat sich dabei Kleist hervor. Seine Methode war folgende: Mit der Reitpeitsche schlug er dem vor ihm Stehenden kreuz und quer durch das Gesicht und zum Schluß trat er jedem in den Bauch, daß der Betreffende um-fiel. Mit dem Ruf: 'Willst du aufstehen, du Schwein' schlug er dann mit dem dicken Ende seiner Reitpeitsche auf den am Boden Liegenden ein. Eine Freude hatte er daran, einen Gefangenen mit der flachen Pistole ins Gesicht zu schlagen. So verging Stunde um Stunde. Wenn der eine müde war, prugelte der andere weiter. Die Verhöre der Gefangenen fanden im 4. Stock statt.*

*Die ahnungslos Hereintretenden wurden mit einem Stahlrohr mit einem Wasserdruck von sechs atü bespritzt und dann mit Knü-peln so zusammengeschlagen, daß die Haut platzen mußte. Zwei Mann machten durch einen Fenstersprung aus dem 4. Stockwerk des Gebäudes den Quälereien und ihrem Leben ein Ende. Ärztli-che Betreuung gab es nicht. In der Nacht zum 5. Juli wurden wir alle Augenblicke durch ein gebrülltes 'Achtung' aufgeschreckt (...)*

*Ich war drei Wochen in der Ortskrankenkasse und habe so viel an Brutalität und Unmenschlichkeit erlebt und gesehen, daß ein Au-Benstehender das nicht glauben wird. Braunschweig, dieses klei-ne Land, wurde für andere Länder in Deutschland, für die späte-ren Konzentrationslager, der Lehrmeister in der Durchführung der physischen Vernichtung politischer Gegner der NSDAP“ (siehe auch Seite 16)*

Abb. 13

## GOETHESCHÄNKE

### Goethestraße 16

Die „Goetheschänke“ wurde im Jahre 1904 als Vereinshaus des Arbeiterbildungsvereins eingeweiht. Über der Gaststätte befanden sich die Versammlungsräume.

Der Peiner Arbeiterbildungsverein wurde am 15. Juli 1863 von Tischlergesellen gegründet. Eines seiner Hauptziele war: „Förderung des geistigen, sittlichen, geselligen und gewerblichen Lebens der Handwerksgelegen“. Bildung stand im Vordergrund, allerdings wurden politische und religiöse Themen weitgehend ausgeschlossen.

Als Unterrichtsfächer wurden anfangs Singen, Rechnen, Zeichnen und Schreiben angeboten. Später kamen Angebote in den Bereichen Buchführung, Turnen, Sprachkurse in Esperanto, Unterricht im Lesen von Zeitschriften und Unterweisung bei der Benutzung der hauseigenen Bibliothek dazu.

Mit Einführung der Berufsschulpflicht im Jahre 1913/14 verlor der Arbeiterbildungsverein – ausgenommen die Liedertafel und die Turnabteilung – an Bedeutung.

Für 1925 sind folgende Mitgliederzahlen bekannt:

Mitglieder: 443 insgesamt davon:  
Liedertafel: 110 Aktive  
Turnerschaft: 167 Frauen und Männer.

Otto Gottbehüt war ab Ende der 20er-Jahre bis Mitte der 50er-Jahre Wirt in der Goetheschänke. Die Gaststätte war nach dem Zweiten Weltkrieg für die Wiederbelebung der Parteien, besonders der SPD, von großer Bedeutung. Eine Zeitzeugin

erinnert sich: „Im Frühsommer '45, die Parteien waren alle verboten, klingelte eine Frau an unserer Haustür und sagte, ich solle meiner Mutter ausrichten. Morgenabend bei Gottbehüt. Auf meine Frage, was das zu bedeuten hätte, reagierte sie barsch mit der Bemerkung, deine Mutter weiß schon Bescheid. Meine Mutter sagte mir später, daß über die Wiedergründung der SPD in Peine an diesem Abend diskutiert wurde, einige Zeit später wurde die SPD unter Aufsicht der Alliierten zugelassen.“

In den 50er-Jahren befand sich in der Goetheschänke eine Rentenauszahlungsstelle. Zu dieser Zeit wurde monatlich an jedem ersten Werktag die Rente bar ausbezahlt. Ein Zeitzeuge erinnert sich: „Das beste Zeichen für den Zahltag war, daß vor der Haustür ein Polizeibeamter Wache stand. Im Gastraum wurden drei Tische aufgestellt, das Geld lag unter gewölbten Eisengittern, und die Auszahlung wurde ohne große Hektik durchgeführt.“

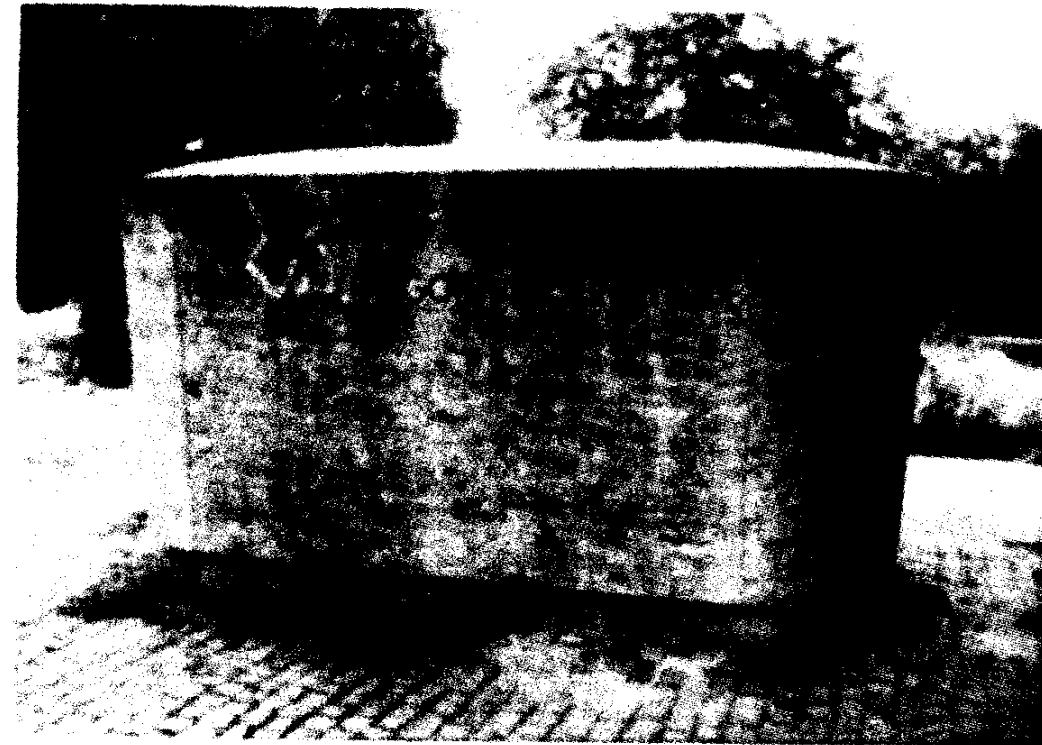


Haus des Arbeiter-Bildungs-Vereins um 1904. Photo: Stadtarchiv Peine

Noch heute kann man im Dachgiebel an der Straßenfront zur Goethestraße das Symbol des Arbeiterbildungsvereins, den Bienenkorb mit Bienen, erkennen. Auch ein Mosaik im Fußboden des Eingangsbereiches weist noch auf die frühere Nutzung hin.

## Ludwig Feuerbach Denkmal

Im Park am Rechenberg, (Nähe Sternwarte) Straßenbahnlinie 8



### Der Mensch schuf Gott nach seinem Bilde

Der Philosoph Ludwig Feuerbach, ein Schüler Hegels, lebte ab 1860 in armsten Verhältnissen auf dem Nürnberger Rechenberg, wo er 1872 verstarb. Er ist auf dem Johannis-Friedhof bestattet. Er wurde vor allem als Religionskritiker bekannt („Das Wesen des Christentums“, 1841) und hatte starken Einfluß auf den Linkshegelianismus und den Marxismus-Leninismus.

1930 wurde Feuerbach mit einem aus Privatspenden finanzierten Denkmal geehrt, das auf der Höhe des Rechenberges errichtet wurde. Die Pflege des Denkmals übernahm die Stadt Nürnberg.

Im Juli 1933 beschloß der Stadtrat den Abriß des Denkmals. Aus der Begründung des Oberbürgermeisters Liebel: „Wir haben an diesem Denkmal keine Freude. Erstens ist es ein häßlicher, abscheulicher Steinklotz, zweitens haben uns seine Inschriften geärgert, drittens ist dieser Platz, auf dem das Denkmal steht, zu schön, als daß man ihn ausgerechnet mit dem Denkmal zu einem Freudenker ziert.“ Zur Beseitigung wurde das Vermögen der Ludwig-Feuerbach-Stiftung in Höhe von 248 - RM eingezogen.

Im Mai 1955 beschloß der Stadtrat gegen die Stimmen der CSU die Wiederherstellung des Denkmals. Nach Protesten der beiden großen Kirchen war die Abstimmung wiederholt worden. Der Aufstellung eines Denkmals für einen Atheisten mit einer Inschrift wie: „Der Mensch schuf Gott nach seinem Bild“ könne niemals zugestimmt werden, begründete die CSU ihre Ablehnung.

1955 und 1956 wurde das Denkmal von Unbekannten beschädigt und beschmiert.

Die Terrasse vor dem Denkmal bietet einen herrlichen Ausblick auf den Burgberg. Auf dem Weg zurück zur Straßenbahnhaltestelle bietet sich ein Besuch des Museums Industriekultur an.

Abb. 14

Abb. 15



Nur den älteren Frankfurterinnen und Frankfurtern ist die Ecke Allerheiligenstraße/Stoltestraße noch als Zentrum der Arbeiterbewegung bekannt. 1901 wurde hier das alte Gewerkschaftshaus eingeweiht, die Häuser Nr. 51, 53 und 57 wurden im Laufe der Jahre dazugekauft. Hier waren nicht nur die Gewerkschaftsbüros untergebracht, sondern auch 2 große Restaurants und ein Beherbergungsbetrieb mit 110 Betten für reisende Handwerksgelesen. Bis 1931 war es das Gewerkschaftsdomizil, dann zog man um in das neue Gewerkschaftshaus am Untermainkai, das am 2. Mai 1933 von den Nazis besetzt wurde. Im November 1946 gaben die Amerikaner das von ihnen beschlagnahmte Haus an die Gewerkschaften. Der Gebäudekomplex Allerheiligenstraße war zugleich Sitz der Frankfurter SPD. Im Büro der Partei arbeiteten u.a. **Johanna Kirchner** als hauptamtliche Sekretärin und später **Betty Arndt**. Der Frauenanteil in der SPD betrug nach dem Beitritt des "Bildungsvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" im Jahre 1908 schon 10,5%, 1914 waren es 13,04%, 1918 bedingt durch den Militärdienst der Männer 38,87, 1923 waren es 12,34%. Bis 1930 konnte der Anteil auf etwas über 19% gesteigert werden. Anlässlich des Internationalen Frauentages 1930 nannten die Frankfurter Sozialdemokraten als Ziel, die Hälfte aller Mitglieder müßten Frauen werden. Heute sind ein Drittel der Mitglieder Frauen. Hier im Gewerkschaftshaus wurde am 19. März 1911 der erste Internationale Frauentag gefeiert, auf dem **Alexandra Kollontai** sprach und der von **Sophie Ennenbach** vorbereitet und geleitet wurde.

[illegible]

*Abb. 12: Wie aus der Phillipsruher Allee 6 Hilfe für verfolgte Juden, Zwangsarbeiter und NS-Gegner kam, aus: „Hanauer Stadtführer. Dreißig Stätten demokratischer Geschichte und antifaschistischen Widerstandes“, Angelika Cipa/Helmut Lehmann/Monika Mook-Opitz u.a.: , Frankfurt 1983.*

*Abb. 14: Wiedersehen bei Otto Gottbehüt – Ein Traditions- und Arbeitshaus der Arbeiterbewegung in Peine, aus: „Stadt- und Stadtbuch Peine. Ein Stadtbegleiter durch das „alltägliche Peine“, Frank Krebsdzio/Hannelore Renners, Hrsg. DGB Peine/Bildungsvereinigung Arbeit und Leben/Verein Bildung und Wissen, Peine 1989.*

*Abb. 16: Die Allerheiligenstraße in Frankfurt – auch ein Zentrum der Frauenbewegung, aus: „Zum Ursprung der Frankfurter Frauenbewegung. Stationen einer Stadtbesichtigung“, Renate Wolter-Brandecker, Hilde Krenmer, Hrsg. Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Frankfurt, Frankfurt a. M. o. J.*

## **VIII. Wege zur Geschichte – der Zugang zu den Quellen**

Historische Arbeit beginnt mit der Ermittlung und Auswertung von Quellen. Wer sich also auf die Spurensuche begibt, wird Daten und Informationen in der Regel zunächst in Archiven und Bibliotheken gewinnen wollen. Falls es die Themenstellung erlaubt, bietet sich auch die Befragung von Zeitzeugen an.

In Archiven finden sich die Nachlässe von bedeutenden und politisch aktiven Persönlichkeiten, Akten von Parteigliederungen und Gewerkschaften, Akten von staatlichen Stellen und sonstigen Organisationen sowie Flugblätter, Plakate, Büsten, Medailen, Fotos, Filme, Videos, Schallplatten, Fahnen, Beitragsmarken oder Ähnliches. Nicht selten sind die Quellenmaterialien noch nicht veröffentlicht und enthalten überraschende Einblicke in die Vergangenheit. Sogenannte Findbücher oder Repertorien, manchmal auch schon der EDV-Einsatz, erleichtern die Suche in den meist umfangreichen Archivbeständen.

Bibliotheken halten Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen für die Auswertung bereit. Zwar sind diese Materialien bereits veröffentlicht, doch lassen sich gerade in Zeitungen und Zeitschriften oft ebenso aufschlußreiche Funde machen wie in Archivmaterialien.

### **1. Kritischer Umgang mit Quellen**

Daß ein kritisch-abwägender Umgang mit Quellen unbedingt angesagt ist, leuchtet jedem sofort ein, der sich einmal mit der Auswertung von Dokumenten beschäftigt hat. So wird der Leser manchmal nachsichtig lächeln, wenn er den Behördenakten entnimmt, zu welchen gewaltigen Verschwörungen eifrige Polizeibeamte früher die Sozialdemokraten für fähig hielten. Doch auch

umgekehrt – manche Zuschrift an das während des „Sozialistengesetzes“ im Exil erscheinende Parteiorgan „Sozialdemokrat“, die über die trotz Verfolgung „glänzende“ Stimmung an der Basis berichtet, entspricht nicht den wahren Umständen. Auch aus heutiger Sicht kennt man Phänomene wie die unterschiedliche Einschätzung der Zahl der Teilnehmer an Demonstrationen oder Streiks je nach Interessenlage. Große Vorsicht ist bei der Auswertung von Prozeßakten, vor allem aus der NS-Zeit geboten. In den Akten der verfolgenden Organe muß nicht immer die ganze Wahrheit über die Aktivitäten von Personen oder Organisationen enthalten sein. Vieles ist den Behörden (glücklicherweise) entgangen. Angeklagte werden in Prozessen oft zur eigenen Entlastung oder zum Schutz ihrer Freunde Vorgänge eher verschleiern als der Wahrheit entsprechend darlegen. Bei Beschuldigung von Mitangeklagten muß auch nach eventuell vorangegangenen Mißhandlungen oder Folterungen gefragt werden. Auch bei auftauchenden negativen Gerüchten über ehemalige Freunde oder Mitkämpfer im Widerstand muß das Bewußtsein der ständigen Gefahr, die den Beteiligten drohte, berücksichtigt werden. Bei der Bewertung dieser Quellen ist nicht nur Sensibilität im Umgang gefordert, sondern vor allem eine vorherige möglichst gründliche Information über die Zeitumstände und Einarbeitung in die speziellen Fakten und lokalen Gegebenheiten, damit die Dokumente in ihrer Bedeutung richtig eingeordnet werden können.

## **2. Das Gedächtnis der Sozialdemokratie: Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung**

### **2.1 Historisches**

Ein eigentliches Parteiarchiv und eine Parteibibliothek der SPD auf Bundesebene bestehen seit 1969 in der früheren Form nicht mehr. In diesem Jahr wurde das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet.

Wenn sich ihre Sammelgebiete auch sehr rasch erweiterten, stehen das AdsD und die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung gleichwohl in der Tradition des ehemaligen Parteiarchivs der SPD, dessen Wurzeln in die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie zurückreichen. Die Initiative hatte August Bebel 1878 ergriffen, indem er im „Vorwärts“ zunächst den Aufbau einer parteieigenen Bibliothek forderte. Hermann Schlüter, einer der späteren Parteiarchivare, ergänzte kurz darauf Bebels Vorschlag mit der Forderung zur Einrichtung einer zentralen Stelle, „.... wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird.“

Nach seiner Gründung 1882 im schweizerischen Exil waren Aufbau und Entwicklung von Archiv und Bibliothek in hohem Maße mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verknüpft. Zur Zeit der Verfolgung unter Bismarcks Sozialistengesetz (1878 – 1890) mußte das Parteiarchiv 1888 mit 16 großen Kisten nach London umziehen, wo es in den folgenden Jahren seinen wertvollsten Zuwachs – den Marx-Engels-Nachlaß – erhielt.

In den Jahren nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurden die Bestände schrittweise nach Berlin überführt, wo das Archiv in den folgenden Jahrzehnten – unbeeinflusst von Krieg und Revolution – zu einer international anerkannten bedeutenden Forschungsstätte heranwuchs.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 gelang es unter großen Schwierigkeiten, zumindest die wertvollsten Nachlässe ins westeuropäische Exil zu retten. 1938 sah sich der Vorstand der Exil-SPD gezwungen, das Archiv an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam zu verkaufen, da er den Erlös zur Finanzierung seines Kampfes gegen die Nationalsozialisten brauchte. Das Archiv der SPD hatte aufgehört zu bestehen.

Im Gegensatz zu den Nachlässen konnten die Organisationsakten und die Parteibibliothek der SPD nicht vor dem Zugriff der braunen Machthaber gerettet werden. Die Nationalsozialisten vernichteten die Organisationsakten sowie Teile des Bibliotheksbestandes und gaben zahlreiche Bücher an staatliche Bibliotheken weiter. Ein großer Teil der bis dahin 60 000 Bände, zu denen als wichtigster Bestand die Privatbibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels gehörten, blieb im Kern unversehrt und gelangte später in den Besitz der SED. Heute befindet sich dieser gerettete Teil der SPD-Parteibibliothek im Bestand der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Der Neuaufbau eines zentralen Parteiarchivs und der Parteibibliothek in den ersten Nachkriegsjahren stand im Zeichen der Improvisation. Spätestens in den sechziger Jahren wuchsen die Probleme bei der Bewältigung der schwierigen Doppelaufgabe, einerseits Materialien für die tagespolitische Arbeit zu sammeln und aufzubereiten, andererseits das rasch expandierende historische Archiv mit seinen klassischen Archivfunktionen systematisch aufzubauen.

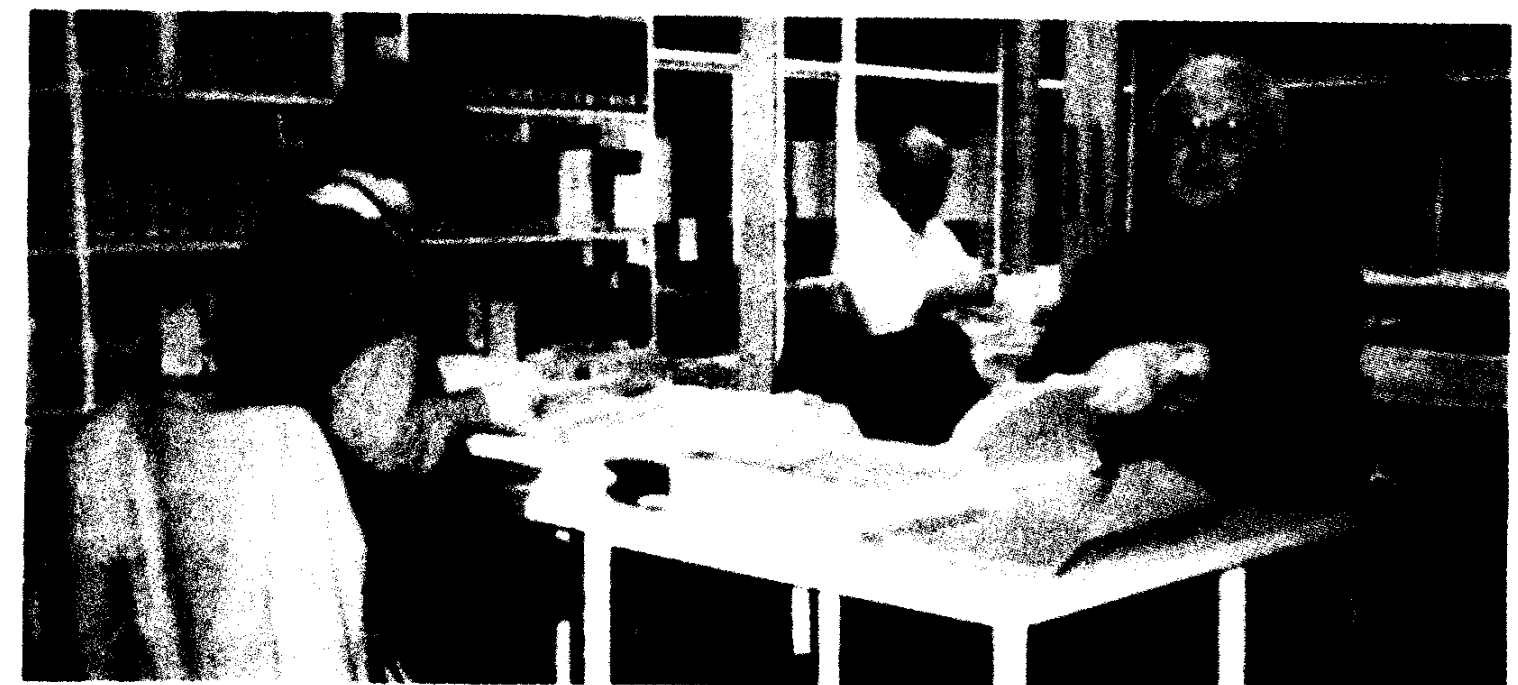


Abb. 17 „Spurensuche“ im Lesesaal von AdsD und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, aus: „SPD Querum 1905 – 1995. Aus Anlaß des 90jährigen Bestehens des SPD-Ortsvereins Querum am 22. August 1995“, SPD-Ortsverein Braunschweig-Querum.

Die daraus resultierende Konsequenz, zentrale Parteidokumentation einerseits, historisches Archiv und historische Bibliothek andererseits, zu trennen, wurde 1969 mit der Gründung des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) vollzogen.

Archiv und Bibliothek sind wegen ihrer Größe seit 1984 zwei eigenständige, einander ergänzende Abteilungen. Sie konnten 1985 und 1991 neue Magazinräume sowie neue Katalogräume und Benutzersäle beziehen. Anschrift:

Archiv der sozialen Demokratie  
Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149, 53170 Bonn  
Tel. 02 28/8 83-0

## **2.2 Das Archiv der sozialen Demokratie**

Das in die Friedrich-Ebert-Stiftung integrierte AdsD ist kein eigentliches Parteiarchiv, aber es hat alle Bestände, Funktionen und Arbeiten des früheren Archivs beim Parteivorstand der SPD übernommen.

Heute, mehr als ein Vierteljahrhundert nach seiner Gründung, kann das AdsD auf eine stolze Bilanz verweisen: Es beherbergt in seinen Magazinen mehr als 27 laufende Kilometer Akten, darunter über 600 Nachlässe und Deposita.

Das Archiv bewahrt die Altregistratur des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf. Die Laufzeit dieser Vorstandsakten reicht von den überlieferten Emigrationsbeständen bis derzeit in das Jahr 1992. Hinzu kommen die Bestände der SPD-Bundestagsfraktion, der meisten SPD-Landtagsfraktionen sowie regionaler Parteigliederungen (Landes-, Bezirksorganisationen und Untergliederungen). Für lokal- und regionalgeschichtliche Forschungen bedeutet dies, daß sich hier – von Aus-

nahmen abgesehen – eher vereinzelt Ersatzüberlieferungen für nicht mehr am Ort befindliche Unterlagen finden werden. Regionale oder lokale Parteiakten aus der Zeit vor 1933 sind allerdings nur sehr vereinzelt erhalten – in der Regel wurden diese Bestände generell durch die Einwirkungen der NS-Zeit vernichtet.

Seit der deutschen Einigung betreut das AdsD auch die Altregistraturen der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD) und der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR.

Insbesondere in den letzten zehn Jahren hat die Übernahme von deutschen und internationalen Gewerkschaftsbeständen erheblich zugenommen. So beherbergt das AdsD in seinen Magazinen zum Beispiel die Registraturen der Gewerkschaften Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG), Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), der Industriegewerkschaft Medien und ihrer Vorläuferorganisationen, der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (BAU), Akten von Gliederungen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sowie Registraturen der Internationalen und Europäischen Grafischen Föderation, des Internationalen und Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und Teilbestände der Internationalen Transportarbeiter-Föderation. 1994 wurden das Archiv der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und 1995 das Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) übernommen, das sich bis dahin in Düsseldorf befand. Einer der bedeutendsten historischen Schätze ist der Bestand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) des August-Bebel-Instituts, der erst Anfang 1996 in das AdsD gelangte. Erheblich gewachsen ist auch der Erwerb von Aktenbeständen aus dem Umfeld sozialer und demokratischer Bewegungen (das Spektrum reicht vom Archiv der „Frankfurter Hefte“ bis zum Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“). Einen neuen Schwer-



punkt bilden die Bestände der Friedensbewegung, von denen hier nur die umfangreichen Archivalien der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung erwähnt werden sollen.

Eine seiner wichtigsten Aufgaben sieht das AdsD in der Sicherung der Nachlässe und Deposita von Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Unter den ca. 600 Beständen befinden sich berühmte Namen wie Paul Levi, Carl Severing, Richard Lipinski, Carlo Schmid und Gustav Heinemann, Marie Juchacz und Heinrich Albertz, Kurt Schumacher, Herbert Wehner, Willy Brandt. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und die frühere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger haben bereits Teile ihrer persönlichen Akten dem AdsD anvertraut wie in jüngster Zeit eine Reihe ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, darunter Horst Seefeld, Hans Peters und Katharina Focke. Durch die gezielte Übernahme von Aktenbeständen von Bundestagsabgeordneten wurde nicht nur eine breite Quellengrundlage für die Erforschung der Zeitgeschichte geschaffen, viele Bestände sind auch unter lokalgeschichtlichen Aspekten (Wahlkreis) von Interesse. Für diesen Schriftgutbereich steht seit 1996 eine Archivdatenbank zur Verfügung, mit deren Hilfe die umfangreichen Bestände künftig noch besser präsentiert werden können.

Anfang der achtziger Jahre ist es dem AdsD auch gelungen, seine älteren Bestände erheblich zu ergänzen. Mit Ausnahme des Marx-Engels-Nachlasses wurden die Bestände des ehemaligen SPD-Parteiarchivs, die im IISG in Amsterdam lagern, verfilmt. Hinzu kamen Filme des im Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek in Oslo lagernden SAP-Bestandes.

Gegenwärtig läuft ein Projekt zur Verfilmung der im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte (RZ) in Moskau lagernden Nachläs-

se und sonstigen Bestände zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (u. a. August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Dittmann, aber auch Bestände aus Polizeiarchiven).

Im Jahre 1990 konnte das AdsD das Seliger-Archiv mit seinen gesamten Nachlaßbeständen übernehmen, seit 1996 befinden sich auch die Bestände des August-Bebel-Instituts in Berlin und das Archiv der Historischen Kommission zu Berlin im AdsD.

Schließlich noch einige Worte zu den umfangreichen Sammlungen des Archivs. Aus dem großen Bereich der Schriftgutsammlungen seien hier nur drei herausgegriffen und vorgestellt: die Sammlung Personalia mit Dokumenten und Zeitungsausschnitten über Personen der Zeitgeschichte (auch auf lokaler Ebene!), die inzwischen ca. 420 laufende Meter umfaßt; die Zeitungsausschnittsammlungen des SPD-Parteivorstandes mit weit über 700 laufenden Metern (Laufzeit: 1945 – 1988) und die ca. 40000 Stücke umfassende Sammlung von Flugblättern und Flugschriften, die umfangreiches Material zur Revolution von 1918/19 und zur Weimarer Republik, aber auch z. B. zur Studentenrevolte 1968 (Schwerpunkt: Pariser Maiunruhen) enthält (Laufzeit: 1800 – 1997).

Im Bereich des audiovisuellen Archivguts sei vor allem auf das Bildarchiv mit ca. 1,2 Millionen Fotos (nach Personen und Sachgruppen geordnet) verwiesen. Teile dieser Sammlung sind jetzt schon digitalisiert und können im Hausnetz der FES abgerufen werden. Hinzu kommen das Film- und Videoarchiv mit über 2500 Filmen aus dem Bereich Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie sowie die ca. 9000 Videokassetten, darunter der größte Teil mit Fernsehaufzeichnungen von historisch, politisch und zeitgeschichtlich relevanten Sendungen von 1979 bis zur Gegenwart.

Das Tonarchiv enthält neben historischen Schallplatten-Aufnahmen über 500 Tonbänder und Tonkassetten (u. a. Mitschnitte von diversen Parteiveranstaltungen, Kongressen).

In der Plakatsammlung (Laufzeit 1832 – 1997) befinden sich gegenwärtig ca. 65 000 Originalplakate mit den Schwerpunkten deutsche und internationale Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Diese einmalige Sammlung wird seit 1996 mit modernsten Mitteln verzeichnet und digitalisiert. Im AdsD werden auch ca. 250 Fahnen aus den Jahren 1832 bis 1990 aufbewahrt.

Das AdsD kann sich aus Kapazitätsgründen nicht um den Erwerb von Ortsvereinsakten kümmern.

Ein Teil der Bestände des AdsD unterliegt Benutzungsaufgaben. (Einsichtsgenehmigungen, Sperrfristen usw.)

Die Bestände des Archivs der sozialen Demokratie können grundsätzlich nur vor Ort eingesehen werden; eine Ausleihe von Archivalien ist nicht möglich.

Seit einiger Zeit kann das Archiv auch über Internet „entdeckt“ werden. Die Bestandsübersicht, die kostenlos im AdsD angefordert werden kann, gibt Auskunft über Umfang und Laufzeit der Bestände. Im ersten Halbjahr 1997 wurden weitere Bereiche über Internet erschlossen (Vorworte, Gliederungen, Inhaltsverzeichnisse von Findmitteln, Fotos usw.).

### **2.3 Spezielle Überlieferungen zur Geschichte der ostdeutschen SPD 1945/46 und 1989/90 im AdsD**

#### **● Das Ostbüro der SPD**

Das „geheimnisumwitterte“ Ostbüro der SPD wurde 1946 gegründet und diente zunächst der Betreuung für die in der SBZ verfolgten und daraufhin geflohenen Sozialdemokraten. Diese berichteten

natürlich auch über die Zustände in der SBZ/DDR. Später erweiterte sich das Aufgabengebiet des Ostbüros, und auch die Sammlung von Informationen wurde aktiver betrieben. Alle Mitteilungen und Berichte der Flüchtlinge und Informanten gingen in die sog. Sachakten ein, die jedem zugänglich sind. Die personenbezogenen Flüchtlings- und Informantenakten stehen aus Datenschutzgründen lediglich diesen oder ihren Verwandten offen. Die Akten des früher in Hannover, dann in Bonn ansässigen Ostbüros befinden sich im AdsD, die der Berliner Nebenstelle wurden leider vernichtet.

#### **● Archivalien zur Geschichte der Wende und der SDP/SPD in der DDR**

Inzwischen steht eine kaum überschaubare Fülle an Literatur über den Umbruch in der DDR zur Verfügung. Vielfältige Veröffentlichungen zur Oppositionsbewegung in der DDR sind erschienen, mit besonderer Berücksichtigung der kirchlichen Wegbereiter zur Wende. Hierbei liegt der Schwerpunkt zumeist auf den Bürgerbewegungen, zu denen viele der späteren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehörten.

Bereits ab Frühjahr 1990 sind aus dem kirchlichen und bürgerbewegten Raum zahlreiche Projekte entstanden, die den raschen Verfall des staatlichen Apparats, die Formierung der Opposition, die Arbeit der politischen Übergangsorgane (Runder Tisch) auf örtlicher Ebene festhielten. Für diese Dokumentensammlungen, Chroniken, Augenzeugenberichte hier nur drei Beispiele: „Leipziger DEMONTAGEbuch“ (1990), „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit – Herbst ’89 in Magdeburg“ (1991), „Mühlhausen 1989/1990. Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt“ (1992).

Der Weg der Sozialdemokratischen Partei in der DDR aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche SPD ist bisher auch in der „professionellen“ Forschung nur sparsam beschrieben und dokumentiert. Entwicklungen und Ereignisse der SDP/SPD, die

sich am 7. Oktober 1989 in Schwante als Partei konstituiert hatte, sind für viele, die vor Ort parteistiftend gewirkt haben, immer noch auch emotionaler Teil der eigenen Biographie.

Doch weder über der politischen Alltagsarbeit noch dort, wo die Suche nach Traditionen der Sozialdemokratie im Vordergrund stehen, sollte dies vergessen werden: Vieles an schriftlichen Unterlagen, auch Symbolen der Parteigründungs- und -entwicklungsphase 1989/90 ist sowohl auf zentraler wie auch regionaler/lokaler Ebene in der aufregenden Umbruchzeit nicht archiviert, sondern vernichtet worden oder verschollen. Andererseits befinden sich wichtige Dokumente und Materialien noch in privaten Sammlungen der Gründerinnen und Gründer oder an anderen Plätzen. Nach diesen Unterlagen zu forschen, diese zu sichern, Zeitzeugen zu befragen, sollte trotz aller Mühen rasch dort geschehen, wo diese Arbeit noch nicht geleistet werden konnte.

Die zentrale SPD-Ebene, SPD-Landtagsfraktionen, regionale SPD-Gliederungen haben ihre Aktenbestände bereits durch eine Zusammenarbeit mit dem AdsD gesichert und teilweise bereits der Forschung zugänglich gemacht. Das AdsD bewahrt heute (neben einer kleinen Materialsammlung „Zentraler Runder Tisch der DDR“) erste Bestände der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR – SDP/SPD“ und der „SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR“ auf, daneben Archivalien der SPD-Landtagsfraktionen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aller SPD-Landesverbände und etlicher regionaler Geschäftsstellen sowie Unterlagen sozialdemokratischer Politiker, so des stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Thierse. – Überlieferungsverlust (besonders auf der zentralen Ebene) steht eine teilweise ungewöhnliche Dichte der Überlieferungen von Landes- und regionalen Gliederungen gegenüber. Die Sicherung und Erschließung der Quellen zur Geschichte der SDP/SPD muß eine gemeinsame Anstrengung aller sein, die das Gedächtnis

auch für die Neugründung und Entwicklung der Sozialdemokratie in den östlichen Ländern Deutschlands bewahren wollen.

## **2.4 Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als das gedruckte Gedächtnis der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Den Grundstock bildeten bei der (Neu-)Gründung im Jahre 1969 die Bibliothek des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Bibliothek des SPD-Parteivorstandes, die treuhänderisch an die Friedrich-Ebert-Stiftung übergeben wurde.

Damit war eine hervorragende Ausgangsposition geschaffen; seit 1969 werden in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung die gedruckten Veröffentlichungen zur Geschichte und Gegenwart der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in ihren vielfältigen organisatorischen Ausprägungen systematisch gesammelt. Wissenschaftliche Publikationen über die deutsche Arbeiterbewegung und die Sozialgeschichte seit dem 18. Jahrhundert werden möglichst vollständig erworben; umfassend erworben wird ferner die sogenannte „Graue Literatur“, d. h. die Veröffentlichungen der SPD und der deutschen Gewerkschaften, ihrer Vorfeld- und Nebenorganisationen sowie sonstiger befreundeter Organisationen. Für Spurensucher und Ortsvereinshistoriker sind diese Materialien besonders wichtig, denn darunter befinden sich neben Ortsvereinsfestschriften, Wahlprogrammen und sonstigen Broschüren auch Parteizeitungen und Gewerkschaftszeitungen. Viele dieser Periodika, die sich oft nur in einem Exemplar in auswärtigen Bibliotheken erhalten haben, konnten in der Vergangenheit verfilmt werden und stehen den Benutzern nunmehr in Bad Godesberg oder per Fernleihe zur Verfügung. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Publikation:

Deutsche Arbeiterpresse auf Mikrofilm. Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1992.

Zur ausländischen und internationalen Arbeiterbewegung mit Schwerpunkt auf Westeuropa und Nordamerika werden die wissenschaftliche Standardliteratur sowie die zentralen Veröffentlichungen der wichtigsten Gewerkschaften und Parteien des linken Spektrums gesammelt. Im Rahmen des Sammelschwerpunktes Sozial- und Zeitgeschichte finden die Bereiche Geschichte der Unterschichten, bäuerliche Sozialgeschichte, bürgerliche Sozialgeschichte, Frauenbewegung, Wanderungsbewegungen, Demographie, Bildungs- und Erziehungsgeschichte, Alltagsgeschichte, Widerstandsbewegungen, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen, Alternativbewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung und sonstige emanzipatorische Bewegungen besondere Beachtung.

Neben diesem Sammelauftrag hat die Bibliothek auch die Aufgabe, die Literaturversorgung der Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung zu gewährleisten. Daher verfügt sie auch über nennenswerte Bestände zu den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik, Arbeits- und Sozialforschung, Technik und Gesellschaft, Frauenforschung und insbesondere Entwicklungspolitik.

Das Wachstum der Bibliothek seit 1969 beruht nicht nur auf der systematischen Sammeltätigkeit, sondern auch auf der in regelmäßigen Abständen erfolgenden Übernahme wertvoller geschlossener Bibliotheken befreundeter Organisationen. So konnte z. B. 1978 die Bibliothek der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden mit einem höchst seltenen Bestand an Zeitungen, Zeitschriften, Protokollen, Geschäftsberichten und Agitationsbroschüren aus der Zeit vor 1933 vereinnahmt werden. Von mindestens ebenso herausragender Qualität waren auch die Bibliothe-

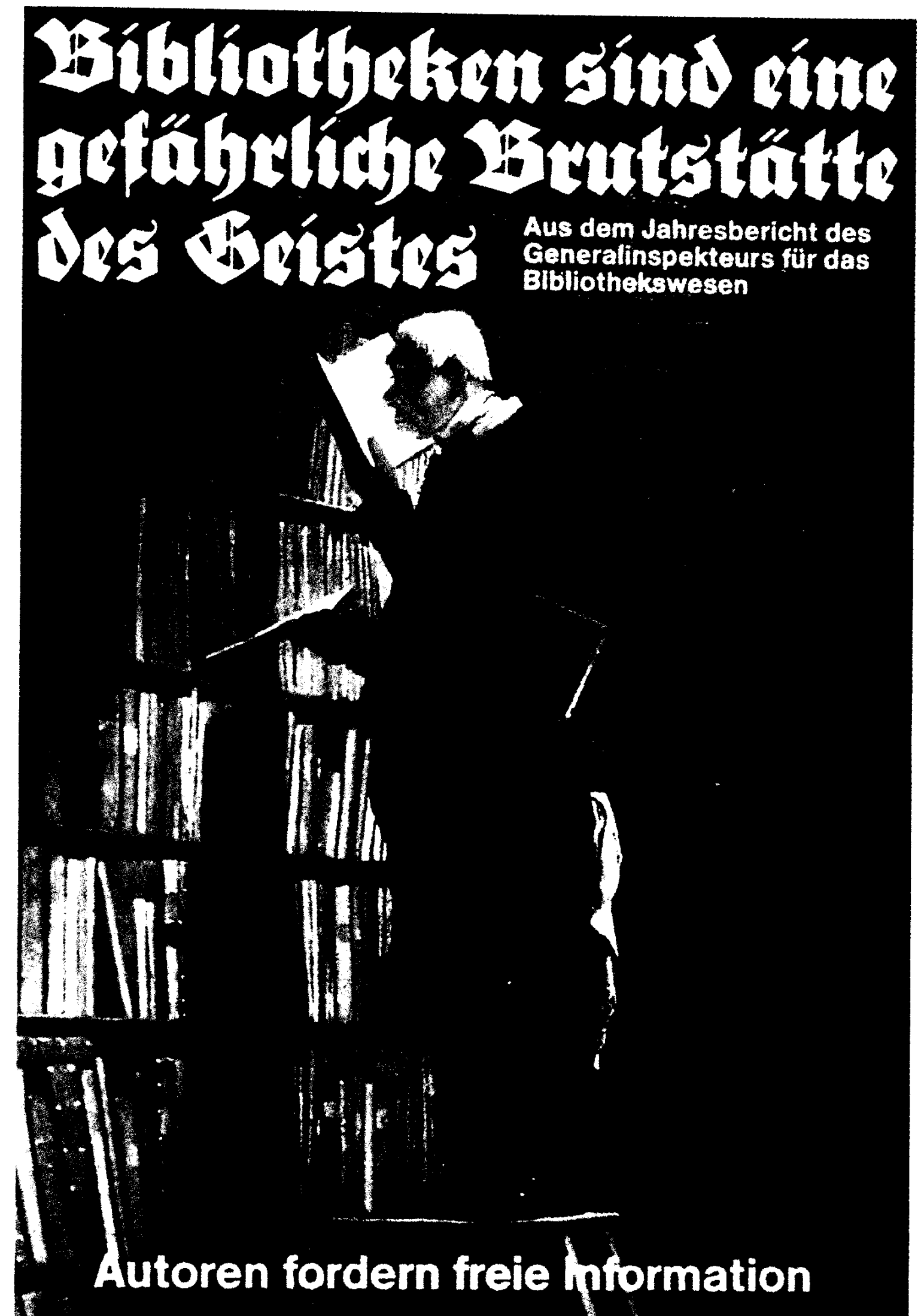


Abb. 18: Plakat und Postkarte von Klaus Staack, Heidelberg.



ken der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes und der Internationalen Grafischen Föderation. Geschlossene Bestände mit zahlreichen Unikaten konnten zur Geschichte der Arbeitersportbewegung, zu den Buchgemeinschaften der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, zur Geschichte des deutschen, französischen und internationalen Anarchismus, zur Französischen Revolution von 1848 und zur Pariser Kommune erworben werden. Mehrere tausend Bände zur Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokraten gelangten mit der Bibliothek der Seliger-Gemeinde Anfang der 90er Jahre in die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die meisten dieser Sonderbestände sind durch gedruckte Bestandsverzeichnisse zusätzlich erschlossen worden. Der größte Zuwachs aber war 1995 mit der Übernahme der 120 000 Bände zählenden Bibliothek des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu verzeichnen.

Die Bibliothek verfügt mittlerweile über mehr als 500 000 Bände (Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften usw.) und 50 000 Mikroformen (Filme und Fiches). Der jährliche Zuwachs beläuft sich auf ca. 10 000 – 12 000 Bände. Etwa 2 000 Zeitungen, Zeitschriften und sonstige Periodika werden laufend gehalten. Über 800 Zeitungen (historische und aktuelle) liegen auf Mikrofilm vor.

Der Bestand der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung wird durch einen EDV-Katalog erschlossen. Dieser ist auch über Internet erreichbar (URL: <http://www-fes.gmd.de/>). Die Periodikabestände werden an die Zeitschriftendatenbank gemeldet, die Monographien an den Gesamtalphabetischen Katalog des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Bestände der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung können entweder in Bonn-Bad Godesberg eingesehen werden oder aber per Fernleihe von einer sonstigen dem Leihverkehr angeschlossenen Bibliothek aus angefordert werden.

Die Bibliothek gibt jährlich die „Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und die „Bibliographie der

Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung“ heraus; die Zugangslisten „Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften“ und „Schriften zur ausländischen Arbeiterbewegung“ erscheinen unregelmäßig.

### **3. Spurensuche in Bibliotheken**

Bibliotheken werden für die historische Spurensuche meist weit unterschätzt. Vernichtung von Archivmaterialien in Kriegswirren oder durch die Nationalsozialisten hat dazu geführt, daß viele Quellen aus der Zeit vor 1945 ausschließlich in Bibliotheken überliefert worden sind.

Aber auch unabhängig davon sind die in Bibliotheken gespeicherten Informationen für historische Projekte meist unverzichtbar. Die wichtigsten Quellen sind Zeitungen, Mitgliederzeitschriften, gedruckte Protokolle, Jahrbücher, Geschäftsberichte, Broschüren und Bücher.

Bis 1933 verfügte die SPD über eine Vielzahl eigener Tageszeitungen. In jeder mittleren Kleinstadt erschien zeitweise täglich eine sozialdemokratische Zeitung. Oft stand sie in Konkurrenz nicht nur zu bürgerlichen Blättern, sondern auch zu Zeitungen der USPD und der KPD. In Frankfurt z. B. erschienen neben der sozialdemokratischen „Volksstimme“ das USPD-Organ „Volksrecht“ und die KPD-Zeitung „Arbeiterzeitung“. In einem umfangreichen Verzeichnis sind die SPD-Zeitungen nach Orten erfaßt:

Eisfeld, Gerhard und Kurt Koszyk: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. 2. Aufl. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1980.

Gerade für lokale SPD-Geschichte enthalten diese Regionalzeitungen eminent wichtige Informationen. Das beginnt mit Berichten über die Arbeit der Gemeindevertreter und der Par-

teivorstände, geht über Veranstaltungsprotokolle, Berichte über Streiks, Demonstrationen bis hin zu bloßen Veranstaltungsankündigungen, aus denen aber z. B. die Tagungsorte entnommen werden können. Auch das kulturelle Parteileben in den Vorfeld- und Nebenorganisationen der SPD wie den Arbeitersportorganisationen, der Arbeiterwohlfahrt oder dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird meist umfassend dokumentiert. Besonders interessant sind Jubiläumsartikel über Parteigliederungen (aus denen dann oft erst das Gründungsdatum erschlossen werden kann) und Veteranen der Arbeiterbewegung.

Selbst wenn an einem Ort keine SPD-Zeitung existierte, lohnt das Studium der bürgerlichen Zeitung, weil auch dort oft über die Aktivitäten der SPD berichtet wurde. So sind z. B. für die unmittelbare Nachkriegszeit nach 1945 die überparteilichen Tageszeitungen, die mit Lizenz der Besatzungsmächte erschienen, die einzigen Quellen, in denen sich die Daten der Wiedergründung örtlicher SPD-Gliederungen ermitteln läßt.

Mitgliederzeitschriften wurden vor allem von den Einzelgewerkschaften, den Organisationen der Arbeiterkultur- und Arbeitersportbewegung herausgegeben. Die Mitgliederzeitschriften wie z. B. „Der Grundstein“ (hrsg. vom Deutschen Bauarbeiterverband) oder die „Brauereiarbeiterzeitung“ (hrsg. vom Centralverband deutscher Brauereiarbeiter) zeichnen sich durch eine ungewöhnliche Dichte lokaler Meldungen aus. Zusammensetzungen von Gewerkschafts- und Vereinsvorständen, Meldungen über den Bau von Gewerkschafts- und Volkshäusern, kürzere Abhandlungen über Arbeits- und Lebensbedingungen findet man meist nur in den Mitgliederzeitschriften.

Viele der Zeitschriften sind durch Jahresregister erschlossen, die einen raschen und zuverlässigen Zugriff ermöglichen. Oft müssen allerdings ganze Jahrgänge durchgesehen werden.

Für die lokale Spurensuche sind vor allem die Jahrbücher der Einzelgewerkschaften interessant. Sie sind bislang für eine demokratische Heimatgeschichte kaum genutzt worden. Die sozialdemokratisch orientierte „freie“ Gewerkschaftsbewegung zählte zeitweise über 40 Einzelgewerkschaften. In ihren Jahrbüchern wurde seit Beginn des Jahrhunderts minuziös der Mitgliederbestand vermerkt, jeder Streik, jede Aussperrung, fast jeder friedlich verlaufende Lohnkonflikt wurde in den Jahrbüchern dokumentiert. Manche verlorene Spur kann man in den alten Bänden wiederfinden.

Zeitschriften, Zeitungen, Jahrbücher, Geschäftsberichte und Protokolle sind nachgewiesen in dem Standardwerk:

Eberlein, Alfred: Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegung von 1830 – 1982. Hrsg. von Alfred Eberlein. Bearb. von Ursula Eberlein. München u. a.: Saur, 1996, Bd. 1–8.

Wo finden sich nun die bibliothekarischen Quellen zur Aufarbeitung lokaler oder regionaler Partei- oder Sozialgeschichte? In der Bundesrepublik bestehen einige Spezialbibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Sozialgeschichte, die über unterschiedliche Schwerpunkte verfügen und nachfolgend kurz vorgestellt werden sollen:

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Bibliothek (SAPMO-Bibliothek)  
Finckensteinallee 63, 12205 Berlin, Tel. 0 30/8 43 50-3 61  
Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Donnerstag 9 – 19 Uhr,  
Freitag 9 – 16 Uhr  
Umfang: 1,3 Millionen Bände, Schwerpunkte: Deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, insbesondere KPD, SED und kommunistische Organisationen.

Die Bibliothek umfaßt die Bestände des ZK der SED, des Instituts für Marxismus-Leninismus, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, der Parteihochschule Karl Marx, der Zentralbibliothek des FDGB und der Gewerkschaftshochschule Bernau. Bedeutend ist vor allem der reiche Bestand an Protokollen, Geschäftsberichten und Zeitungen von Einzelgewerkschaften aus der Zeit vor 1933. Auch die Berichterstattung über sozialdemokratische Aktivitäten auf lokaler Ebene in der kommunistischen Presse ist von großem Interesse.

#### Stadtbibliothek Mönchengladbach

Blücherstraße 6, 41061 Mönchengladbach, Tel. 021 61/25 63 41

Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Freitag 8 – 21 Uhr; Fernleihe  
Umfang: 540 000 Bände, davon ca. 100 000 Bände der Bibliothek

des ehemaligen Volksvereins für das katholische Deutschland

Schwerpunkte: Christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die gedruckten Dokumente der bis 1933 bedeutenden christlichen Gewerkschaftsbewegung sind vom Volksverein für das katholische Deutschland gesammelt und später in die Stadtbibliothek Mönchengladbach überführt worden. In Industrieregionen mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil wie z. B. dem Rheinland, Teilen Bayerns, Badens, Württembergs und der Pfalz hat die christliche Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle gespielt. Hier findet sich die Gegenüberlieferung sozialdemokratischer Parteigeschichte aus christlicher Sicht.

#### Zentralbibliothek der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland

Wilhelm Leuschner-Straße 79-85, 60329 Frankfurt/Main

Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Freitag 9 – 15 Uhr

Umfang: 130 000 Bände

Schwerpunkte: Geschichte der Metallarbeitergewerkschaften.

#### Arbeiterkultur und Ökologie – Institut und Studienarchiv

Grüner Weg 31 a, 34225 Baunatal, Tel. 056 01/8 75 10

Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Freitag 9 – 12 Uhr  
und 14 – 16 Uhr

Umfang: ca. 10 000 Bände

Schwerpunkte: Arbeiterkultur- und Arbeiterfreizeitorganisationen; Geschichte der Naturfreunde; Ökologiebewegung.

#### Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick,

Tel. 023 68/5 59 93

Schwerpunkt: Arbeiterjugendbewegung.

#### Institut zur Erforschung der Geschichte der Europäischen Arbeiterbewegung – Bibliothek

Ruhruniversität Bochum, Postfach 102148, 44801 Bochum,

Tel. 02 34/7 00 61 86

Schwerpunkt: Geschichte der Arbeiterbewegung.

#### Bibliothek des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur

Ostwall 64, 44135 Dortmund, Tel. 02 31/50 – 2 32 27

Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Mittwoch 10 – 16 Uhr,

Donnerstag 10 – 17.15 Uhr, Freitag 10 – 12.30 Uhr

Umfang: ca. 50 000 Bände, darunter ca. 1300 Zeitschriften

Schwerpunkte: Arbeiterliteratur und Arbeiterkulturbewegung.

#### Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund

Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund,

Tel. 02 31/54 22 32 21

Benutzungsmöglichkeiten: Montag, Mittwoch,

Freitag 10 – 16 Uhr, Dienstag und Donnerstag 10 – 18.30 Uhr;

Fernleihe

Umfang: 60 000 Mikrofilme und 110 000 Bände, darunter 26 000

Bände Zeitungen

Schwerpunkte: Presse der Arbeiterbewegung und Exilpresse.

Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung und Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg  
Rentzelstraße 7, 20146 Hamburg, Tel. 0 40/41 23 55 32  
Benutzungsmöglichkeiten: Montag – Donnerstag 9 – 17 Uhr,  
Freitag 9 – 14 Uhr  
Umfang: 52 000 Bände  
Schwerpunkte: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Geschichte der NSDAP und des Antisemitismus.

Neben diesen Spezialbibliotheken finden sich in den großen Universitäts-, Landes- und wissenschaftlichen Stadtbibliotheken interessante Quellen zur regionalen Sozialgeschichte. Hier finden sich neben den bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften vereinzelt auch Periodika der Arbeiterbewegung. Das wichtigste Erschließungsinstrument dafür ist die Zeitschriftendatenbank, in der ermittelt werden kann, welche Zeitungen und Zeitschriften in welchen Bibliotheken vorhanden sind. Beschafft werden können die Dokumente über das nationale Fernleihsystem, dem alle wichtigen Bibliotheken angeschlossen sind. Die jeweilige Bibliotheksankunftsstelle wird jedem Interessenten sicher gern erklären, wie dieses System funktioniert.

Zu Beginn eines historischen Projekts ist es sinnvoll, sich darüber zu informieren, ob es zur lokalen oder regionalen Geschichte bereits interessante Veröffentlichungen z. B. zur Sozialstruktur, zu einzelnen Epochen oder Ereignissen der Stadt- oder Kreisgeschichte gibt. Darüber geben z. B. Regionalbibliographien Auskunft, die zu fast jeder Region der Bundesrepublik regelmäßig veröffentlicht werden und in den Bibliotheken greifbar sind. Als Beispiel seien hier die jährlich erscheinende Hessische Bibliographie und die Lippische Bibliographie genannt.

#### **4. „Archivlandschaft West“ – Archive in der alten Bundesrepublik**

Die Archivlandschaft West teilt sich in die historisch gewachsenen sog. klassischen Archivstrukturen und eine Vielzahl älterer und neuerer Spezialarchive, von denen eine Reihe nur durch das Engagement der Archivare bzw. kleinerer Organisationen als Träger bisher überleben konnte.

Die klassischen Archivstrukturen beruhen im wesentlichen auf zwei Grundsäulen: den Kommunal- oder Stadtarchiven und den staatlichen Archiven, angefangen vom Bundesarchiv, über die Hauptstaatsarchive/Landeshauptarchive bis zu den Staatsarchiven.

Das Bundesarchiv bewahrt die Altregistraturen der staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland und ihrer gesamten Vorläufer auf. Dazu gehören die Akten des Deutschen Reiches einschließlich der Quellen vor der Reichsbildung, z. B. des Vormärz und der Paulskirchenbewegung. Im Bundesarchiv befinden sich inzwischen auch zahlreiche Nachlässe von Frühsozialisten, Sozialdemokraten, Linksintellektuellen und Gewerkschaftern. Die Liste reicht von Viktor Agartz über Rudi Dutschke, Karl Gerold bis zu Alex Möller, Willi Richter und Rudolf Wissell.

Ein besonders großer Aktenzuwachs ist dem Bundesarchiv nach der Einigung durch die Übernahme des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs Potsdam und die Betreuung der neu gegründeten Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR zugefallen.

Die staatlichen Archive untergliedern sich in Hauptstaatsarchive oder Landeshauptarchive (in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg Staatsarchive, in Berlin Landesarchiv), in denen im wesentlichen die Akten der Landesregierungen und ihrer Vorläufer auf-



bewahrt sind, und in Staatsarchive, die das Archivgut der jeweiligen Bezirksregierungen/-verwaltungen sammeln. Hinzu kommen aufgrund der früheren Landesstrukturen das Generallandesarchiv in Karlsruhe (Baden) und das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Preußen). Unter den staatlichen Archiven besteht Abgabepflicht untereinander, d. h. je nach Zuständigkeit ist ein staatliches Archiv verpflichtet, ihm zugewachsene Fremdbestände an das jeweils zuständige staatliche Archiv abzugeben.

In den staatlichen Archiven befinden sich häufig die Nachlässe ehemaliger führender Landespolitiker, in jüngster Zeit aber auch Registraturen von regionalen Parteigliederungen (SPD-Bezirk Niederrhein) oder Gewerkschaften (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen) und sozialen Bewegungen (DFG-VK) – alle im Hauptstaatsarchiv Nordrhein-Westfalen.

Kommunal- oder Stadtarchive finden sich in fast jeder größeren Gemeinde oder Stadt. Diese Archive, die personell sehr unterschiedlich ausgestattet sind (entsprechend groß ist der Anteil des geordneten Archivgutes), spiegeln anhand ihrer Akten die gesamte Geschichte der Gemeinde und Region wider.

Besonders für die Zeit vor 1933 gilt, daß in den Kommunalarchiven (ähnlich wie in den Staatsarchiven) eine Fülle von Informationen über sozialdemokratische Ortsvereine, ihre Mitglieder und deren Lebensbedingungen vorhanden sind. Erinnert sei nur an die zahllos erhaltenen Polizei-, Gerichts- und Prozeßakten, die sich – z. B. vor 1918 – auf politische „Delikte“ von Sozialdemokraten bezogen. Hinzu kommen häufiger auch die Nachlässe berühmter Frauen und Männer der jeweiligen Stadt, seien es Elisabeth und Fritz Frerichs im Stadtarchiv Oldenburg, Andreas Gayk in Kiel, Gottfried Kinkel in Bonn, Walter Kolb in Frankfurt oder Thomas Wimmer im Stadtarchiv München.

Nun wäre es völlig unmöglich und rahmensprengend, hier darzulegen, welche Aktengruppen wo liegen könnten. Die deutsche Archivlandschaft ist aus historischen Gründen so unübersichtlich geworden, daß häufig selbst Fachhistoriker Überraschungen erleben.

Für den Laien daher folgende Faustregel: Man wende sich stets an das nächstgelegene kommunale Archiv und/oder Staatsarchiv (über die jeweilige Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung).

Dabei sollte man möglichst präzise Angaben zum Thema und den gesuchten Materialien machen. Zu berücksichtigen ist, daß Archive keine Dokumentationsstellen sind, die Material nach Schlagworten abrufen können, sondern in der Regel nach dem sog. Provenienzprinzip arbeiten. Das heißt, die Aktenbestände bleiben nach ihrer Herkunft zusammen, unter einzelnen thematischen Gesichtspunkten muß systematisch recherchiert werden. In der Regel werden Archivare auch bereit sein, die Interessenten auf die in Frage kommenden Unterlagen oder aber auf ein anderes (zuständiges) Archiv aufmerksam zu machen.

Neben den kommunalen und staatlichen Archiven sind in der Nachkriegszeit und insbesondere noch einmal in den letzten 20 Jahren eine Fülle von meist kleineren Spezialarchiven aufgebaut worden, von denen an dieser Stelle nur eine kleine Auswahl angesprochen werden kann.

Akten über die Emigration, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die ersten Jahre des Wiederaufbaus befinden sich vor allem in mehreren Spezialarchiven Westdeutschlands, die meist mit dem Aufbau von Forschungsprojekten über diesen Zeitraum entstanden sind.

In Hamburg sei hier die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte

und Arbeiterbewegung/Archiv (Schulterblatt 36, 20357 Hamburg) erwähnt. Dort werden neben Organisationsakten auch Nachlässe Hamburger Nachkriegspolitiker wie Willi Elsner aufbewahrt.

In München hat das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (Leonrodstraße 46b, 80636 München) systematisch Nachlässe von Emigranten aus der Zeit des Nationalsozialismus gesammelt, unter ihnen bekannte Namen wie Walter Hammer, Karl B. Frank, Konrad Heiden und Wilhelm Hoegner.

In Frankfurt sammelt das Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstands (Rossertstraße 9, 60323 Frankfurt) Materialien über den Widerstand, die Deutsche Bibliothek beherbergt in ihrer Handschriftenabteilung Nachlässe berühmter Emigranten wie Wilhelm Sternfeld und Karl Retzlaw.

Akten und Materialien zur Arbeiterdichtung, darunter viele Nachlässe, befinden sich im Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur (Ostwall 64, 44135 Dortmund). Lagern hier meist Bestände von Dichtern aus dem Ruhrgebiet, so befinden sich eine Reihe politisch relevanter Schriftsteller-Nachlässe (wie z. B. Kurt Tucholsky, Ernst Toller) im Deutschen Literaturarchiv/Schiller-Nationalmuseum (Schillerhöhe 8 – 10, 71672 Marbach).

Bestände der deutschen Arbeiterjugendbewegung sammelt das Archiv der Arbeiterjugendbewegung (Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick), daneben aber auch das Archiv der deutschen Jugendbewegung (Burg Ludwigstein, 37214 Witzenhausen).

Zum Komplex Frauenbewegung sind in den letzten Jahren in einer Reihe von Großstädten Forschungsstätten mit kleineren Dokumentationszentren aufgebaut worden. Auf die längste Erfahrung können sich die Frauen des Archivs der ersten deutschen Frauenbewegung e.V., Bibliothek und Studienzentrum (Sommerweg 1B, 34125 Kassel) stützen.

Nachdem immer mehr Gewerkschaftsarchivalien im AdsD konzentriert sind, hat sich auch die Zahl der Gewerkschaftsarchive verringert. Immerhin verfügen die großen Gewerkschaften über eigene Archive, die IG Metall (Lyoner Straße 32, 60528 Frankfurt), IG Bergbau (Alte Hattinger Straße 19, 44789 Bochum) und IG Chemie (Königsworther Platz 6, 30167 Hannover) seit längerer Zeit, die ÖTV (Theodor-Heuss-Straße 2, 70174 Stuttgart) seit kurzem.

Wer vor Ort oder in der Region über die wirtschaftliche und soziale Lage arbeiten will, sollte sich die Mühe machen zu prüfen, wo in dieser Region ein Wirtschaftsarchiv existiert. In fast allen Bundesländern gibt es regionale Wirtschaftsarchive oder überregionale Archive verschiedener Wirtschaftszweige. Erwähnt werden sollen hier das Bergbau-Archiv beim Deutschen Bergbaumuseum (Am Bergbaumuseum 28, 44791 Bochum) und das Wirtschaftsarchiv und die Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft (Düsternbrooker Weg 120, 24105 Kiel), wo eine der größten Sammlungen „grauer Literatur“ zum Komplex Arbeiterbewegung und Ökonomie lagert.

Zu erwähnen bleibt, daß viele Industrie- und Handelskammern in der Region ebenso über eigene Archive verfügen wie größere Firmen, Banken und Konzerne an ihrem Stammsitz.

Schließlich sei auf die Vielzahl der Medienarchive hingewiesen. Sie reichen von den großen Archiven der Fernseh- und Rundfunkanstalten, über Filmarchive und Landesbildstellen bis zu zahlreichen Zeitschriften- und Zeitungsarchiven, die sich fast immer vor Ort über die Zentralen der lokalen oder regionalen Zeitungen aufspüren lassen.

Hier findet man fast immer alle Zeitungsausgaben und sehr oft zusätzlich themen- und personenbezogene Dokumentationen bzw. Sammlungen.

Bleibt abschließend zu erwähnen, daß der Deutsche Bundestag, der Bundesrat und alle Länderparlamente bei ihrem Sitz eigene Archive eingerichtet haben, in denen die Parlamentstätigkeit ausführlich dokumentiert wird.

#### ● Weitere Parteiarchive (außer SPD):

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Tel. 022 41/2 46-0).

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1 25 82 79.

Archiv des deutschen Liberalismus (Theodor-Heuss-Straße 26, 51645 Gummersbach, Tel. 022 61/30 02-4 01).

Grünes Gedächtnis. Archiv im Stiftungsverband Regenbogen (Römerstraße 71, 53332 Bornheim-Widdig, Tel. 022 36/5 92 36).

### 5. „Staatliche“ und „politische“ Archivlandschaft in den neuen Bundesländern

#### ● Zwei Zäsuren: 1945/46 und 1989/90

Eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der SPD war der Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone im Frühjahr 1946. Die „Zwangsvereinigung“ bedeutete zugleich die „Enteignung“ sozialdemokratischer Überlieferungen durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Die folgende Darstellung zur Neuordnung des Archivwesens in den neuen Bundesländern soll helfen, diese Quellen wiederzufinden.

Der Ausblick gilt der zweiten Zäsur in der jüngsten Parteigeschichte: der Zeit des politischen Umbruchs, der Neugründung der Sozialdemokratie in der DDR 1989/90 und deren Überlieferung.

#### ● Auf der Suche in staatlichen Archiven

Die politische Wende der Jahre 1989/90 hat auch die Archivlandschaft der DDR verändert. Eine große Zahl zentraler und regionaler Staatsorgane, Einrichtungen der Parteien, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen, Wirtschaftsverwaltungen, volkseigener Kombinate und Betriebe, hörte auf zu bestehen. Manches an schriftlicher Überlieferung aus den Registraturen und Verwaltungsarchiven ist in den Wirren des Umbruchs bewußt vernichtet worden oder aus Unachtsamkeit verlorengegangen.

Trotz der enormen Probleme ist es gelungen, wesentliche Teile der Geschichtsquellen, die bei der SED, den Massenorganisationen, bei der Staatssicherheit und im staatlichen Bereich angefallen sind, zu sichern. Diese Quellen dienen der Erforschung der SBZ/DDR-Geschichte und sind eine Voraussetzung für die notwendige Aufarbeitung der SED-Herrschaft und ihrer Folgen.

Mit dem Einigungsvertrag vom 23. September 1990 wurde die zentral geleitete Archivorganisation der DDR in das in der Bundesrepublik vorherrschende föderale System mit kommunaler Selbstverwaltung eingegliedert. Die Neuordnung der Zuständigkeiten für die Archivbestände im staatlichen Bereich (einschließlich die SED-Bestände) erfolgte nach dem dreistufigen Verwaltungsaufbau Bund – Länder – Gemeinden.

#### ● Die Sicherung der zentralen staatlichen Überlieferungen

Im Interesse der raschen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit war der Gesetzgeber in Bund und Land vor allem darauf bedacht, sicherzustellen, daß das aus der Zeit von 1945 bis 1990 über-

nommene Archivgut der ehemaligen DDR vollständig erhalten bleibt, vor Mißbrauch geschützt und nutzbar gemacht wird.

Mit der Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 wurden die rechtlichen Grundlagen für die Zuständigkeit und die künftige Behandlung aller zentralen staatlichen Überlieferungen der DDR geschaffen – und die Mitverantwortung der fünf neu entstehenden Länder für die Sicherung und Erhaltung des staatlichen Schriftgutes der regionalen und lokalen Ebene festgeschrieben. Ausdrücklich eingeschlossen in diese Regelungen des Bundesarchivgesetzes sind die Überlieferungen der SED, der sog. Blockparteien und sonstigen gesellschaftlichen Massenorganisationen der DDR, soweit sie die „Wahrnehmung staatlicher Aufgaben“ betreffen.

Danach stehen die auf zentraler Ebene entstandenen Unterlagen im Eigentum des Bundes und in der Zuständigkeit des Bundesarchivs. Das Zentrale Staatsarchiv der DDR Potsdam wurde so zum „Bundesarchiv, Abteilung Potsdam“ (inzwischen in das Bundesarchiv in Berlin überführt). Es ist hauptsächlich zuständig für das Schriftgut der Staatsorgane.

Die „Gauck-Behörde“ verwahrt das Archiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit (MfS/MfNS). Die Zuständigkeit für dieses Schriftgut, vor allem durch Aktivitäten von Bürgerkomitees dem Vernichtungsbeschluß des DDR-Ministerrats vom Dezember 1989 entzogen, wurde wegen der besonderen Bedeutung dieses Materials und entsprechend den Forderungen der Bürgerbewegung nicht dem Bundesarchiv, sondern einem Sonderbeauftragten der Bundesregierung (Joachim Gauck) übertragen.

Das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)“ vom 20. Dezember 1991 regelt die Er-

fassung, Erschließung, Verwaltung und Verwendung dieser Unterlagen. Dazu gehören nicht nur personenbezogene Akten, sondern zum Teil Sachakten (Lageberichte, Strukturpläne usw.), die in größerem Umfang noch gar nicht aufgearbeitet und daher nicht einzusehen sind. Die „Gauck-Behörde“ ist darüber hinaus ermächtigt, Unterlagen, die die Stasi aus vielen Bereichen bis in die Nazi-Zeit zurück und vor allem aus Gerichten und Staatsanwaltschaften zusammengetragen hat, den öffentlichen Archiven vorzuenthalten und als Stasi-Unterlagen zu behandeln.

Inzwischen verwahrt die Gauck-Behörde mit Sitz in Berlin und 14 Außenstellen allein 180 Regalkilometer Schriftgut (9 km davon allein Karteien!), zu dem nicht nur personenbezogene Unterlagen gehören: über eine Million Fotopositive und -negative, Dias, 4000 Videokassetten und Filmspulen, über 180 000 Tonbänder und Schallplatten befinden sich gleichfalls in den Beständen.

Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
Glinkastraße 35, 10117 Berlin

### ● **Zentrale Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen**

Die im Bundesarchiv errichtete Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) hat Anfang 1993 ihre Arbeit aufgenommen. Die SAPMO vor allem verwahrt wesentliche Quellen, die für die Aufarbeitung der SED-Herrschaft bedeutsam sind. Dort befinden sich seit Januar 1993 die Bestände des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der SED mit ca. 5000 Metern Schrift- und Sammelgut sowie deren Bibliothek. Ebenso verfügt die Stiftung über die Archivalien und die Bibliothek des FDGB, des Archivs der FDJ (seit 1994) sowie weiterer gesellschaftlicher Organisationen der DDR.



Das zentrale Parteiarchiv der SED birgt u. a. neben den Beständen „Zentralkomitee der SED“ (1946 – 1989) und „Internes Archiv des Politbüros“ die Bestände „Deutsche Sozialdemokratie“ (und Nebenorganisationen) 1863 – 1946 – sofern sie NS- und Kriegszeit überstanden haben (darunter teilweise auch Ostberliner SPD-Kreise bis zu deren Auflösung 1961) –, das „Historische Archiv der KPD“ (1918 – 1946), Nachlässe verstorbener führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung und der SED sowie Unterlagen aus der internationalen Arbeiterbewegung. Das FDGB-Archiv weist eine ähnliche, wenn auch bei weitem nicht so dichte Struktur auf. Das FDJ-Archiv beschränkt sich vorwiegend auf die Zeit nach 1945.

Für die Benutzung der bei der SAPMO verwahrten Archivalien ist die 30-Jahre-Sperrfrist des Bundesarchivgesetzes generell außer Kraft gesetzt.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)

– Archiv –

Finckensteinallee 63, 12205 Berlin

Tel. 0 30/8 43 50-2 22

Die Überlieferungen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der Christlich-Demokratischen Union (Ost-CDU) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) werden nicht von der SAPMO, sondern vom Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach bzw. dem Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin verwaltet.

### ● Regionale Überlieferungen

Folgt man dem dreistufigen Verwaltungsaufbau Bund – Länder – Gemeinden, so bestanden grundsätzlich Ansprüche der neuen Länder und Gemeinden auf die Überlieferung der SED, sonstiger

Parteien und Massenorganisationen auf regionaler und lokaler Ebene. Die umfangreiche Aufgabe der Sicherung dieses Archivguts fiel aber aufgrund der seit 1992 neu geschaffenen Landesarchivgesetze pauschal den Ländern zu.

Dies wird nachvollziehbar (wenn auch aus Sicht der kommunalen Archive nicht unbedingt verständlich) auf dem Hintergrund der regionalen SED-Archivorganisation der ehemaligen DDR: Zu DDR-Zeiten waren die SED-Bezirksparteiarchive „Endarchive“ sowohl für die Bezirksleitungen (seit 1952) als auch für Kreisleitungen, (ausgewählte) abgabepflichtige Ortsleitungen und Grundorganisationen der SED.

In den ehemaligen SED-Bezirksarchiven waren nicht nur Überlieferungen der KPD/SED (ab 1945), sondern auch regionale und lokale Überlieferungen der SPD in der SBZ (1945/1946) verborgen. Diese können jetzt genutzt werden!

Neben den regionalen staatliche Akten (im engeren Sinne) sind die Überlieferungen der SED aus den Jahren 1945 bis zur Auflösung der Länder 1952 in die Landeshaupt- bzw. Hauptstaatsarchive in Dresden, Weimar, Magdeburg, Potsdam und Schwerin eingegangen. Im Laufe der Jahre 1992 und 1993 konnten zudem „Einbringungsverträge“ zwischen den Ländern und der PDS unterzeichnet werden, denen zufolge die früheren (1952 errichteten) SED-Bezirksparteiarchive in die Landesarchive überführt wurden. So übernahm z. B. das Brandenburgische Landeshauptarchiv insgesamt 2000 laufende Meter Akten aus den ehemaligen SED-Bezirksparteiarchiven Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam. Die Benutzung dieser Archivalien ist bereits seit Sommer 1992 möglich.

Zum großen Teil sind die Bestände der früheren SED-Bezirksparteiarchive schon vor 1989/90 verhältnismäßig gut erschlossen worden. Für die Spurensuche ist der Einstieg recht einfach: In der DDR erfolgte die Bildung der Aktenbestände aller Bezirkspartei-

teiarhive auf der Grundlage des Einheitsaktenplans der SED. Diese einheitliche Gliederung sowie Findhilfsmittel sind übernommen worden.

Beständegliederung SED-Bezirksparteiarhive (Modell):

Abt. I: KPD-Bezirksleitung und Kreisleitungen (1945 – 1946)

Abt. II: SPD-Landesvorstand/Bezirksvorstand und Kreisvorstände (1945 – 1946)

Abt. III: Aktions- und Arbeitsgemeinschaft der KPD und SPD (1945 – 1946)

Abt. IV: SED-Landesleitung (1946 – 1952), -Bezirksleitung (1952 ff.), Kreis- und Ortsleitungen, ausgewählte Grundorganisationen (1952 ff.)

Abt. V: Sammlungen, Erinnerungen, Nachlässe (Bildarchiv, Plakatsammlung, Tonträger, Filme, Erinnerungen von KPD-, SED-, auch SPD-Mitgliedern, Nachlässe von Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, Broschüren, wissenschaftliche Arbeiten)

Ein Spezifikum weist das frühere SED-Bezirksarchiv Berlin (jetzt bei der SAPMO) auf, in dem sich außer SPD-Akten aus der Zeit 1945 – 1946 (Zentralauschuß der SPD und SPD-Groß-Berlin) auch die Akten der bis 1961 existierenden Ost-Berliner SPD-Kreise befinden.

Leider konnten die von den Ländern übernommenen Bezirksparteiarhive der SED nicht zentral zusammengeführt werden, sondern wurden (ebenso wie die staatlichen Bezirksakten) jeweils auf die zuständigen Hauptstaatsarchive/Landeshauptarchive und deren entsprechend regional zuständige Außenstellen/selbständige Staatsarchive aufgeteilt (Beispiel Thüringen: Hauptstaatsarchiv Weimar, Staatsarchive Meiningen und Rudolstadt). – Die Benutzung der SED-Bestände erfolgt in den staatlichen Archiven der Länder auf der Grundlage der jeweiligen Benutzungsordnung. Entsprechend den Landesarchivgesetz-

zen bestehen – außer für personenbezogene Daten – keine Sperrfristen.

Sächsisches Hauptstaatsarchiv  
Archivstraße 14, 01097 Dresden

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt  
Hegelstraße 25, 39104 Magdeburg

Thüringisches Hauptstaatsarchiv  
Marshallstraße 2, 99423 Weimar

Mecklenburgisches Landeshauptarchiv  
Graf-Schack-Allee 2, 19053 Schwerin

Brandenburgisches Landeshauptarchiv  
An der Orangerie, 14469 Potsdam

### ● Lokale Überlieferungen

Als staatliche Archive auf lokaler Ebene gab es 1987 in der DDR flächendeckend 191 Kreis- sowie 27 Stadtarchive. Die Stadtarchive waren zuständig für das Archivgut der Räte der Städte und ihrer Einrichtungen sowie der diesen unterstellten Betriebe der örtlichen Wirtschaft. Die Kreisarchive entstanden im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform in der DDR, in deren Verlauf 1952 die Bezirke gebildet wurden und eine Neuordnung der Kreise stattfand. Sie waren zuständig für das Archivgut der seit 1952 bestehenden Räte der Kreise und der ihnen unterstellten Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie derjenigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die kein eigenes Archiv unterhielten.

Diese Archive sind nach der Wende in die kommunale Selbstverwaltung übergegangen. Nach wie vor besteht die gute Ausstattung großer, traditionsreicher Stadtarchive, zahlreiche Kommunalar-

chive wurden neu eingerichtet. Gemeinden, die die Anforderungen an Personal, Raum und Ausstattung nicht erfüllen können, werden, nach den bisherigen Erfahrungen, mit anderen Kommunen gemeinsame Archive unterhalten oder die Möglichkeiten auf Kreisebene nutzen.

### ● Probleme für die Spurensuche in kommunalen Archiven:

Die Kreisgebietsreformen in den neuen Bundesländern (Bildung von Verwaltungsgemeinschaften, Eingemeindungen von Ortschaften bzw. die Bildung neuer Kreise) haben erneut in starkem Maße die Organisation und Zuständigkeiten in der kommunalen Archivlandschaft beeinflusst: Kreisarchive können die Funktion von „Großarchiven“ für mehrere alte Kreise erfüllen, alte Kreisarchive als Außenstellen fortgeführt werden (entscheidend: die angespannte Raum- und Personalsituation). Einzelne Städte (Beispiele: Halberstadt, Tangermünde) haben aber auch ihre Archive aus dem Kreisarchiv zurückgeholt.

Insgesamt ist zur Zeit die Lage der lokalen Archive noch nicht allzu übersichtlich. Mißlich ist, daß oft selbst der Verbleib lokaler SED-Parteiakten (und damit „verbunden“ möglicher SPD-Überlieferungen) bisher nicht geklärt werden konnte. Die Unterlagen der SED-Kreisleitungen und -Grundorganisationen sind – wie geschildert – in den Beständen der früheren SED-Bezirksparteiarchive zu finden, vereinzelt lagern sie aber auch in Kreis-, Stadt- oder Gemeindearchiven. Schließlich wird der Verbleib der lokalen SED-Überlieferungen in den Staatsarchiven der Länder von kommunalen Archiven immer noch in Frage gestellt. Bestandsrückforderungen einzelner Stadtarchive können neue Herausforderungen für die Suche nach sozialdemokratischen Spuren in der SBZ/DDR-Geschichte bedeuten!

Die kommunalen Archive haben große Anstrengungen unternommen, um das Schriftgut aufgelöster Behörden, Organe, Be-

triebe und Einrichtungen zu übernehmen. Ein besonderes Problem auf örtlicher Ebene stellen die Archive früherer „volkseigener“ Betriebe und Kombinate dar: Während diese Betriebe zu DDR-Zeiten ihre Unterlagen regelmäßig an die zuständigen staatlichen Archive abliefern mußten, gilt das für die heute privatisierten Unternehmen nicht mehr. Die zum Zeitpunkt der Privatisierung noch im Geschäftsgang befindlichen – ebenso wie die entgegen den Bestimmungen nicht abgelieferten – Unterlagen der ehemaligen staatlichen Betriebe sind infolgedessen heute in privater Hand und damit nicht nur von gewachsenen Überlieferungen in den staatlichen Archiven getrennt, sondern generell der öffentlich-rechtlichen Archivgesetzgebung entzogen – ein Zustand, der sich auf die Aufarbeitungen zur örtlichen Betriebsgeschichte der Wendezeit außerordentlich negativ auswirken könnte. – Die Unterlagen der zahlreichen liquidierten Unternehmen wurden in speziellen von der Treuhandanstalt verwalteten Aktendepots gesammelt und damit zunächst notdürftig gesichert.

### ● Der Verbleib von Ton- und Filmdokumenten

Ton- und Filmdokumente geben die Atmosphäre und das spezielle Flair der Zeit oft lebendiger wieder als schriftliche Dokumente. Die Hinterlassenschaft des Rundfunks und des Fernsehens der DDR wurde vom Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) in Frankfurt am Main (Bertramstraße 8, 60320 Frankfurt a. M., Tel. 069/15 67 80) übernommen. Die Sammlung umfaßt mehr als 100 000 Filmbänder, 36 000 Geräuschaufnahmen, 5,2 Millionen Presseauschnitte. Die Materialien lagern zum Teil im Gebäude des ehemaligen Fernsehfunks der DDR in Berlin-Adlershof. Auch das politische Bandarchiv des RIAS verfügt über umfangreiche Mitschnitte der DDR-Sender (DeutschlandRadio Marketing GmbH, Raderberggürtel 40, 50968 Köln, Tel. 02 21/37 30 13). Auch andere Rundfunk- und Fernsehsender haben Archive, die auf Nachfrage Filmausschnitte und Tondokumente zur Verfügung stellen. Teilweise erheben sie dafür Gebühren. Die Schallplattensammlung der Phonotheek der

Berliner Stadtbibliothek verfügt über insgesamt 67 000 Tonträger, darunter eine annähernd vollständige Sammlung der Veröffentlichungen aus der DDR-Zeit. Die Ausleihe ist kostenlos. Das Überspielen auf Kassette ist problemlos möglich und ebenfalls gebührenfrei (Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 35, 10178 Berlin, Tel. 0 30/2 02 86-4 01). Die Bestände der DEFA hat das Filmarchiv im Bundesarchiv übernommen: Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin (Tel. 0 30/86 81-1).

Das Filmarchiv leiht – sofern vorhanden – Videokassetten kostenlos für nichtgewerbliche Zwecke aus. Im Hause selbst sind Filmvorführungen im kleinen Kreis möglich.

Bilddokumente: Das ehemalige IML verfügte über eine umfangreiche Fotosammlung, die ebenfalls in den Bestand der SAPMO übergegangen ist. Allerdings verlangt das Archiv hohe Summen für das Abdruckrecht.

### ● Spezialarchive

Neben den bereits aufgeführten allgemeinen Archiven, die Aktengut aus der DDR aufbewahren, gibt es eine Reihe von kleineren Initiativen, die aus der Bürgerbewegung hervorgegangen sind und Dokumente zur DDR-Opposition sammeln, so u. a.:

Robert-Havemann-Archiv

Schliemannstraße 23

10437 Berlin

Tel. 0 30/4 45 65 03

Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9.30 – 15.30 Uhr

Benutzung nach telefonischer Vereinbarung.

Das Archiv wird von der Robert Havemann-Gesellschaft e.V. geleitet. Es wurde im Mai 1994 eröffnet und betreut den schriftlichen Nachlaß Havemanns, sammelt die Publikationen von und über Havemann, Dokumente aus anderen Archiven, u. a. 300 Bände aus

den Beständen des MfS (in Vorbereitung), Unterlagen aus den Gestapo-Akten, Fotos etc. Das Archiv sammelt außerdem die Unterlagen des Neuen Forums und der Initiative Frieden und Menschenrechte, die Akten des Runden Tisches, Materialien der Bürgerbewegung, Dokumente der Stasi-Auflösung.

Matthias-Domaschk-Archiv

Schliemannstraße 23

10437 Berlin

Tel. 0 30/4 46 48 44

Öffnungszeiten: Dienstag 16.00 – 21.00 Uhr

und Donnerstag 10.00 – 15.30 Uhr

Benutzung nach telefonischer Vereinbarung.

Dieses Archiv wurde 1992 als unabhängiger Teil der Umwelt-Bibliothek gegründet und gliederte sich 1993 der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. an. Das Archiv verfügt über umfangreiche Bestände aus der DDR-Opposition.



## IX. Bibliographie

### 1. Einführende Gesamtdarstellung

Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945; Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven, Michael Schneider, Detlev J. K. Peukert; hrsg. von Ulrich Borsdorf unter Mitarb. von Gabriele Weiden. Mit einem Vorwort von Ernst Breit und Ilse Brusis. Köln 1987, Bund-Verlag, 600 S., ISBN 3-7663-0861-0.

Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung: Darstellung, Chroniken, Dokumente; die vorliegenden Lern- und Lehrmaterialien sind Ergebnis eines Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung; hrsg. unter Leitung von Thomas Meyer .... Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, ISBN 3-87831-466-3, 2. Aufl. 1988, Bd. 1 – 4.

Miller, Susanne; Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1948 – 1990; Bonn 1991, Dietz-Verlag, 7., überarbeitete und erw. Auflage, 539 S., ISBN 3-87831-350-0.

Osterroth, Franz: Biographisches Lexikon des Sozialismus. Mit einem Vorwort von Erich Ollenhauer. Hannover 1960, Dietz-Verlag, 368 S.

Osterroth, Franz: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Franz Osterroth; Dieter Schuster. Berlin u. a. 1975 – 1978, Dietz-Verlag, Internationale Bibliothek, Bd. 1-3: 1. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 1975, 220 S.; 2. Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. 1975, 452 S.; 3. Nach dem Zweiten Weltkrieg. 1978, 854 S.

Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn 1989, Dietz-Verlag, 528 S.; ISBN 3-8012-0143-0.

### 2. Einzeldarstellungen in Auswahl (zitierte Literatur)

Die andere Stadtrundfahrt. Braunschweig 1933 – 1945. Hrsg. Jugendring Braunschweig e.V., Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., Braunschweig 1987, JURB-Verlag, 48 S., 1 Beilage  
ISBN 3-9801592-0-5.

Anstiftung zur Gewaltlosigkeit, Herbst '89 in Magdeburg. Gebete um gesellschaftliche Erneuerung, Demonstrationen, Dokumente, Erinnerungen. Hrsg. von der Beratergruppe Dom des Gebetes um Gesellschaftliche Erneuerung im Magdeburger Dom, Magdeburg 1991, Impuls-Verlag, 350 S.,  
ISBN 3-910146-03-1, ISBN 3-910146-02-3.

Bauer, Walter; Mahler, Elke: Kennen Sie das andere Nürnberg? Ein antifaschistischer Stadtführer. Nürnberg 1994, Libresso-Verlag, 127 S., ISBN 3-930707-00-4.

Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte. Hrsg. Wolfram Fischer-Rosenthal, Opladen 1995, Westdeutscher Verlag, 478 S., ISBN 3-531-12555-9.

Frauen in Marburg. Hrsg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Hessen, Kreis Marburg-Biedenkopf. Red. Godela Rilling-Linde 1990, Marburg, Bd. 1 – 2, 1990 – 1993.

Gröf, Wolfgang: „In der frischen Tradition des Herbstes 1989“. Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit. Bonn 1996, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, ) 84 S.;  
ISBN 3-86077-521-9.

Hanauer Stadtführer. Dreißig Stätten demokratischer Geschichte und antifaschistischen Widerstandes. Angelika Cipá u.a., Hrsg.

VVN, Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Main-Kinzig, Frankfurt/M. 1983, Röderberg-Verlag, 62 S., ISBN 3-87682-772-8.

Hase-Mihalik, Eva von; Kreuzkamp, Doris: Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen. Zwangslager für Sinti und Roma während des Nationalsozialismus in Frankfurt am Main. Frankfurt/M. 1990, S. Brandes und Apsel-Verlag, 156 S., ISBN 3-925798-94-3.

Heise, Ruth: Frauen im Nienburger Rathaus. Zum 70. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts. Nienburg 1988, Stadtarchiv Nienburg, Beiträge zur Nienburger Stadtgeschichte, 16 S.

Leipziger Demontagebuch. Demo, Montag, Tagebuch, Demontage. Zugest. und mit einer Chronik von Wolfgang Schneider, Leipzig u. a. 1990, G. Kiepenheuer-Verlag, 184 S., ISBN 3-378-00420-7.

Motschmann, Josef: Es geht Schabbes ei. Vom Leben der Juden in einem fränkischen Dorf. Hrsg. vom SPD-Kreisverband Lichtenfels, Lichtenfels 1988, 115 S.

Motschmann, Josef: Der Leidensweg der Juden am Obermain. Vom Ende der jüdischen Gemeinden in Lichtenfels, Burgkunststadt und Altenkunstadt in den Jahren 1933 – 1942. Hrsg. vom SPD-Kreisverband Lichtenfels, Lichtenfels 1983, 40 S.

Schmitter, Peter: Geschichte der Alpener Juden. Dokumente vom Alpener Beginn bis zum Leidensweg in der NS-Zeit. Hrsg. SPD-Ortsverein Alpen, Alpen 1986, Theuvsen-Verlag, 147 S., ISBN 3-9801378-0-5.

Stadtbuch Peine. Ein Stadtbegleiter durch das „alltägliche Peine“. Zusammengetragen, recherchiert und redigiert von Frank Krebsdzio und Hannelore Renners. Hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Zweigbüro Peine u. a., Peine 1989, Peiner Einblicke 2, 68 S.

Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten. Hrsg. von Peter Lösche, Michael Scholing, Franz Walter, Berlin 1988, Colloquium-Verlag, 408 S., ISBN 3-7678-0741-6.

Zum Ursprung der Frankfurter Frauenbewegung. Stationen einer Stadtbesichtigung. Zugest. von Renate Wolter-Brandecker und Hilde Kremer, Hrsg. Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Frankfurt und Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1988, 56 S.

### 3. Bibliographien und Archivführer

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bestandsübersicht. Texte: Hans-Holger Paul und Gisela M. Krause, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1994, 63 S., ISBN 3-86077-233-3.

Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Dietz-Verlag und Verlag Neue Gesellschaft, ISSN 0343-4117.

Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863 bis 1914. Berichtszeitraum 1945 bis 1975. Hrsg. Klaus Tenfelde, Gerhard A. Ritter, mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung, Bonn 1981, Verlag Neue Gesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 8, 687 S., ISBN 3-87831-324 – 1.

Dowe, Dieter: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Mit einer Einleitung, Berichtszeitraum 1945 – 1975, 3. wesentlich erw. und verb. Auflage, bearbeitet von Volker Mettig, Bonn 1981,

Verlag Neue Gesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 5, 358 S., ISBN 3-87831-210-5.

Eberlein, Alfred: Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegung von 1830 – 1982. Hrsg. von Alfred Eberlein, bearb. von Ursula Eberlein. München u. a. 1996, Saur-Verlag, Bd. 1-8, ISBN 3-598-23280-2.

Eisfeld, Gerhard; Koszyk, Kurt: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. 2., überarb. und erw. Auflage. Bonn 1980, Verlag Neue Gesellschaft, X, 433 S., ISBN 3-87831-325-X.

Günther, Klaus; Schmitz, Kurt Thomas: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik 1945 – 1975. Eine Bibliographie. 2., wesentl. erw. und verb. Auflage, bearbeitet von Volker Mettig, Bonn 1980, Verlag Neue Gesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 6, 222 S., ISBN 3-87831-228-8.

Klotzbach, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 – 1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einführung. 3., wesentl. erw. und verb. Auflage, bearbeitet von Volker Mettig, Bonn, 1981, Verlag Neue Gesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 2, 394 S., ISBN 3-87831-181-8.

Paul, Hans-Holger: Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin. Saur-Verlag, München 1993, X, 996 S., ISBN 3-598 – 11104-5.

Stamm, Christoph: Regionale Fest- und Gedenkschriften der deutschen Arbeiterbewegung. Annotierte Bibliographie von Fest-, Gedenk- und ähnlichen Schriften regionaler und lokaler

Organisationsgliederungen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenbewegung bis 1985. Mit Standortangaben. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1987, XIX, 577 S.; ISBN 3-87831-450-7.

#### **4. Festschriften, Chroniken in Auswahl** (*zitierte Literatur*)

110 Jahre SPD-Ortsverein Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim. 1871 – 1981. 110 Jahre SPD in der Pfalz. Hrsg: SPD-Ortsverein Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim 1981, 59 S.

125 Jahre SPD in Flensburg. 1868 – 1993. Verf. Erika Börm, Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte. Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, 24, Flensburg 1993, 315 S., ISBN 3-925856-23-4.

120 Jahre SPD in St. Johann. 1872 – 1992. Eine Chronik durch bewegte Jahre. Red. Peter Bauer, Joachim Heinz, Barbara Kassing. Hrsg. SPD-Ortsverein St. Johann, Saarbrücken 1992.

25 Jahre SPD Niederzissen. 6. und 7. Mai 1994. Niederzissen 1994.

Bajohr, Stefan: Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900 bis 1933. Bund Verlag, Köln 1984, 255 S., ISBN 3-7663-0874-2.

Graalman, Theus: „Mit offenem Blick und mit warmem Herzen“. 75 Jahre Sozialdemokratie in Bunde 1919 – 1994. SPD-Ortsverein Bunde, Bunde 1994, 78 S.

Klatt, Inge: Streiflichter aus der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Hrsg. Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Rendsburg-Eckernförde, Rendsburg 1985, 85 S.

Rabe, Bernd: Solidarität im Alltagsleben. Geschichte der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e.V., Fackelträger Verlag, Hannover 1990, 144 S., ISBN 3-7716-2314-6.

Sozialdemokraten in Nierstein. Dokumentation der Niersteiner SPD 1905 – 1980. Hrsg. Vorstand des SPD-Ortsvereins Nierstein, Nierstein 1980, 33 S.

Sozialdemokratie in Herne von den Anfängen bis zum Verbot 1933. Hrsg. SPD-Unterbezirk Herne, Herne 1983, 50 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kreis Wandsbek. SPD Wandsbek 1863 – 1950. Vom preußischen Ortsverein zum größten Kreis der SPD-Landesorganisation Hamburg. Hrsg. vom SPD-Kreis Wandsbek, Landesorganisation Hamburg, Hamburg 1988, 132 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kreisverband Zittau. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Zittau. Gegründet am 30. Oktober 1894, wiedergegründet am 1. Dezember 1989. Hg. Christian Müller, Zittau 1994, 19 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Emsdetten. 75 Jahre SPD Emsdetten 1919 – 1994, kleine Geschichte des Ortsvereins. Red. Lothar Slon. Emsdetten 1994, 63 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Gera. Festschrift 125 Jahre Geraer SPD 1869 – 1994. Gera 1994, 48 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Northeim-Nord. 75 Jahre SPD Northeim 1918 – 1993. Hrsg. von Ekard Just für die Ortsvereine Northeim-Nord und Northeim-Süd der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Northeim 1993, 111 S.

Der Streik bei der Fa. Ernst Stehlin GmbH in Allensbach/Bodensee vom 26. September 1978 bis 5. Oktober 1978. Eine Dokumentation. Zusst. Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Konstanz. Hrsg. Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, Verwaltungsstelle Singen, Singen 1979, 102 S.

Tomanek-Hannemann, Blanka: 100 Jahre Sozialdemokraten in Grötzingen 1893 – 1993. Geschichte des Ortsvereins Grötzingen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Grötzingen 1993, 119 S.

## **X. Die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD**

Aufgaben der Historischen Kommission, die 1980/81 gegründet wurde, sind insbesondere

1. die kritische Aneignung der Geschichte der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung insgesamt, der deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts;
2. die Erarbeitung von Positionen zu historisch-politischen und Stellungnahmen zu geschichtspolitischen Fragen (ggf. auch Fragen der Gesetzgebung);
3. die Beteiligung an aktuellen kulturpolitischen Diskussionen, die den Umgang mit der Geschichte zum Gegenstand haben.

Der Durchführung der Aufgaben dienen u.a.

- die Veranstaltungen von Foren und Workshops,
- die Publikation von Büchern und Arbeitsmaterialien für die politische Bildung,



- die Veröffentlichung von Beiträgen für die öffentliche Diskussion,
- die Beratung von Vorstand, Präsidium und Parteigliederungen.

Die Kommission setzt sich zusammen aus Historikerinnen und Historikern, Geschichtsdidaktikern, Publizisten und anderen in historisch-politischen Fragen Engagierten.

In den letzten Jahren hat die Historische Kommission u.a. folgende in der Öffentlichkeit vielbeachtete Foren, die Themen an der Schnittstelle von Geschichte und Politik zum Gegenstand hatten, veranstaltet:

- Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung;
- Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa;
- Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982;
- Soziale Konflikte, Sozialstaat und Demokratie in Deutschland;
- 1945 und 1989/90. Zäsuren deutscher Zeitgeschichte;
- Freiheit oder Einheit. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und die Folgen;
- Kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Sozialdemokratische Außenpolitik 1918 bis heute.

Die wichtigsten Beiträge und Diskussionen der Foren wurden und werden in Buchpublikationen, die im Klartext-Verlag Essen erscheinen, publiziert.

Das Spektrum der von der Historischen Kommission bzw. in ihrem Auftrag veröffentlichten Broschüren und Arbeitsmaterialien reicht von Themen der NS-Zeit (Pogrom 9./10. November 1938; 20. Juli 1944) bis zu Themen der Geschichte der

Sozialdemokratie (zum Demokratieverständnis bei Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Zeit; die Zwangsvereinigung 1945/46; Sozialdemokratische Positionen in der Deutschlandpolitik; die Wiedergründung der Sozialdemokratie 1989 in der DDR).

Besonderes Interesse widmet die Kommission seit 1990 der Geschichtsarbeit in den neuen Ländern. In verschiedenen Workshops wurden Möglichkeiten erörtert, die regionale und lokale Geschichte der Sozialdemokratie und ihrer Umfelder aufzuarbeiten und einer größeren Öffentlichkeit bewußt zu machen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang vor allem die Vernetzung vorhandener und die Initiierung neuer Aktivitäten. Eine Broschürenreihe soll helfen, die Geschichtsarbeit in den neuen Ländern zu fundieren.

Generell ist die Förderung der Geschichtsarbeit in den Regionen und „vor Ort“ eine wichtige Aufgabe der Historischen Kommission beim Parteivorstand; entsprechend eng hat die Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen und den Geschichtsvereinen in den Landesverbänden und Bezirken zu sein.

Kontinuierlich verfolgt die Historische Kommission die Entwicklung der Geschichtskultur, insbesondere auch der historischen Museen und der Gedenkstättenarbeit in den alten und den neuen Ländern. Sie versucht dazu beizutragen, daß die Gedenkstätten in die Lage versetzt werden, als Orte der Erinnerung das Bewußtsein für die Gefährdungen der Menschen- und Bürgerrechte und demokratischer Lebensformen wachzuhalten und sie zu zeithistorischen Museen und „offenen Lernorten“ auszubauen.

Die Historische Kommission begleitet die Arbeit von Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die sich mit historisch-politischen Fragen befassen, etwa die der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen

Einheit“. Sie nimmt kontinuierlich zu politischen Fragen mit historischer Dimension oder zu historischen Fragen mit politischer Bedeutung Stellung. Sie beteiligte sich z. B. an den Debatten über Herbert Wehner, über die „neue Ostpolitik“, zum leichtfertigen Umgang mit Quellenpartikeln aus dem ehemaligen SED-Archiv in politischer Absicht, zur parteipolitischen Instrumentalisierung der Erinnerung an den 20. Juli und zu Fragen der Geschichtskultur. Sie hat sich auch immer wieder mit historischen Jubiläumstagen, Gedenktagen auseinanderzusetzen.

Die Historische Kommission beim Parteivorstand versucht nicht zuletzt, Kommunikation zwischen SPD, Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik, historisch-politischer Öffentlichkeit und politischer Erwachsenenbildung herzustellen.

#### **Mitglieder der Historischen Kommission**

Vorsitzender: Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Stellv. Vorsitzende: Prof. Dr. Helga Grebing, Dr. Heinrich Potthoff

Mitglieder: Prof. Dr. Ursula Becher, Dr. Dieter Dowe, Dr. Rainer Eckert, Dr. Margrit Grubmüller, Hans O. Hemmer, Prof. Dr. Jürgen Kocka, Prof. Dr. Annette Kuhn, Dr. Inge Marßolek, Prof. Dr. Susanne Miller, Prof. Dr. Hans Mommsen, Prof. Dr. Reinhard Rürup, Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Prof. Dr. Hartmut Soell, Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Wolfgang Thierse, Dr. Heinz Timmermann, Prof. Dr. Barbara Vogel, Prof. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Irmgard Wilharm, Dr. Stefan Wolle.

Berater: Dr. Gerhard Beier, Prof. Dr. Ulrich Borsdorf, Prof. Dr. Uwe Danker, Dr. Wilhelm van Kampen, Manfred Rexin, Dr. Detlef Graf von Schwerin, Martin Stadelmaier, Dr. Hans-Jochen Vogel, Sekretär: Burkhard Reichert, Sekretariat: Evelyn Stratmann.

#### **Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD**

**Postfach 22 80, 53012 Bonn**

**Tel. 0228/532 210, Fax. 0228/532 410**

#### **Publikationen der Historischen Kommission**

Faulenbach, Bernd; Stadelmaier, Martin (Hg.): **Diktatur und Emanzipation, Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991**. Forum der Historischen Kommission 1991, 215 Seiten, Klartext-Verlag, Essen 1993, Organisationspreis: 24 DM (Bestellnr.: 380 0170)

Faulenbach, Bernd; Timmermann, Heinz (Hg.): **Nationalismus und Demokratie, Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa**. Forum der Historischen Kommission 1992, 122 Seiten, Klartext-Verlag, Essen 1993, Organisationspreis: 12 DM (Bestellnr.: 380 0180)

Marßolek, Inge; Potthoff, Heinrich (Hg.): **Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966–1982**. Forum der Historischen Kommission 1993, 130 Seiten, Klartext-Verlag, Essen 1994, Organisationspreis 12,40 DM (Bestellnr.: 380 0310)

Grebing, Helga; Hemmer, Hans O. (Hg.): **Soziale Konflikte, Sozialstaat und Demokratie in Deutschland**. Forum der Historischen Kommission 1994, 130 Seiten, Klartext-Verlag, Essen 1996, Organisationspreis 12,40 DM (Bestellnr.: 380 0350)

Faulenbach, Bernd; Potthoff, Heinrich (Hg.): **Freiheit oder Einheit. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und die Folgen**. Forum der Historischen Kommission 1996, Klartext-Verlag, Essen (erscheint in 1997)

Faulenbach, Bernd; Rau, Johannes (Hg.): **Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus. Für soziale Demokratie. Skizzen zu Leben und Wirken**. 16 Abb., 130 Seiten, Klartext-Verlag, Essen 1997, Organisationspreis 17 DM (Bestellnr.: 390 1210)

Grebing, Helga u.a.: **Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1959.** 106 Seiten, Schüren-Presse-Verlag, Marburg 1992, 4 DM (Bestellnr.: 380 0070)

Historische Kommission: **Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie,** Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern, Bd. 1, 136 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1994, 3 DM (Bestellnr.: 300 0025)

Historische Kommission: **Das Demokratieverständnis bei Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik,** Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern, Bd. 2, 79 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1993, 3 DM (Bestellnr.: 300 0035)

Historische Kommission: **Historische Spurensuche. Hinweise für die Praxis.** Broschürenreihe Geschichtsarbeit, Bd. 3, 157 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1997, 4,50 DM (Bestellnr.: 380 0360)

Historische Kommission: **Von der SDP zur SPD,** Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern, Bd. 8, 80 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1994, 2 DM (Bestellnr.: 300 0165)

SPD-Parteivorstand: **Sozialdemokratie in Deutschland, Bildokumentation zur Geschichte der SPD.** 121 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1996, 5 DM (Bestellnr.: 300 0144)

Historische Kommission: **Die Pogrom-Nacht vom 9./10. November 1938.** Materialien, 27 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 2. Aufl. 1993, 1 DM (Bestellnr.: 320 854)

Historische Kommission: **Die Sozialdemokratie und der 20. Juli 1944.** Materialien, 44 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 2. Aufl. 1994, 1,80 DM (Bestellnr.: 320 0554)

SPD-Parteivorstand: **Die deutsche Teilung und ihre Überwindung, Sozialdemokratische Positionen zur Deutschlandpolitik 1945–1989.** Materialien, 40 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1989, 2 DM (Bestellnr.: 320 0174)

Historische Kommission: **Die Zwangsvereinigung und die Folgen – Die erzwungene „Vereinigung“ von SPD und KPD 1946.** Materialien, 36 Seiten, SPD-Parteivorstand, Bonn 1996, 1 DM (Bestellnr.: 320 0634)

## **XI. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesem Band**

Wilfried Busemann, Saarbrücken

Dr. Ilse Fischer, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Eberhard Flessing, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Wolfgang Gröf, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Dr. Hans-Holger Paul, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Dr. Hermann Rösch, Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Horst-Peter Schulz, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Evelyn Stratmann, Parteivorstand der SPD, Bonn

Dr. Stefan Wolle, Humboldt-Universität, Berlin

Dr. Rüdiger Zimmermann, Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn